

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



22. Mai 1982
Jg. 3 Nr. 11

G 7756 D Preis:
2,50



"Direkt neidisch könnt' man werden!"



SPD/FDP-Koalitionsverhandlungen:
Der Angriff auf die Lohnfortzahlung
rollt

Seite 7



Zimbabwe: In den zwei Jahren seiner
Unabhängigkeit hat das Volk von
Zimbabwe seine neue demokratische
Ordnung konsolidiert

Seite 13



Ruhrgebiet: Weitreichende Folgen
von Planlosigkeit der kapitalistischen
Produktionsweise und von Rationali-
sierungen

Seite 25

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesell-
schaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

NATO-Gipfel: Die NATO baut ihre Einflußgebiete aus. Die BRD will eine starke Seemacht werden und an „früheren Jahren anknüpfen“	Seite 3
Reagans „Abrüstungs“initiative	Seite 4
Berufsarmee oder Wehrpflichtigenarmee?	Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
--	---------

SPD/FDP-Koalitionsverhandlungen: Der Angriff auf die Lohnfortzahlung rollt	Seite 7
Bundesgrenzschutz: CDU ermuntert Baum zur Aufstockung	Seite 7
Bundesbahn-Verkehrskonzept: Personenverkehr auf dem Abstellgleis — Unsummen für billigen Gütertransport	Seite 8
Schickedanz: BAG-Urteil erst im Juni	Seite 9
Belgien: Protestaktionen gegen neue Ausländergesetze	Seite 9
Malwinen-Konflikt: Bis über beide Ohren ist die BRD in die Aggression verstrickt	Seite 10
Privater Verbrauch 81: Reale Senkung jetzt auch amtlich	Seite 11
EGKS: BRD-Stahlmonopole wittern Morgenluft	Seite 12
Zimbabwe: In den zwei Jahren seiner Unabhängigkeit hat das Volk von Zimbabwe seine neue demokratische Ordnung konsolidiert	Seite 13
Die ersten Schritte zur Landreform sind erfolgreich verlaufen	Seite 14
Gewerkschaften in Zimbabwe: Aufbau von Einheitsgewerkschaften in den Branchen	Seite 16
Nicht Hilfe, sondern Erpressung verbinden die Imperialisten mit Geldversprechen	Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
---	----------

DIAG / Fritz-Werner: Kapitalisten gegen Mindestabsicherung beim Prämienlohn	Seite 19
Verfassungsschutz-Spitzelei: Verurteilung von Opel-Betriebsrat	Seite 19
Brokdorf-Prozeß: Terrorurteil: 5½ und 3 Jahre Haft ohne Bewährung für Angeklagte	Seite 20
Frankfurt: Werksbesetzungen gegen Entlassungen	Seite 21
Lohnsteuerjahresausgleich: Zusätzlicher Steuerraub bei Lohnausfallzeiten	Seite 21

Studenten: „Strukturreform“ im Hochschulbereich — Umwandlung der Studienfinanzierung	Seite 22
---	----------

Amnestieantrag Studentenprozesse	Seite 22
---	----------

CDU im Wahlkampf: Reaktionäres hinter liberaler Maske	Seite 23
--	----------

IGM Baden-Württemberg: „Ausländergesetz ist Ermächtigungsgesetz“	Seite 23
---	----------

I.D.E.E.: Über 30000 demonstrieren gegen Kriegsmesse	Seite 24
---	----------

Maxhütte: Warnstreik: „Bayernmonat“ wird fallen....	Seite 24
--	----------

Ruhrgebiet: Weitreichende Folgen von Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise und von Rationalisierungen	Seite 25
--	----------

Geschichtliche Entwicklung des Reviers	Seite 26
--	----------

Stichwort: Ruhrgebietsförderung	Seite 27
---------------------------------------	----------

Internationale Nachrichten	Seite 28
---	----------

Kanada: Die 200-Meilen-Zone hat den Fischbestand geschützt, aber nicht die Fischer	Seite 29
---	----------

US-Haushalt: Sanierungsdevise: Laßt die Alten verrecken	Seite 29
--	----------

Großbritannien: Thatcher's Probleme im öffentlichen Dienst	Seite 30
---	----------

VR Polen: Hebung der Fleischversorgung möglich	Seite 30
---	----------

Azania: Anerkennung der Gewerkschaften	Seite 31
---	----------

Türkei: Brutaler Terror der Militärjunta	Seite 31
---	----------

EG-Beitrittsvorbereitungen: Portugals Regierung verschärft die Unterdrückung der arbeitenden Klassen	Seite 33
---	----------

Langwierige Kämpfe der Landarbeiter gegen die Wiederherstellung des Großgrundbesitzes	Seite 33
---	----------

Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
--	----------

Ruhrfestspiele Recklinghausen: CDU: Festspiele nur noch alle zwei Jahre, wenn's schon nicht reaktionär geht	Seite 34
--	----------

Realistischer Krimi von Werremeyer	Seite 34
--	----------

Anweisung für ein bruchloses Leben	Seite 34
--	----------

„Als Fremder in Deutschland“	Seite 35
------------------------------------	----------

Ernst Jünger: Faschistische Propaganda für national plus „sozialistisch“	Seite 35
---	----------

Deutsche Geschichte: Preußisch-deutsche Ostexpansion und Polenunterdrückung (II)	Seite 36
---	----------

Christlich-soziale Alternative: Kritik am DGB wegen fehlendem Bekenntnis zur Marktwirtschaft	Seite 37
---	----------

Steuerplünderei: CDU/CSU-Demagogie	Seite 38
--	----------

NATO-Gipfel

Die NATO baut ihre Einflußgebiete aus. Die BRD will eine starke Seemacht werden und an „frühere Jahre anknüpfen“

Im Rahmen der diesjährigen NATO-Frühjahrskonferenzen findet am 10. Juni in Bonn der NATO-Gipfel, das Treffen der Regierungschefs, statt. Sie werden sich sicher mit dem Malvinenkonflikt und der britischen Aggression gegen Argentinien beschäftigen. Eine militärische Niederlage der Briten vor den Malvinen ist nicht ausgeschlossen. Werden die „Verbündeten“ das zulassen? Der Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien findet im westlichen Lager statt. So stehen die USA mit beiden Staaten in militärischen Bündnissen. Kann die Unterstützung der USA für Großbritannien nicht zu erheblichen Verschiebungen im westlichen Lager führen und ein stärkeres Zusammenwirken der lateinamerikanischen Länder der Dritten Welt bewirken? Gefährdet der Malvinenkonflikt das Kapital der westlichen Länder in Argentinien, und welche Schritte leitet die NATO ein, wenn Argentinien ausländisches Kapital beschlagnahmt? Werden die Konflikte mit lateinamerikanischen Ländern auch bei einer Verhandlungslösung bestehen bleiben? Viele Probleme werden die Regierungschefs behandeln und

Maßnahmen zur Stärkung des NATO-Bündnisses einleiten.

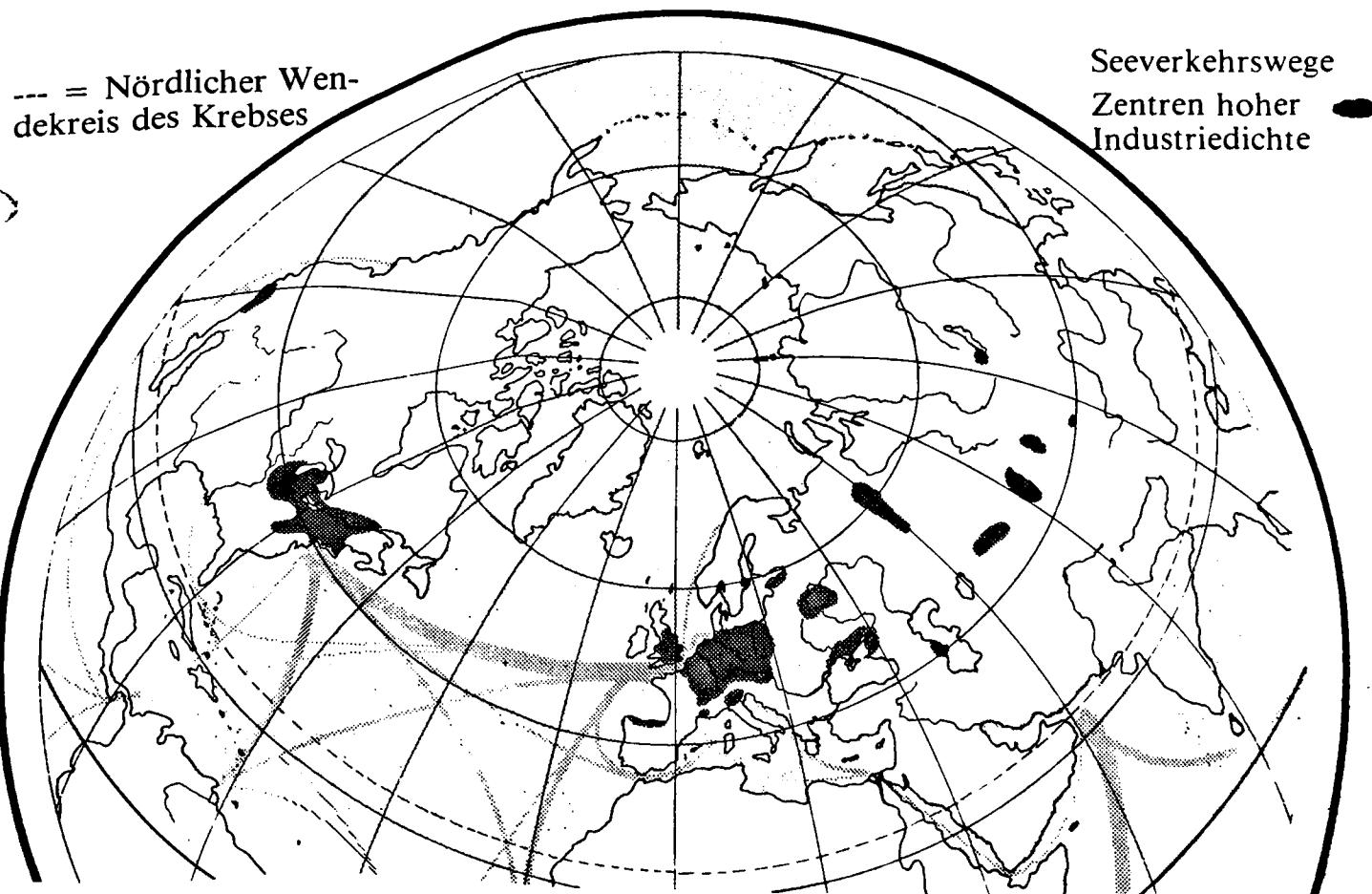
Widersprüche zwischen den NATO-Staaten sind dabei untergeordnet. Die *Ministertagung der Eurogroup* in der NATO, Bestandteil der NATO-Frühjahrskonferenzen, gab am 5. Mai eine klare einstimmige Stellungnahme ab: „Die Minister verurteilen die bewaffnete Invasion der Falkland-Inseln und der Dependenzen durch Argentinien sowie seine Weigerung, die Resolution 502 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu erfüllen.“

Spanien, das der NATO gerade beitritt, hat sich wegen der britischen Besetzung von Gibraltar gegen die britische Aggression ausgesprochen, aber in der Vergangenheit sind bekanntlich die kleineren Mitgliedsstaaten gefügig gemacht worden. Die NATO-Staaten haben der britischen Aggression nicht ruhig zugesehen, sondern Wirtschaftssanktionen gegen Argentinien beschlossen und durchgeführt.

Für Argentinien ist die Wirtschaftsblockade nicht nur eine deutliche wirtschaftliche Aggression, sondern eine unmittelbare militärische Beeinträchtigung und damit eine Begünstigung der

britischen Streitkräfte. So können die ausbleibenden Lieferungen der Bundesrepublik von Ersatzteilen für die bereits vor Jahren gelieferten Waffen keinen unerheblichen Einfluß auf den Kriegsverlauf nehmen. Diese Situation beweist aufs neue, daß Rüstungskäufe von einem Land der Dritten Welt bei den imperialistischen Ländern nur zur Abhängigkeit führen und Einmischungen erleichtern.

Der NATO-Gipfel hat also einen Anlaß gefunden, sich mit der Kriegsführung außerhalb des Vertragsgebietes der NATO südlich des Wendekreises des Krebses zu beschäftigen. Die NATO-Regierungschefs wollen in der Öffentlichkeit durchsetzen, daß Operationen der NATO außerhalb deren Vertragsgebietes kritiklos hingenommen werden. Bereits seit Jahren ist diese Absicht bekannt, aber von der NATO sehr vorsichtig behandelt worden. Bereits nach dem Überfall der USA auf den Iran rechtfertigte die NATO-Ministertagung im Mai 1981 diese Aggression. Sie bewertete den Überfall als eine „nationale Entscheidung“ der USA, die auch außerhalb des Vertragsgebietes der NATO lebenswichtige In-



Reagans „Abrüstungs“-initiative

Am 18.11.1981 hatte US-Präsident Reagan der SU sein „Nullösungs“-angebot für die beiderseitigen in Europa stationierten bzw. geplanten atomaren Mittelstreckenraketen vorgelegt. Am 9.5.1982 ließ er einen Abrüstungsvorschlag für die atomaren Langstreckenraketen folgen. In dem halben Jahr, das zwischen diesen beiden Vorschlägen liegt, hat sich die innenpolitische Situation in den USA verändert. Eine wachsende Zahl von Leuten organisiert sich gegen die atomare Bewaffnung der USA, gegen eine Kriegsplanung, die die atomare Verwüstung der Welt einschließlich der USA selbst einschließt. An diese Bewegung wendet sich Reagan mit einem Angebot, wie der Krieg auf Europa zu begrenzen sei.

Sein jüngster Vorschlag sieht in der ersten Phase die Reduzierung der sowjetischen und US-amerikanischen Raketensprengköpfe auf gleichen Obergrenzen vor, dabei solle höchstens die Hälfte der Sprengköpfe zu Lande stationiert werden. Vor allem dieser Zusatz ist bedeutsam. Denn: Im Bereich der land- und seegestützten strategischen Atomwaffen verfügen die USA und die Sowjetunion über jeweils rund 7000 Sprengköpfe.

Von den sowjetischen allerdings sind 75%, von den US-amerikanischen dagegen nur ein Drittel zu Lande stationiert; zudem verfügen die USA über eine strategische Luftwaffe, die mit ebensoviel atomaren Sprengköpfen ausgerüstet ist wie ihre landgestützten Trägerwaffen und der sowjetischen strategischen Luftwaffe deutlich überlegen ist. Konkret besagt der Vorschlag: Die Sowjetunion rüstet ihre landgestützten Potentiale ab, die USA nicht. Wie laut der „Frankfurter Allgemeinen“ aus Washington zu erfahren war, halte Reagan selbstverständlich an der Absicht fest, die veralteten Minuteman-Raketen durch bewegliche MX-Raketen zu ersetzen. Die Sowjetunion wäre nicht mehr in der Lage, das landgestützte Langstreckenraketenpotential der USA auszuschalten, während umgekehrt die USA das Potential der Sowjetunion vernichten könnten. Die US-Imperialisten arbeiten also an einer militärischen Stellung, die ihnen gestattet, dem Gegner einen heftigen Schlag zu versetzen, ohne das eigene Territorium zu gefährden. Sie vermindern das strategische Risiko des Interkontinentalraketenkrieges und drängen um so entschiedener zum Waffen-gang in Europa.

In diesem Zusammenhang ist an Reagans „Nullösungs“-angebot zu erinnern. Danach wollten die USA auf die Stationierung der Pershing II und

Marschflugkörper in Europa verzichten, wenn die Sowjetunion ihre Mittelstreckenraketen SS-4, SS-5 und SS-20 abbaut. In dieser „Nullösungs“-rechnung nicht inbegriffen sind die britischen und französischen Atomwaffen, die – mag sein zahlenmäßig verringerten – US-Bomber und US-U-Boote in und um Europa und vor allem nicht die langvorbereitete Möglichkeit, die Marschflugkörper wenn nicht auf Land, so auf See zu stationieren. Im Ergebnis könnte die Sowjetunion ohne die SS-20 den US-Nachschub nach Europa kaum unterbinden, die NATO hingegen mit ihren in europäischen Gewässern stationierten Mittelstreckenraketen den Aufmarsch der sowjetischen Truppen und die sowjetische Schwarzmeerflotte bedrohen. Die Bundesregierung hat ebenso wie die CDU/CSU das „Nullösungs“-angebot und die jüngste „Abrüstungs“-initiative begrüßt. Daß die UdSSR der Abrüstung à la Reagan nachkommt, was einer Einladung zum Überfall gleichkäme, wird von der NATO ernsthaft wohl nicht erwartet. So richten sich die „Angebote“ vor allem an die Friedensbewegungen in Westeuropa und den USA, die für die Entwaffnung des Gegners gewonnen werden sollen.

Quellenhinweis: FAZ v. 11.5.82; Europäische Wehrkunde 5/82 und 6/81

teressen des Westens verteidigt hätten. Diese Feststellung lief auf die Erweiterung des Nordatlantikvertrages hinaus. Der NATO-Verteidigungsplanungsausschuß geht auf seiner Tagung am 6./7. Mai dieses Jahres in Brüssel noch einen Schritt weiter, indem er entwickelt, daß es auch „gemeinsame Ziele“ der NATO außerhalb des Vertragsgebietes gibt, die durch die NATO-Truppen unter nationalen Kommandos unterstützenswert sind. Mit diesen Festlegungen ist der Einsatz weiterer NATO-Truppen zusammen mit den britischen gegen Argentinien denkbar und jeder Zeit möglich.

Der Verteidigungsplanungsausschuß hat dazu eine klare Aussage gemacht, deshalb scheut er auch nicht, weitere Einsätze von NATO-Truppen außerhalb des Vertragsgebietes öffentlich aufzuwerfen: „Die Minister waren sich darin einig, daß es erforderlich werden kann, daß Bündnispartner im Lichte von NATO-Konsultationen Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes unterstützen, die den vitalen Interessen aller dienen. Der Militärausschuß prüft zur Zeit Folgerungen, die sich für die NATO aus dem strategischen Konzept der Vereinigten Staaten für Südwest-Asien ergeben könnten. Den Verteidigungsministern wird bei ihrer Tagung im De-

zember ein Bericht hierüber vorgelegt werden.“

Mit dem Einsatzgebiet „Südwest-Asien“ ist die Stationierung von NATO-Marineeinheiten im Persischen Golf und Arabischen Meer angesprochen. Damit will die NATO Druck auf Indien, Pakistan, Iran, Irak, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und Jemen ausüben und strategische Interessen gegenüber diesen Ländern behaupten. Kann dabei die BRD mit ihren Marineeinheiten weltweit Einfluß nehmen?

Bundespräsident Carstens philosophierte in seiner Ansprache Anfang Mai beim „Überseetag“ in Hamburg über die „Seemacht Deutschland“. Er erklärte in dem Vortrag die Niederlagen zweier Weltkriege damit, daß nicht bereits schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erkannt worden ist, daß das Schicksal Deutschlands „in gleicher Weise land- und seebestimmt“ ist. Im ersten und zweiten Weltkrieg „wurden die großen Schlachten zu Land geschlagen, auch wenn die deutsche Kriegsflotte, insbesondere die U-Bootwaffe, weitaus größere Aktionen entfaltete“, wußte Carstens zu bemerken. Die deutsche Kriegsführung habe das Eingreifen der Vereinigten Staaten „völlig falsch eingeschätzt“. Aus dem

Eingreifen der USA und dem damit entstandenen „atlantischen Zusammenhang“ schlußfolgert Carstens: „Dies ist eine historische Wegmarke, meine Damen und Herren, wer sie verkennt, wird aus der Geschichte nicht lernen.“

In seiner Rede beim „Überseetag“ spricht Carstens die anwesenden Reeder darauf an, daß die Bundesrepublik mit rund 10 Prozent am Weltseehandel teilnimmt, ihr Anteil an der Welthandelsflotte aber „nur“ 1,8% beträgt. Carstens fordert die Reeder auf, daß „unsere Handelsflotte wieder an die positive Entwicklung früherer Jahre anzuknüpfen vermag“. Offensichtlich grämt sich Carstens immer noch über die Niederlage des deutschen Faschismus. Solch offene Worte hat er lange nicht geäußert, sie lassen die finsternen Absichten der Reaktion erkennen. Alles im Rahmen der NATO: „Ich warne davor, sich von Amerika abzuwenden. Das zu tun, hieße nichts anderes als zum dritten Mal in unserer jüngeren Geschichte in den Fehler zu verfallen, die Bedeutung der Vereinigten Staaten für unser Schicksal zu mißachten.“

Carstens knüpft an die deutsche Tradition ungebrochen an, spricht von „Fehlern“, die gemacht wurden, und versucht Gründe für die Niederlage zu

finden, ohne sich von den Ansprüchen und Zielen des Deutschen Reiches zu distanzieren. Carstens kommt nicht zur Ruhe, für ihn sind die zwei Weltkriege „historische Wegmarken“ – für die Arbeiterbewegung brutale Unterdrückung und Aggression gegen andere Völker. Carstens „Seemacht Deutschland“ hat aber alle Hoffnungen, wieder Einfluß zu gewinnen, so bitter ist die Realität. 1980 wurden NATO-Bestimmungen für die Bundesrepublik zurückgenommen, die vorsahen, daß die Bundesmarine ihr Operationsgebiet im Westen im Kanal und im Norden bis zum 61. Breitengrad hat. Bis Anfang des Jahres unterstand die Bundesmarine im Ernstfall dem NATO-Oberbefehlshaber Europa. Da jetzt sämtliche hochseefähigen Einheiten, Zerstörer, Fregatten und SeeverSORGER sowie die Aufklärungs- und U-Jagdflugzeuge im Ernstfall dem NATO-Oberbefehlshaber für den Kanal zwecks Koordination unterstellt werden, bedeutet dies eine erhebliche Erweiterung des Einsatzgebietes der Bundesmarine und eine weitere Aufhebung der alten Beschränkungen, die der Bundesrepublik bei Eintritt in die NATO 1954 auferlegt wurden.

Gleichzeitig sind jetzt neue „Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ durch die Bundesregierung beschlossen worden. Die Bestimmungen des Kriegswaffengesetzes sind damit zwar nicht außer Kraft gesetzt, sondern stattdessen als erster Schritt uminterpretiert worden. Waffen können somit auch an „Nicht-NATO-Länder“ leicht geliefert werden, wenn „vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen“. Eine moderne und ausgelastete Rüstungsindustrie ermöglicht den Kapitalisten nicht nur hohe Profite, sondern kann sehr schnell auf höhere Produktionsmengen in Kriegszeiten umstellen. Mit den neuen Grundsätzen haben sich nicht nur die Absichten der CDU/CSU endlich realisiert, auch die F.D.P. hat wesentlich dazu beigetragen, daß die SPD davon Abstand nahm, daß Rüstungsexporte in Krisengebiete vorher im Bundestag beraten werden müssen.

Mit den neuen Grundsätzen hat die Reaktion ihre expansiven Absichten gegenüber der westdeutschen Bevölkerung ein erhebliches Stück mehr durchsetzen können. Die Bundesmarine wird auf fremden Meeren für die Interessen der NATO und der BRD eingesetzt. Dies sind jüngste Änderungen, die in der Vorbereitung der Demonstration gegen den NATO-Gipfel wenig Beachtung finden.

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung, 3. April, 5., 11., 12. Mai 1982; FAZ, 4. und 6. Mai; Wehrdienst 839/82; Politische Berichte 6/82

Berufsarmee oder Wehrpflichtigenarmee?

Die von Bundesverteidigungsminister Apel eingesetzte „Langzeitkommission“ hat jetzt vor der Veröffentlichung ihres Berichts in die Öffentlichkeit dringen lassen, welche Gesetzesvorhaben in den 80er Jahren durchgesetzt werden müssen, um nicht nur die „Reserven“ der Bundeswehr sicherzustellen, sondern auch den Bestand an „freiwilligen“ Berufssoldaten anzuheben. Gedacht wird an die Rekrutierung von ca. 20000 in der BRD lebenden jungen Ausländern, die Beseitigung von „Einberufungshindernissen“ und die Festlegung „neuer Tauglichkeitskriterien“. Als „Freiwillige“ sollen vor allem ca. 30000 Frauen in den Dienst der Bundeswehr gestellt werden.

In dieser Kommission sinnen Regierungs- und Oppositionspolitiker, Berufssoldaten und Ministerialbeamte darüber nach, wie nach dem Bundesverfassungsgerichtsspruch von 1978 das Recht auf Kriegsdienstverweigerung noch weiter erdrosselt werden könnte, gleichzeitig aber diese rebellischen Wehrpflichtigen nicht zu einem größeren Störfaktor in der Armee werden können. Dieses Dilemma für die westdeutschen Imperialisten liegt jedoch in dem Charakter einer Wehrpflichtigenarmee, wo die gesellschaftlichen Widersprüche viel stärker sich wiederfinden als in einer Berufsarmee.

Der Einsatz der britischen Berufsarmee gegen Argentinien im Kampf um die Malvinen konnte reibungslos durchgesetzt werden, was für die Wehrpflichtigenarmee Bundeswehr nicht vorstellbar wäre. Die Bildzeitung zeigt junge Seeoffiziere an Bord des Flugzeugträgers „Invincible“. Die unverfrorene Hoffnung von Bild: „Großbritannien setzt auf die Moral seiner Profisoldaten!“¹⁾ Diese Moral besteht darin, auch für eine ungerechte Sache zu kämpfen, wenn es nur dem Zusammenhalten des britischen Kolonialreiches und Einflußgebietes dient. Sie wird mit widerwärtigen Ausbildungsmethoden geziichtet: „In diesem Lehrgang werden die Zähigkeit, das Stehvermögen und der Schnell eines Mannes bis zur Grenze und über alles von einem Kampf zu erwartendem Maß hinaus auf die Probe gestellt.“²⁾

Solche Methoden können bei einer Wehrpflichtigenarmee nur testweise angewandt werden, weil für diese Sorte „Ausbildung“ eine gewisse

„Freiwilligkeit“ notwendig ist, die bei den meisten Wehrpflichtigen nicht vorhanden ist.

Die Verweigerung des Kriegsdienstes als Reaktion auf die Kriegspläne der Imperialisten ist zwar ein positiver Faktor, sie kann aber nicht verhindern, daß die Kriegsmaschine Bundeswehr in Bewegung gesetzt wird. In einer völlig vom Widerstand entledigten Armee kann sich die Gegenwehr der unter Befehl und Gehorsam gepreßten Soldaten kaum entwickeln und hat keine Chance, sich gegen die verzweigten Unterdrückungsinstrumente in der Bundeswehr durchzusetzen.

Kann die Bundeswehr ohne Wehrpflichtige zum Einsatz als Kampftruppe nicht auskommen, so braucht sie ebenfalls einen ausreichenden Kadern von Berufssoldaten: „Die Bundeswehr benötigt zur Erfüllung ihrer Schutzaufgaben im Rahmen der NATO eine bestimmte Mindeststärke. Allein mit Freiwilligen ist die notwendige Mindeststärke nicht zu erreichen. Nur die Wehrpflicht vermag genügend ausgebildete Reserve zu schaffen ...“³⁾

Rund ein Viertel der Angehörigen der Dienstgradgruppe der Unteroffiziere und ein etwas größerer Teil der Offiziere des Truppendienstes in den Dienstgraden Oberleutnant bis Hauptmann / Kapitänleutnant, sämtliche Offiziere des militärfachlichen Dienstes sowie fast alle Staatsoffiziere und die Generale und Admirale sind Berufssoldaten. Dieser Kader – vereidigt auf die FdGO und bei Beamtenbesoldung – dient dazu, eine kriegerische Armee aus den Wehrpflichtigen mit Drill, Befehl und Gehorsam zu formen und im Kriegsfall in den Kampf zu hetzen.

Es ist stark zu vermuten, daß die vorgeschlagene Verpflichtung von 30000 „freiwilligen“ Frauen in der Bundeswehr darauf abzielt, männliche Berufssoldaten in bestimmten Truppenteilen (Nachschub, Verwaltung, Versorgung) zu ersetzen und diese damit für die kämpfenden Truppenteile zur Verfügung zu haben. Dies soll wiederum dazu führen, daß die Kriegsmaschine, angetrieben von Berufssoldaten, in Bewegung gesetzt werden kann – zur „Vorwärtsverteidigung“.

1) Bild am Sonntag vom 2.5.82; 2) Europäische Wehrkunde 1/81; 3) Reihe Bürger-Informationen, Bundeswehr 1955–1980; FAZ vom 11.5.82

Zum NATO-Gipfel am 10.6. in Bonn und zum Staatsbesuch des US-Präsidenten bei seinem Satelliten

Demonstration gegen den NATO-Imperialismus und die deutsch-amerikanische Kriegsallianz

1.

Die USA, die BRD und ihre Verbündeten haben längst die Nachkriegszeit abgeschlossen und eine neue Vorkriegszeit eingeleitet. Sie begnügen sich nicht mehr damit, der Sowjetunion außerhalb ihres bisher zugestandenen Machtbereichs Niederlagen beizubringen — im Nahen und Fernen Osten, im nördlichen und südlichen Afrika — : Die engsten sowjetischen Bündnispartner selbst werden von der NATO „in Obhut“ genommen; also unter westliche Aufsicht gestellt. Die wirtschaftlichen Abhängigkeiten, in die die Staaten des „realen Sozialismus“ sich in der vielgepriesenen „Entspannungsära“ begeben haben, nutzt der Westen nicht mehr bloß zur Erpressung der feindlichen Weltmacht: Über die Ruinierung Polens ist er zu einer Politik der rücksichtslosen Schädigung des gegnerischen „Blocks“ fortgeschritten. Öffentlich wird jede Zurückhaltung aufgegeben und widerrufen, wo es darum geht, die Sowjetunion nach allen Regeln der weltpolitischen Kunst fertigzumachen.

2.

Jedem NATO-Verantwortlichen ist sonnenklar, daß die mit Macht angestrebte Kapitulation der Sowjetmacht ohne Krieg nicht zu haben ist. Folgerichtig tun sie alles, um einen Krieg siegreich führen zu können. Die USA beschließen Rüstungsprogramme in Billionenhöhe. Ihre Verbündeten steigen mit „zige-Milliardenprogrammen ein — die BRD vorneweg. Kein Tag vergeht ohne Erfolgsmeldungen von der Rüstungsfront: Neue Raketen, Panzer, chemische Granaten, Atomschutzbunker werden gefeiert. Verhandlungen mit dem Feind finden nur noch statt, um ihm diplomatisch noch einmal extra klar zu machen, daß das alles wirklich tödlich ernst gemeint ist. Die „Null-Lösung“ für Mittelstreckenraketen soll auf gar keinen Fall als Kompromißangebot mißverstanden werden. Kompromißlos wird der Sowjetunion die Selbstentwaffnung abverlangt. Für realistisch hält das kein westlicher Politiker — aber für ein gutes Mittel, um klarzustellen: Mit weniger als einer Kapitulation des Ostens auf der ganzen Linie ist die NATO nicht mehr zufrieden.

3.

Für die geplante Endabrechnung mit seinem letzten großen Hindernis und Feind sondiert der „freie Westen“ die gesamte Staatenwelt generalstabsmäßig durch. Ihre eigenen Länder machen die NATO-Führer gefechtsklar, indem sie „schwere Zeiten“ ordnen: Alle müssen sparen, die Wirtschaft muß verdienen, der Staat muß sich bedienen — für den Sieg! Militärbegeisterung und Nationalismus werden demokratisch belebt, daß den Faschisten keine Chance mehr bleibt. In fremden Ländern, die sich nicht vorbehaltlos als Stützpunkt und Helfershelfer des Westens hergeben oder in denen „Unruhe“ herrscht, entdecken die NATO-Führer den Sowjetkommunismus am Werk — auch wenn weder Regierung noch Volk weder mit Kommunismus noch mit den Russen etwas zu schaffen haben. Mit der Unterstützung prowestlicher Schlächter und einigen Tausend Leichen wird auch an solchen Nebenfronten für die „klaren Verhältnisse“ gesorgt, die in der Endphase der Vorkriegszeit nötig erscheinen.

Am 10.6. treffen sich die obersten Kriegsherren des „freien Westens“ in Bonn, um sich gemeinsam zu den erreichten Fortschritten zu beglückwünschen, um über die nächste Verschärfung ihrer wirtschaftlichen und diplomatischen Aggression gegen die Sowjetunion zu beschließen und um ihre gemeinsame Kriegsvorbereitung auf den entsprechenden neuesten Stand zu bringen.

Man muß kein Liebhaber russischer Verhältnisse sein, um zwischen den souveränen Urhebern der Kriegs-, „Gefahr“ und dem Adressaten der aktuellen Weltkriegsdrohung zu unterscheiden und öffentlich Protest einzulegen

— gegen Ronald Reagan, den gewählten, schrankenlos herrschenden Führer der USA, die keine zweite Weltmacht neben sich dulden wollen und dafür einen Weltkrieg mit allen „Optionen“, einschließlich Atomkrieg riskieren und vorbereiten;

— gegen Schmidt, Genscher, Kohl und Strauß, die regierenden und die „oppositionell“ mitre-

gierenden Fanatiker einer Weltmacht NATO, in der die BRD als bester Satellit der USA und daher als zweite Führungsmacht aktiv an einer Weltherrenschaft beteiligt ist, von deren Wucht und Unverschämtheit die Nazis nicht zu träumen wagten;

— gegen die deutsch-amerikanische „Freundschaft“, die dem westlichen Block ein gutes Stück seiner weltpolitischen und strategischen Bewegungsfreiheit garantiert;

— gegen die Demonstration einvernehmlicher Kriegsbereitschaft, zu der die Führer der westlichen Nationen, diese Macher des Imperialismus, Sachbearbeiter der Kriegsvorbereitung und Befehlshaber des Ernstfalls, sich in Bonn zusammenfinden.

Die NATO-Führer haben alten Kompromissen abgeschworen und damit den großen Krieg auf die weltpolitische Tagesordnung der nächsten Jahre gesetzt. Kompromißlos müssen daher auch Protest und Gegnerschaft gegen die NATO-Politik sein.

Wir rufen auf zu einer Demonstration am 10.6. in Bonn die nicht für die menschenfreundlichen Ideale imperialistischer Politik eintritt und schon gar

gegen den NATO-Imperialismus und gegen die deutsch-amerikanische Kriegsallianz

nicht für die scheinbare weltpolitische Unschuld der BRD, sondern ohne Wenn und Aber

BRD — raus aus der NATO!

„Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“. Diese Aussage spielte in der Mobilisierung zur Demonstration am 10. Oktober eine große Rolle. Auch wenn die Aussage Illusionen beinhaltet, ist ihr die Verweigerung und Gegnerschaft zum imperialistischen Krieg nicht bestreitbar. Deshalb fühlten sich auch viele genauso, als auf der Kundgebung nationale Reden gehalten wurden. Das ist diesmal anders. Der Aufruf: „Aufstehen! — Für den Frieden!“ hat nationale und reaktionäre Inhalte vorher deutlich markiert. Anlässlich des NATO-Gipfels am 10. Juni stellt der Aufruf Bedingungen für den Frieden, ist aber nicht gegen das NATO-Bündnis gerichtet. Damit bleibt unbeantwortet, was geschieht, wenn auswärtige Regierungen die Bedingungen der Friedensbewegung nicht erfüllen, die Rüstungsausgaben „in Ost“ nicht gesenkt werden, keine politische Lösung in Polen eintritt. Ist nicht bisher jeder Raubkrieg damit begründet worden, Bedingungen für einen Frieden zu schaffen? Ist es nicht beunruhigend, wenn die Europäische Gemeinschaft amtlich erklärt, die Malvinen seien EG-Territorium, und der Aufruf von den Interessen der „Europäer“ spricht? Dem Aufruf zufolge sollten die Europäer „ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selber wahrnehmen“. Dies behauptet die EG zu machen, indem sie Handelssanktionen gegen Argentinien beschließt.

Den Ablauf der Demonstration haben die Grünen erheblich beeinflussen können. Ein Bischof, zwei Theologen und ein General a.D. sprechen. Es kündigt sich jetzt schon eine nationale und christliche Huldigung „westlicher Werte“ an, auf die die CDU mit ihren Demonstrationen so großen Wert legt. Nur wenige wollen solche Ziele verfolgen. Deshalb ist es von großem politischen Wert, wenn die Marxistische Gruppe mit dem nebenstehenden Aufruf zu einer Demonstration aufruft und damit verdeutlicht, daß es so nicht weiterlaufen kann, daß sich reaktionäre und nationalistische Strömungen immer weiter verbreiten. Der BWK unterstützt den Aufruf und beteiligt sich an der Demonstration der Marxistischen Gruppe am 10. Juni in Bonn.

Der Angriff auf die Lohnfortzahlung rollt

Matthöfer konnte ins Postministerium gerettet werden. Anke Fuchs aus dem Ehrenbergministerium begab sich auf den berüchtigten Posten der Kabinetsausrederefrau im Bundesgesundheitsministerium. Ehrenberg stürzte aufs Polster der Ministerrente. Der Pressesprecher, dems über alledem schon die Stimme verschlagen hatte, bekam ein kleines Bankett zum Abschied. Die Kabinettsumgruppierung deutet an, daß Kanzler Schmidt auf neue Taten aus ist. Irgendwas Amtliches zur abgelaufenen Kabinettstragödie liegt deswegen nicht vor. Ihr Inhalt wird in ziemlich geheimen Koalitionsgesprächen zwischen SPD und FDP ausbalanciert. Was spielt sich eigentlich ab?

Lohnsteuerreform auf 1984 hinausgeschob. Eine Ankündigung organisierter Gegenwehr besteht allerdings nach wie vor für den Fall der Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und für sechs Wochen. Hier ist einer der wenigen Sachpunkte, bei deren Behandlung man seitens sozialdemokratisch gebundener Gewerkschafter ein „bis hierher und nicht weiter“ hört. Diese Position muß erst noch fallen. Wie soll das geschehen?

Die SPD/FDP-Regierung bewog den DGB, sich um der Arbeitsplatzbeschaffung willen zum Fürsprecher – freilich mit Einwendungen – der Steuererhöhung zu machen. Der SPD-Parteitag beschloß sogar, daß Schluß sein

on ein neues Haushaltsloch geschauft. Am Rande dieses Loches finden die gegenwärtigen Koalitions Gespräche statt. Matthöfer mußte ab zur Post, weil er sich in den vergangenen Jahren vom Propagandisten der Staatsverschuldung zum Propagandisten der Staatsentschuldung schon gewandelt hat. Der Neue verkündete gleich in einem ersten Fernsehauftritt, man habe nun mal das Investitionsförderungsprogramm beschlossen, und wenn jetzt die Mehrwertsteuererhöhung nicht käme, müsse man eben doch auf den Kapitalmarkt. Matthöfer hätte das nicht mehr sagen können, ohne sich lächerlich zu machen. Dies ist die Lage, in der die FDP den Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle mit neuer Wucht vortragen kann, sie hat zwar wenig Stimmprozente, aber den Kapitalmarkt zur Seite.

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und auf sechs Wochen ist der großen Industrie ein Dorn im Auge, weil sie jene Ausfallzeiten, die direkt durch Überbeanspruchung der Arbeitskraft entstehen, dort zahlbar macht, wo diese Überbeanspruchung bewirkt wurde. Sie setzt gegen die weitere Intensivierung der Arbeit ein Kostenhindernis, bescheiden genug, aber spürbar. Ehrenberg, der seine rabiaten Maßregeln gegen verrentete, kranke und arbeitslose Lohnabhängige stets mit der Phrase entschuldigte, es gäbe Sachen, die er abzuschaffen nicht bereit sei, wurde untragbar, sobald sich die Möglichkeit abzeichnete, in Sachen Lohnfortzahlung doch was zu erreichen. Vielleicht in demselben Zusammenhang packte die Gesundheitsministerin ihre Siebensachen. Sie hat von Amts wegen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu berichten. Wer dieses Amt in den nächsten Jahren fachgerecht ausfüllen wird, sollte schon auf eine Ausbildung zurückgreifen können, wie sie Herbert Ehrenberg im Lügen zu geben vermochte.



Ehrenberg ist weg – was kommt, ist auch nicht besser

Der DGB hat in diesem Winter vier Pillen sich verpassen lassen, aus denen auf ein schier unbegrenztes Schluckvermögen geschlossen werden darf. Für das Versprechen einer arbeitsplatzsichernden Regierungstätigkeit wandte man sich gegen die aufkommende Kritik an der Haushaltssicherungspolitik der Regierung. Zweitens ließ man aufgestellte Lohnforderungen fallen wie die bekannte heiße Kartoffel. Drittens stellte sich zwar die ÖTV gegen den Kürzungsbeschluß des Bundestages, nahm dann aber einen Abschluß an, der geldmäßig aufs Gleiche hinauskam. Viertens blieb die Führung der DGB-Gewerkschaften friedlich, als die Regierung die Mehrwertsteuererhöhung beschloß und den Termin einer

müsste mit der Politik globaler Steuersenkungen der letzten Jahre. Das brachte der CDU/CSU die schöne Möglichkeit, sich durch Kritik der Politik dauernder Steuererhöhungen populär zu machen. Sie blockierte die Mehrwertsteuererhöhung im Bundesrat. Bei dieser Gelegenheit verstand sie dann, den Termin für die Steuerreform auch ihrerseits auf 1984 festzusetzen. So verbindet man die Kritik an den „heimlichen Steuererhöhungen“ mit der Festschreibung der heimlichen, d.h. inflationsbedingten, Steuererhöhungen. Der Lohnsteuerstandard wird weiter steigen. Das wird die Union freuen, wenn sie erst dran ist. Zunächst aber hat die Verhinderung der Mehrwertsteuererhöhung der SPD/FDP-Koalition

Bundesgrenzschutz CDU ermuntert Baum zur Aufstockung

Die CDU/CSU verlangt nicht nur die Verstärkung des Bundesgrenzschutzes, sondern auch die Einführung soldatischer Disziplin. Sie hetzt gegen den Status des BGS als bloße Polizei. Die Rechte der BGS-Beamten auf gewerkschaftliche Betätigung und Personalvertretung stören ihre Vorstellung von alleiniger Geltung des Prinzips von Befehl und Gehorsam bei allen bewaffneten Formationen der Bourgeoisie. Dazu wurden Überlegungen niedergelegt in einem Arbeitsgruppenpapier nach

der Sitzung der Abteilungskommandeure mit dem BGS-Inspekteur Ende letzten Jahres. Geäußert wird Besorgnis über die mangelnde Stärke und Dichte des BGS, dessen Verbände bei größeren Einsätzen aus vielen Teilen der BRD zusammengestellt werden müßten, so daß der „Geist der Truppe“ sich nicht recht entfalten könne. Sowohl auf Einsätze als Bürgerkriegstruppe als auch auf Einsatz bei Aggressionen nach außen, hauptsächlich gegen die DDR, soll der BGS besser getrimmt werden. Die CDU argumentiert, es dürfe nicht sein, daß die USA schon Truppen in der BRD verlegten, um „Lücken“ in der Verteidigungslinie gegen die DDR zu füllen.

In einer Anfragenserie im Bundestag griff die CDU/CSU-Faktion an, daß ein Erlaß des Bundesinnenministers vom 10.11.1980 aufgehoben worden sei, nachdem die innere Werbung unter den Polizeibeamten alten Rechts, die laut Gesetz 1982 aus dem BGS ausscheiden sollten, intensiviert werden sollte. Bundesinnenminister Baum ließ sich gern erweichen und teilte mit, daß die Aufhebung rückgängig gemacht werden sollte. Er versäumte nicht, darüber zu klagen, daß nun für die nach neuem Recht eingestellten Offiziere zu wenig Plätze für ihre spätere Laufbahn offen gehalten seien. Anlässlich der Vorlage des Tätigkeitsberichtes des BGS für 1981 lobte Baum, dieser habe „allen Unterstützungsersuchen der Länder entsprochen und zugleich alle Anforderungen, die die eigenen originären Aufgaben stellen, erfüllt.“ Diese Befriedigung der Ansprüche der Bourgeoisie sei jedoch gefährdet durch Stellenkürzungen – 352 im Jahr 1981 und 271 im Jahr 1982.

Der Bundesgrenzschutz wurde 1951 gegründet mit einer Stärke von zunächst 10000 Mann, ein Drittel der den Alliierten unter dem Vorwand des Korea-Krieges abgerungenen 30000 Mann kasernierter Polizei in den westlichen Besatzungszonen. Am 19. Juni 1953 wurde seine Stärke unter Anführung der „Bedrohung“ durch die DDR auf das Doppelte erhöht und von 1970 bis 1975 auf 22100 aufgestockt. Von Anfang an betrieb die westdeutsche Bourgeoisie mit dem Aufbau des BGS die Wiederaufrüstung. 1956 bildeten durch einfache Übernahme 58% des BGS den Grundstock der Bundeswehr. Der Rest wurde wieder aufgefüllt. 1965 erhielten die BGS-Verbände Kombattanteneigenschaft für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf Bundesgebiet. Seit den Notstandsgesetzen dürfen die Bundesländer den BGS zur Unterstützung anfordern. 120mal nutzten sie diese Möglichkeit im letzten Jahr.

Quellenhinweis: Rote Rose 3/1976; FAZ v. 22., 23.4.1982, Bundestagsdrucksache 9/1570

Bundesbahn-Verkehrskonzept

Personenverkehr auf dem Abstellgleis – Unsummen für billigen Gütertransport

Mitte April 82 startete die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) eine bundesweite Unterschriftenaktion unter dem Motto: „Die Bundesbahn muß bleiben“ gegen die Fahrplanausdünnung im Personenverkehr. Am 23. Mai tritt der neue Fahrplan in Kraft. Er sieht die Einstellung von 1600 Personenzugverbindungen vor, von denen lediglich ein Drittel durch Busverbindungen ersetzt wird.

Am 13. Mai wurden die neuen Vorstandsmitglieder der Bundesbahn in ihr Amt eingeführt; durch Bundesbahnge-setzänderung mit frei vereinbarten Ge-

sein. Die GdED bot dem neuen DB-Vorstand bei seiner Amtseinführung „konstruktive Zusammenarbeit“ an. Der stellv. Vorsitzende der GdED hat in dem neuen DB-Vorstand den Bereich „Personal und Soziales“ übernommen. Der Vorstandsvorsitzende gab sich daher in seiner Antrittsrede von der Mitarbeit der Eisenbahner und ihrer Gewerkschaft überzeugt, die sein zukünftiges Konzentrations- und Rationalisierungsprogramm mittragen sollen.

Heuchlerisch wendet sich die CDU in ihrem Pressedienst vom 15.4.82 ge-



Beginn der bundesweiten Unterschriftensammlung der GdED

hälttern und nicht wie bisher als Beamte. 1,6 Mio. DM jährlich sind für erhöhte Bezüge bewilligt. Erstmals wird ein Topmanager der Wirtschaft Vorstandsvorsitzender. In seiner Antrittsrede forderte Dr.-Ing. Reiner Gohlke, zuletzt Geschäftsführer der IBM Deutschland, für das Investitionsprogramm der DB – das er auf rentable Bereiche lenken will – ein Investitionssicherungsgesetz, das die notwendigen Mittel aus Steuergeldern sichern soll. Ziel ist ein hochmodernes Schienennetz und Zugmaterial, dessen Hauptaufgabe es sein wird, für noch billigeren und noch schnelleren Transport von Im- und Exportgütern von und zu den großen See- und Luftfrachthäfen zu sorgen sowie von und zu den großen Verkehrsknotenpunkten in der BRD mit europäischer Anbindung. Für eine Verteilung auf die Fläche sei die Straße da, führte Gohlke aus.

Die Beschäftigten der DB forderte er auf, bei weiterer Rationalisierung wie bisher mitzuarbeiten (seit dem 1974 verfügten Einstellungsstopp wurden 90000 Arbeitsplätze vernichtet) und weiterhin fachlich und örtlich mobil zu

gen „Hauffs verkapptes Streckenstilllegungskonzept“ durch Fahrplanausdünnung. Gleichzeitig fordert sie, die Bundesbahn müsse noch kaufmännischer geführt werden. 1961 hatte die damalige CDU-Bundesregierung mit Kanzler Adenauer durch Bundesbahnge-setzänderungen die grundlegenden Voraussetzungen für eine sog. kaufmännische Führung der DB geschaffen in Gegensatz zu einer mehr gemeinwirtschaftlich orientierten Führung. Damit trieb sie die DB in eine ruinöse Konkurrenz mit dem Gütertransport auf der Straße, d.h. die Transportkosten für die Kapitalisten wurden gesenkt. Auch trug die CDU-Regierung dafür Sorge, daß die Einwirkungsmöglichkeiten der Regierung auf die Verkehrstarife und gegen Streckenstilllegung erheblich eingeschränkt bis beseitigt wurden. Die Ausgleichspflicht aus Steuermitteln für die sog. Sozialtarife (Berufs- und Schülerverkehr) oder bei Nichtgenehmigung von Streckenstilllegung wurde verschärft und die Verpflichtung, die Bundesbahn aus dem Bundeshaushalt mit Investitionskapital zu versehen – das Kernstück der Ge-setzesänderung, wie man sehen wird –,

wurde eingeführt. Unter der SPD/FDP-Koalition wurde dieses Konzept dann als „liberale“ Verkehrspolitik weiter ausgeführt.

Einige Ergebnisse dieser Politik: – sprunghafte Ansteigen des jährlichen Fehlbetrags bei der DB von 13,5 Mio. DM 1961 auf einen Höchststand von 4,6 Mrd. DM 1978 = das 340fache; – Verschuldung der DB mit 33 Mrd. DM, die in wenigen Jahren die 50 Mrd. Grenze erreichen wird; – Milliarden an Steuergeldern für Investitionen der Bahn. Für 1981 bis 90 sind erneut rd. 44 Mrd. DM im Bundesverkehrshaushalt eingeplant. – Und das eigentliche Ziel – die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung – sei weitgehend erreicht und dadurch die angestrebte freie Wahl der Verkehrsmittel (für die Kapitalisten, versteht sich). Das Verkehrsministerium hat nämlich für 1978 errechnet, daß der Kostendeckungsgrad im Straßengüter- und Schienengüterverkehr nunmehr angeglichen sei und bei etwa 58% liege. Das heißt aber, die Bundesbahn, die nach dem alten Gesetz von 1951 ihre Ausgaben selbst bestreiten sollte, wird aus Steuermitteln heute zur Entlastung der Kapitalisten gerade so weitgehend finanziell gefördert und ausgebaut wie die Fernstraßen und Autobahnen.

Die „freie Wahl der Verkehrsmittel“ der Bevölkerung gehört nicht zu den Ergebnissen dieser Verkehrspolitik, und was da ist, ist auch nicht billig. Die erste große Untersuchung über unwirtschaftliche Einheiten war 1964 abgeschlossen. Sie führte 1966 zu ersten Stilegungsmaßnahmen größerer Ausmaßes auf 1800 km Strecke, $\frac{2}{3}$ davon im Personenverkehr. 1976 wurde vom Bundesbahnhofsvorstand ein weiteres großes Stilegungsprogramm vorgelegt für 6000 km Personenverkehr, das sich noch in der Durchführung befindet. Auch 3000–6000 km Güterverkehrsstrecken in der Fläche sollen allmählich stillgelegt werden, sobald nämlich größere Investitionen zum Erhalt dieser Strecken notwendig werden. „Fachleute“ haben errechnet, daß in Zukunft von heute noch 28000 km Streckennetz knapp 16000 km wirtschaftlich ergiebig seien, 1980 seien 84% der Leistungen auf 39% des Streckennetzes erbracht worden. Eindeutig ist, daß öffentliche Angebot an Personenverkehr zu steigenden Preisen soll, wo nicht ganz eingestellt, weitgehend auf überfüllte Straßen verlagert werden. Gleichzeitig verwandeln sich Milliarden Steuergelder der Lohnabhängigen in Profiterhöhung der Kapitalisten – sicher ein Grund mehr, gegen die Steuerausplündierung durch den bürgerlichen Staat einzutreten.

Quellenhinweis: Jährliche Berichte der Bundesregierung; Bundesbahngesetz; 30 Jahre Verkehrspolitik der BRD, hrsg. vom Bundesverkehrsministerium; Bundesverkehrswegeplan '80

Schickedanz BAG-Urteil erst im Juni

Der Prozeß vor dem Bundesarbeitsgericht Kassel fand am 12.5. statt, das Urteil will der Richter erst Ende Juni, Anfang Juli schriftlich verkünden. Die Fahrt zum Prozeß von Neuss nach Kassel wurde als Aktion vorbereitet, der Bus war mit Plakaten geschmückt, eine Solidaritätsadresse für Betriebsrättinnen des Kaufhof Leverkusen, die ihre Kündigung vor dem Gericht erfolgreich verhindern konnten, verabschiedet. Zahlreiche Teilnehmer am Prozeß, auch männliche Kollegen, waren erschienen. Obwohl die IG Druck und Papier einen großen Sitzungssaal beantragt hatte, verweigerte der Vorsitzende Richter Thomas dies mit der Begründung, er sei heiser und könne nicht laut sprechen. (!)

Die bei den Vereinigten Papierwerken Schickedanz & Co. beschäftigten Frauen klagen gegen die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern auf gleichen Arbeitsplätzen. Ähnlich wie im Fall Foto-Heinze hatte Schickedanz von Zwei- auf Drei-Schicht-Betrieb umgestellt. Die Männer, die jetzt in der Nachschicht auf den Arbeitsplätzen der Frauen arbeiten, erhalten neben einer übertariflichen Nachschichtzulage von 0,75 DM eine „Arbeitsmarktzulage“ von 79 Pfennig sowohl für die Nachschicht- wie die Wechselschichtwochen. Die Geschäftsleitung begründet das damit, daß die Männer zu der Arbeit in Nachschicht auf den Plätzen der Frauen sonst nicht bereit gewesen wären. Ungleicher ist auch die übertarifliche Zulage, die auf den Grundlohn von 6,43 DM gezahlt wird: 1,51 DM für Männer, 0,51 DM für Frauen; die Frauen erhalten allerdings noch eine Zulage aus einer früheren „Lohntafel“ von 0,76 DM. Die gesamte Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen beträgt somit 92,23% oder 4,39 DM im Stundenlohn, wenn man die tarifliche Nachschichtzulage berücksichtigt.

Die Klage richtet sich jetzt nicht gegen die gesamte Lohndifferenz. Gleiche Bezahlung verlangen die Frauen bezüglich der „Arbeitsmarktzulage“ von 79 Pfennig, die die Männer auch in der Wechselschicht erhalten, die Frauen in Wechselschicht aber nicht. Und gegen die ungleiche übertarifliche Zulage. Hat ihre Klage Erfolg, würde dies für die Frauen eine Erhöhung des Lohnes um 1,03 DM bedeuten.

Mit der Begründung, daß die Berücksichtigung des Arbeitsmarktes bei Lohnunterschieden „kein unzulässiges, mit dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbares Unterscheidungsmerk-

mal“ darstellt, haben Arbeits- und Landesarbeitsgericht in 1. und 2. Instanz die Klage der 52 Frauen abgelehnt. Mit ihrer Klage gegen Schickedanz & Co beziehen sich die Frauen aus Neuss und die IG Druck und Papier auf das seit 1980 geltende „Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz (arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz)“, das diesen Namen allerdings nicht verdient. Wichtiger für ihren Erfolg wird aber die große Unterstützung sein, die es für die Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit gibt.

Auf der am 8. Mai in Düsseldorf stattgefundenen Solidaritätsveranstaltung konnte der NRW-Landesvorsitzende Kersjes bekanntgeben, daß inzwischen 100000 Unterschriften für die Unterstützung der Schickedanz-Frauen gesammelt wurden. Die Heinze-Frauen haben mit einer ähnlichen Klage vor dem BAG im letzten September gewonnen. In einem seit zwei Jahren von Frauen des Betriebes Triumph-Adler und der IGM geführten Prozeß hat das Arbeitsgericht jetzt entschieden, daß die am Fließband beschäftigten Frauen gleich wie ihre männlichen Kollegen eingestuft werden müssen. Das heißt, sie müssen von Lgr. 2 in Lgr. 5 gruppiert werden.

Belgien Protestaktionen gegen neue Ausländergesetze

Vom 28.3. bis Mitte April führten in Schaarbeek in der Nähe von Brüssel türkische und marokkanische Arbeiter einen Hungerstreik durch. Der Grund: Seit Monaten weigert sich der Bürgermeister der Gemeinde, ausländische Lohnabhängige und ihre Familien zu registrieren. Ohne Registrierung aber bekommen die Lohnabhängigen weder Aufenthalts- noch Arbeitserlaubnis.



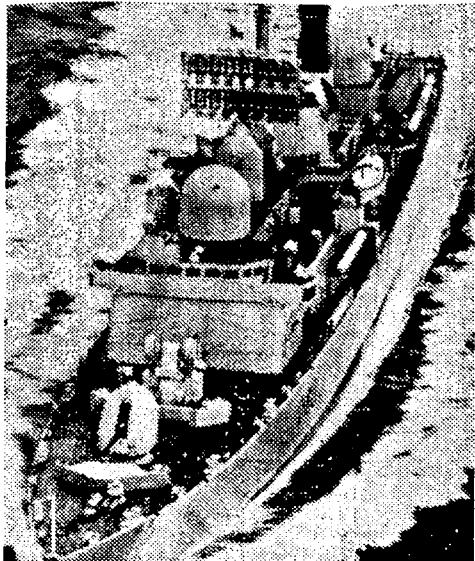
Der Hungerstreik der ausländischen Arbeiter stieß auf große Unterstützung. Die Gewerkschaftsbünde ACV und ABVV sandten Solidaritätstelegramme, in mehreren Städten fanden Kundgebungen statt. In Brüssel (Bild) demonstrierten 2000 für die Forderungen der Hungerstreikenden.

Auch in anderen Städten haben die belgischen Gewerkschaften und die ausländischen Lohnabhängigen in den letzten Wochen ihren Widerstand gegen die Ausnahmegesetze der Regierung gegen ausländische Lohnabhängige verstärkt. Am 8. Mai, dem Jahrestag der Niederlage des deutschen Faschismus, führte der Gewerkschaftsbund ABVV in Brüssel ein Solidaritätsfest von belgischen und ausländischen Lohnabhängigen durch. Am gleichen Tag fand in Gent eine Demonstration gegen die Ausländerunterdrückung statt, an der sich 2000 beteiligten.

Die Aktionen der Gewerkschaften und der ausländischen Arbeiter richten sich insbesondere gegen neue Pläne der Regierung, die die Ausländergesetze

verschärfen will. Danach sollen z.B. Lohnabhängige aus Nicht-EG-Staaten, die weniger als fünf Jahre in Belgien leben, bei Verurteilungen zu mehr als sechs Monaten Haft sofort nach der Haft ausgewiesen werden. Eine allgemeine Verschärfung der Strafverfolgung gegen ausländische Lohnabhängige wird damit vorbereitet. Sodann will die Regierung den Familiennachzug für ausländische Lohnabhängige einschränken. Vor allem aber will der Justizminister künftig das Recht haben, Lohnabhängigen aus Nicht-EG-Staaten den Zuzug in belgische Gemeinden zu untersagen, in denen der Ausländeranteil „übermäßig“ gestiegen sei. Sogar zwangsweise Vertreibungen von ausländischen Lohnabhängigen aus solchen Gemeinden sollen möglich werden. Kommt die Regierung mit diesen Plänen durch, so wären die ausländischen Lohnabhängigen in beliebig hin- und herdeportierbare Arbeitskräfte verwandelt, ganz nach der „Nachfrage“ der Kapitalisten.

Quellenhinweis: Konkret, Zeitung der PvdA, 31.3. bis 12.5.82, Politische Berichte 4/82, S. 32



Der britische Zerstörer Sheffield wurde von Argentinien versenkt

flusses in Lateinamerika und insbesondere in Argentinien riskieren. Offensichtlich hatte die argentinische Junta mit dieser Entscheidung nicht gerechnet, sondern auf die Unterstützung der USA oder zumindest doch die stillschweigende Duldung spekuliert. Seit sie sich 1976 an die Macht putschte, hat sie nicht nur die antiimperialistische Bewegung in Argentinien blutig unterdrückt, nicht nur durch Reprivatisierung verstaatlichter Konzerne und Banken den Imperialisten das Land weit geöffnet, nicht nur durch Senkung der Löhne und drastische „Spar“programme verlockende Ausbeutungsbedingungen hergestellt. Sie hat sich auch den US-Imperialisten als Juniorpartner, als Statthalter ihrer Interessen in ganz Lateinamerika angedient. So ist sie z.B. durch Entsendung von „Militärberatern“ nach Honduras, Guatemala und El Salvador direkt in die Unterdrückung lateinamerikanischer Völker verstrickt. Nach dem Kalkül der Junta sollte die militärische Besetzung der Malvinen und ihre Duldung durch die USA dieses widerwärtige Bündnis besiegeln und Argentinien in den Rang einer den imperialistischen Mächten „gleichberechtigten“, imperialen Macht heben. Dieser Preis jedoch war den US-Imperialisten zu hoch. Da sie sich und da sich auch die anderen imperialistischen Mächte in der NATO und EG für die Unterstützung Großbritanniens und seiner kolonialen Ansprüche entschieden haben, drängen sie nun allesamt darauf, Argentinien eine Lektion zu erteilen, auf dem Verhandlungsweg, wenn die Junta kapituliert, wenn nicht, militärisch.

In scheinbarem Gegensatz zu dieser Absicht berichtet die imperialistische Presse gern und gewissermaßen beglückt über die patriotische Begeisterung, die die Besetzung der Malvinen unter allen Klassen in Argentinien hervorgerufen hat, wie sie ganz unter-

Malvinen-Konflikt

Bis über beide Ohren ist die BRD in die Aggression verstrickt

Am 17. Mai beschlossen die Außenminister der EG-Mitgliedsstaaten, die Sanktionen gegen Argentinien um weitere sieben Tage zu verlängern. Sieben Tage! Einigten sich Gegner und Befürworter neuerlicher Sanktionsbeschlüsse auf einen Kompromiß? Gaben die Außenminister ihrer Erwartung Ausdruck, daß der Konflikt um die Malvinen binnen so kurzer Zeit durch die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Argentinien und Großbritannien entschärft wird? Oder setzten die Verbündeten der Regierung Thatcher eine Frist, in der Großbritannien die Malvinen zurückzuerobern und Argentinien in die Knie zu zwingen habe? Vor sechs Wochen hatte Großbritannien seine Flotte auslaufen lassen – mit Unterstützung von EG und NATO. Vor zwei Wochen hat Großbritannien die Sperrzone, in der die britische Flotte sich das Recht vorbehält, alle Schiffe unter fremder Flagge anzugreifen, bis auf 12 Meilen vor die argentinische Küste ausgedehnt – mit Unterstützung von EG und NATO. Auch während der Vermittlung der UNO greift Großbritannien fast täglich argentinische Schiffe oder Stellungen auf den Malvinen an – mit Unterstützung von EG und NATO. Zum Erfolg ist die britische Aggression bisher nicht gekommen – und Erfolge wollen EG und NATO sehen. Die britische Regierung

verstand die Aufforderung wohl: Am 18. Mai stellte sie Argentinien ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum, die Vermittlungsvorschläge der UNO – sie sind bisher nicht öffentlich – anzunehmen; andernfalls werde Großbritannien auf den Malvinen landen.

„Wenn man nachgibt, könnte eine Lawine in Gang kommen ...“, faßte der britische Konservative Churchill jr. die Gründe zusammen, die die britischen Imperialisten zu ihrer militärischen Aggression und die EG und NATO zu massiver Unterstützung der Aggression trieben. Vor allem die USA, Großbritannien und Frankreich unterhalten ein über den ganzen Erdball hin ausgedehntes Stützpunktsystem. Wenn Argentinien seine Souveränitätsrechte über die Malvinen durchsetzt – welcher Stützpunkt wird dann als nächster „fallen“? Gibraltar in Spanien, das Großbritannien immer noch besetzt? Die zu den Komoren gehörende und von ihnen beanspruchte Insel Mayotte im Indischen Ozean, die noch französische Kolonie und zu einem Militärstützpunkt ausgebaut ist? Guantanamo auf Kuba, das die US-Imperialisten bisher noch halten konnten?

Die Furcht vor einer durch nichts mehr aufzuhalten Lawine hat vor allem die USA dazu bewogen, die britische Aggression zu unterstützen, obwohl sie damit einen Gutteil ihres Ein-

schiedslos eben auch mit großem Eifer über den chauvinistischen Taumel berichtet, der die veröffentlichte Meinung in Großbritannien erfaßt hat, ganz nach dem Motto: Da kennt man keine Klassen mehr, sondern nur noch Argentinier ... Briten ... Beides entspricht nicht der Wahrheit, doch haben die Bourgeoispropagandisten starkes Interesse, die Berichterstattung sowohl über die politische Opposition in Großbritannien wie auch über die politische Opposition in Argentinien zu unterdrücken. Daß Tony Benn als Vertreter des linken Labour-Flügels nicht nur den Abzug der britischen Flotte, sondern auch die Anerkennung der argentinischen Souveränität über die Malwinen fordert, kann die organisierte Arbeiterbewegung hierzulande nur darin bestärken, die Unterstützung der BRD für die britische Aggression zu unterbinden. Daß die politische Opposition in Argentinien der Junta nicht kritiklos folgt, kann die Unterstützung der Souveränität Argentiniens gegenüber allen Imperialisten nur fördern.

Die Erkämpfung der Souveränität über die Malwinen ist seit 1833, als Großbritannien die junge argentinische Republik von den Inseln vertrieb, ein großes Anliegen aller antiimperialistischen Klassen und Kräfte: Der imperialistische Stützpunkt direkt vor der Haustür bedeutet die ständige Bedrohung der Souveränität und territorialen Integrität Argentiniens. Daß aber die Absichten, die die Junta mit der Besetzung der Malwinen verfolgte, den Interessen der unterdrückten Klassen nicht entsprechen, wird mehr als durch die etwas abenteuerliche militärische Aktion, die die Junta unternommen hat, durch die Maßnahmen beleuchtet, die sie unterlassen hat. So duldet sie, daß Großbritannien ohne Kriegserklärung Krieg führt, ohne auch nur die

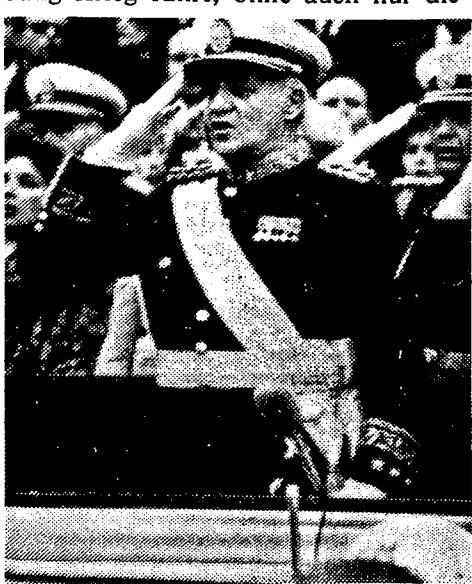
völkerrechtlich möglichen Gegenmaßnahmen – Beschlagnahmung des britischen Eigentums in Argentinien und Einstellung aller Zahlungen an die an der Aggression beteiligten Imperialisten – zu ergreifen. Stattdessen ist Wirtschaftsminister Aleman in der Welt rumgereist, um den imperialistischen Gläubigern zu versichern, daß man pünktlich zahlen werde. Vor allem aber hat, wie schon gesagt, die Junta keine einzige Maßnahme ergriffen, um die neokoloniale Abhängigkeit des Landes, die Ausplünderung seiner Reichtümer zu beenden, sondern alle Bestrebungen der unterdrückten Klassen, die darauf abzielten, unterdrückt.

Die Gewerkschaften und politischen Organisationen der Opposition haben ihre Unterstützung zur Verteidigung der Malwinen angeboten, aber sie haben auch begonnen, ihre Bedingungen zu formulieren. So fordern sie die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, die Beendigung und Rücknahme der Reprivatisierungen, die die „Aufgabe der nationalen Souveränität“ bedeuten, und die Rücknahme des Programms, mit dem die Junta die Kriegskosten auf die arbeitenden Klassen abwälzt. Daß die Imperialisten die Junta so kaltblütig haben fallenlassen, kann die herrschenden Klassen, die Kompradorenbourgeois und Großgrundbesitzer, über das von ihnen angestrebte und gescheiterte Bündnis mit den USA ernüchtern und, zumindest auf kurze Zeit, ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen fördern. Der Konfliktverlauf, das Zögern, die begonnene militärische Aktion auch durchzustehen, die schrittweise Aufgabe von Forderungen und Verhandlungspositionen, deuten aber an, daß sie die Aufgabe

der argentinischen Souveränitätsrechte in Kauf nehmen, um ihre Haut zu retten und das Bündnis mit den Imperialisten zu erneuern. Die politische Opposition steht also vor der komplizierten Aufgabe zu verhindern, daß die Junta und die sie tragenden Klassen die Malwinen opfern, und gleichzeitig zu verhindern, daß sie ihre Herrschaft festigen, wenn es Argentinien gelingt, seine Souveränitätsrechte zu verteidigen. Nach wie vor unterdrückt und verfolgt, muß sie ihre Einheit zur Bewältigung dieser Aufgaben unter schwierigsten Bedingungen herstellen. Was sie braucht, ist Zeit. Zeit aber wollen die Imperialisten ihr nicht lassen.

Die von der EG verhängten Sanktionen verstößen selbst nach Ansicht bürgerlicher Völkerrechtler gegen gelendes Völkerrecht. Aber was kümmert die Imperialisten das Völkerrecht, das ohnehin, so der „Brockhaus“, „in seiner Geltung und seiner normativen Kraft vom Handeln der Staaten abhängig“ ist? Durch ihr „Handeln“ setzen die westeuropäischen Mächte *neues* Völkerrecht. Denn, so führt das „Handelsblatt“ am 3.5. aus: „Nach EG-Ansicht gehören die Falkland-Inseln zum EG-Territorium ...“ Und eben diese „Ansicht“ bekräftigen sie durch die Sanktionen gegen Argentinien. Die scheinbar distanzierten Betrachtungen der westdeutschen Presse über den „absurden Krieg“ („Spiegel“) sollen verdecken, daß die BRD tief in die imperialistische Aggression gegen Argentinien verwickelt ist. Alle Erörterungen über die Klassenkampflage in Großbritannien und Argentinien sind müßig, wenn die Linke und die organisierte Arbeiterbewegung die Unterbindung dieser Unterstützung sich nicht zur Aufgabe macht.

Quellenhinweis: FAZ, Handelsblatt, Kölner Stadtanzeiger, Spiegel, Tageszeitung, April/Mai



Die politische Opposition in Argentinien kämpft für die Verteidigung der Souveränitätsrechte und den Sturz der Junta. Links: Juntachef Galtieri; rechts: argentinische „Mutter“, sie „erinnert“ an die in den Folterkellern Verschwundenen



Private Verbrauch '81 Reale Senkung jetzt auch amtlich

Was nach den Lohnabschlüssen 1980/81 für die lohnabhängige Bevölkerung bereits praktisch klar war, hat das Statistische Bundesamt jetzt auch amtlich bestätigt: Im Jahre 1981 ist der private Verbrauch real gefallen. Bei einer Preisseigerung von 5,9% sind die Ausgaben des privaten Verbrauchs nur um 4,5% gestiegen. Nach den Lohnabschlüssen dieses Jahres setzt sich diese Entwicklung fort. Der Einzelhandel meldete für das 1. Quartal 1982 einen realen Absatzrückgang von 7% gegenüber dem Vorjahr, die PKW-Neuzulassungen sind um 10% gegenüber dem Vorjahr gefallen.

Das Statistische Bundesamt bezeichnet die reale Senkung des privaten Verbrauchs im Jahre 1981 als erstmalige Senkung des privaten Verbrauchs seit 1945. Das heißt aber bloß, daß erstmals die Verbrauchseinschränkungen der lohnabhängigen Haushalte in einem solchen Umfang zugenommen haben, daß sie durch keinerlei Ausweitung des „gehobenen“ und Luxusverbrauchs statistisch ausgeglichen wurden. Für die Einkommen unterhalb des Durchschnittslohnes ist eine reale Senkung des Verbrauchs bereits seit Ende der 60er Jahre nachweisbar. Sagte schon die statistische Ausdehnung des realen privaten Verbrauchs in den früheren Jahren nur teilweise etwas über die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterbevölkerung aus, weil der wachsende Verschleiß der Arbeitskraft und damit die wachsenden Reproduktionserfordernisse unberücksichtigt blieben, so bedeuten die jetzigen amtlichen Angaben in Wirklichkeit eine doppelte Reproduktionseinschränkung und damit vergrößerte reale Lohnsenkung: weniger Lebensmittel bei steigendem Verschleiß der Arbeitskraft. Unter der Floskel vom „erstmals gefallenen realen Verbrauch“ verbirgt sich auch eine ständig krasser werdende Spaltung der Reproduktionsbedingungen.

Während seit 1972 der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel an den Gesamtausgaben eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes von 33% auf 27% gefallen ist, während der Absatz an Nahrungsmitteln und dabei erstmals auch der Umsatz von Einkaufsmärkten und Versandhäusern 1981 real zurückging, verzeichnete der Absatz von „Lederwaren, Galanterieartikeln und Parfümerie“ eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Während bei dem „statistischen“ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt Einschränkungen bei den Nahrungsmitteln vorgenommen werden, um den sinkenden Lohn und steigende Ausgaben für Mieten, Energie, Verkehr und Transport auszugleichen, nimmt bei dem „statistischen“ Rentnerhaushalt bereits nicht mehr der Nahrungsmittelverbrauch ab, sondern die Verschuldung für den laufenden Lebensunterhalt zu. Während in Sparten wie „Lederwaren . . .“ und bei Teilen des Textilabsatzes sich ein durchaus wachsender Markt für gehobenen und Luxuskonsum, ausgezeichnet durch entsprechende Preise, aufstut, nehmen für die Masse der Lohnabhängigen die Ausgaben für Verbrauchsgüter nur noch zu, wo dies durch Warenverschleiß und natürliche Umstände erzwungen wird. Umsatzsteigerungen für Textilwaren und Schuhe waren nur dem langen und nasen Winter zuzuschreiben, teilten die befragten Firmen dem IFO-Institut für Konjunkturforschung mit.

Die gesunkene Inlandsnachfrage gedachten die Monopolkonzerne und ihre Wirtschaftsinstitute nebenbei auszugleichen, und zwar durch die Verschärfung ihrer Ursachen: Lohnsenkung, Produktivkraftsteigerung, steigende Arbeitsintensität sollen die Exportoffensive fortsetzen, Exportüberschüsse anhäufen, um damit den Kapitalexport zu finanzieren. So ließe sich dann die gefallene Inlandsnachfrage durch wachsende Auslandsnachfrage mehr als ausgleichen.

Quellenhinweis: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1981/82; Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft v. 13.5.82; IFO-Monatsberichte, Wirtschaftskonjunktur 1982; Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 6/81; FAZ v. 6.5.1982

EGKS BRD-Stahlmonopole wittern Morgenluft

Noch keine Einigung erzielte der EG-Ministerrat am 4. Mai über die Verlängerung der seit dem 1.10.81 geltenden Stahlvereinbarungen. Festgelegt sind bis zum 30.6.82: die Produktionsmengen für Warmbreitband-, Beton- und Stabstahl und Preiserhöhungen für Walzstahlerzeugnisse; ein Subventionskodex, der in der ganzen EG die staatliche Unterstützung für die Stahlindustrie einschränken soll; und Zahlungen aus dem EG-Fonds für Sozialmaßnahmen. Die BRD-Stahlmonopole hatten den Quoten nur zugestimmt, weil sie gleichzeitig die Subventionsbeschränkungen durchsetzen konnten. Sie sehen darin die Gelegenheit, die Besetzung von Konkurrenzkapazitäten in anderen Staaten durchzusetzen und sich bei den Konkurrenten einzukaufen. Derzeit treten sie für eine Verlängerung der Quotenregelung nicht über 12 Monate ein, die anderen EG-Staaten fordern mindestens 18 Monate.

Auf jeden Fall wollen die westdeutschen Monopole den Subventionsko-

dex verlängert wissen. Der Kodex verbietet die Zahlung von Beihilfen, die nicht dem Kapazitätsabbau dienen. Die BRD-Monopole achten streng auf seine Einhaltung bei anderen und strengten bei der EG-Kommission Verfahren gegen Belgien, Frankreich und Italien an, weil diese Staaten gegen den Kodex verstößen hätten. Können die BRD-Monopole die Zahlung von Notbeihilfen z.B. an den belgischen Konzern Cockerill-Sambre oder den italienischen Staatskonzern Ital sider verhindern, so ist für beide Unternehmen der Bankrott beschlossen – es sei denn, es finden sich andere Kapitalgeber – aus der BRD z.B. In der BRD verschafften sich die Stahlkapitale ungeniert die Möglichkeit, ihre Rationalisierungen durch Steuermittel zahlen zu lassen. Die Bundesregierung hat im 2. Haushaltsgesetz neben der 10%igen Investitionszulage für die Stahlindustrie weitere 8,75% Investitionsförderung vorgesehen. Der Haushalt 1982 enthält zusätzlich 300 Mio. DM für die Stahlindustrie und 150 Mio. DM Forschungsmittel für die Stahlproduktion. Hoesch und Krupp rechnen damit, die Gründung der Ruhrstahl AG mit mindestens 50% staatlicher Kapitalhilfe durchzuführen.

So gerüstet wollen die BRD-Monopole in einem Jahr ihre Marktanteile auf dem europäischen und dem Weltmarkt erhöhen. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist scharf, die Weltstahlproduktion war 1981 mit ca. 720 Mio. t nicht höher als 1974, in der EG sank die Produktion von 1980 auf 1981 um 2,7 Mio. t auf 126 Mio. t. Der Marktanteil der westdeutschen Stahlmonopole in der EG ging um ein Prozent auf 33% zurück. Für das kommende Jahr rechnen die Stahlmonopole allerdings schon wieder mit höheren Profiten.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Drucksache 9/1423; Handelsblatt v. 5.5.82 und 12.5.82



Mit der Gründung der Ruhrstahl-AG wollen Krupp und Hoesch u.a. weitere 3 Mio. t Stahlquotenanteile ergattern, die bisher Estel an Hoesch geliefert hat. (Bild: Krupp-Rheinhausen)

Zimbabwe

In den zwei Jahren seiner Unabhängigkeit hat das Volk von Zimbabwe seine neue demokratische Ordnung konsolidiert

„Schonzeit beendet“, verkündete vor einigen Wochen das ZDF anlässlich des zweiten Jahrestages der Unabhängigkeit Zimbabwes. Am 18.4.1980 hatte das Volk von Zimbabwe seine 90 Jahre währende koloniale Unterdrückung beendet und damit eine neue Etappe im Kampf für seine vollständige Befreiung von imperialistischer Herrschaft eingeleitet.

„Schonzeit“? Nicht einen Tag lang wurde sie ihm gewährt. Bereits in den Unabhängigkeitsverhandlungen im Herbst 1979 hatten die Imperialisten eine Verfassung durchsetzen können, in der das Privateigentum, d.h. das imperialistische und Siedlereigentum, garantiert ist und die deshalb Anhaltpunkte für ständige imperialistische Einmischung bietet. Wer mag die Drohungen, Erpressungen, gebrochenen Zusagen zählen, mit denen sie seither versuchen, den Kurs der Unabhängigkeit zu sabotieren? Wer ihre Versu-

die grundlegende Bedingung für die soziale Befreiung und den unabhängigen Aufbau des Landes schaffen konnte.

Die aus der kolonialen Unterdrückung hinterlassenen Ausbeutungsstrukturen lasten als schwere Bürde auf dem befreiten Zimbabwe. Die europäischen Siedler hatten das an Menschen und natürlichen Ressourcen reiche Land fest in die imperialistische Arbeitsteilung eingeschweißt. Sie hatten hunderttausende bürgerliche Produzenten von ihrem Land vertrieben und in Reservaten, in denen die Böden schlecht sind und die bürgerliche Bevölkerung nicht ernähren, zusammengepfercht, während sie selbst auf dem besten Land ihre Großfarmen errichteten. Sie hatten dem ausländischen Kapital den Weg zur Ausplünderung der reichen Bodenschätze gebahnt: 90% aller geförderten Rohstoffe wurden in die imperialistischen Metropolen ex-

in den „Stammesgebieten“. Imperialistische Monopole kontrollierten direkt 70% aller Kapitalanlagen in der Kolonie und wurden immer reicher.

Welche Schwierigkeiten wurden in den ersten beiden Jahren der Unabhängigkeit bereits überwunden! Am Jahresende 1979 lag die Wirtschaft des Landes weitgehend daneben; seither erlebte sie einen ungekannten Aufschwung. 1980 wuchs das Bruttonsozialprodukt, das seit 1975 ständig gesunken war, real um 14%, 1981 um 8%. Zwar konnten die imperialistischen Monopole und Großfarmer selbst nicht wenig von diesem Aufschwung profitieren, da die Eigentumsverhältnisse weitgehend noch unangetastet blieben. Doch unbestreitbar hätte alles andere als ein wirtschaftlicher Aufschwung das unabhängige Zimbabwe vor zusätzliche, fast unlösbare Aufgaben gestellt: bei der Sicherstellung der Ernährung, der in Angriff zu nehmenden Umsiedlung der Bauernfamilien, der Verminderung der drückenden Arbeitslosigkeit, bei der Einleitung der dringendsten sozialen Reformen und auch bei der Beseitigung der erheblichen Kriegszerstörungen, von denen vor allem die afrikanischen Gebiete betroffen waren.

Dort hatten die Siedlertruppen oft verwüstet, was sie nur verwüsten konnten. Nun wurden binnen weniger Monate 6000 km Straßen repariert, so daß v.a. der Busverkehr wieder aufgenommen werden konnte, zerstörte Brücken und Dämme wurden erneuert, die Wassertanks, die fast gänzlich zerstört waren, wiederhergestellt, zahllose Schulen und Krankenstationen wieder aufgebaut. Auch die Probleme der Rücksiedlung der Flüchtlinge und Zwangsvertriebenen konnten zwar noch nicht völlig, aber doch so weit gelöst werden, daß die UNO die entsandten Beauftragten für Flüchtlingsangelegenheiten bald wieder abziehen konnte. Dabei waren vor der Unabhängigkeit immerhin rund 250000 Zimbabwer in benachbarte Länder geflohen, 400000 von ihrem Land vertriebene in die Städte abgewandert, 750000 in sogenannte „Wehrdörfer“ oder anderswohin zwangsumgesiedelt worden. Wie hatten die Imperialisten vor zwei Jahren noch angesichts der zu erwartenden Massenrückwanderungen auf Chaos spekuliert – und wie haben sie sich verspekuliert!

Auch ihre Rechnung mit „enttäuschten Erwartungen“, oder besser:



Bereits während des bewaffneten Befreiungskampfes hatte die ZANU in den befreiten Gebieten dem Aufbau und der Entwicklung des Bildungswesens große Aufmerksamkeit geschenkt.

che, die inneren Widersprüche in Zimbabwe anzuhellen, um die vollständige Kontrolle über die Reichtümer des Landes wiederzugewinnen? Wer die Putschversuche, die, bisher immer noch rechtzeitig entdeckt, die ständige akute Bedrohung des jungen afrikanischen States signalisieren? „Schonzeit beendet“? Die Drohung ist unüberhörbar, aber auch der Wutschrei, daß das Volk von Zimbabwe, allen Schwierigkeiten zum Trotz, die neue demokratische Ordnung konsolidieren und damit

portiert. Sie hatten aus den landlosen und vereelndeten Bauern ein großes Niedrigstlohnarbeiterheer rekrutiert, das auf Farmen, in den Bergwerken und Fabriken fremden Reichtum vermehrt, und auch eine riesige Zahl halbversklavter Hausangestellter, die für das leibliche Wohl der weißen Herren sich schinden mußten. Vor der Unabhängigkeit verdiente die übergroße Mehrheit der schwarzen Lohnarbeiter weniger als das amtliche Existenzminimum und doch mehr als die Kleinbauern

Die ersten Schritte zur Landreform sind erfolgreich verlaufen

„Geht zur Hölle! Ihr seid die Landbesetzer, nicht die Massen. Ihr habt neunzig Jahre lang Land besetzt, und jetzt wollt ihr die Menschen beleidigen.“ Mit dieser schroffen Zurückweisung reagierte im September 1981 der damalige Minister für Wohnungsbau und lokale Verwaltung, Edison Zvobgo, auf die unverschämten Klagen weißer Parlamentsabgeordneter über angeblich illegale afrikanische „Squatter“ (Landbesetzer), die Ländereien der weißen Siedler besetzten und deren Eigentum gefährden würden.

Die Reaktion Zvobgos war passend. Denn die Farmen der weißen Siedler in Zimbabwe sind das Ergebnis kolonialen Landraubs. Bereits 1902 hatte die „British South African Companie“ $\frac{3}{4}$ des Landes kurzerhand zu ihrem Eigentum erklärt und diesen Eigentumsanspruch sodann mit brutaler Gewalt gegen die afrikanischen Stämme durchgesetzt. Mit der Verabschiedung des „Land Aportionment Act“ 1930 wurde dieser Landraub gesetzlich festgeschrieben und 1969 sogar als „für alle Zeiten“ gültig erklärt.

Das Ergebnis: 1976 besaßen 6682 weiße Farmer fast 15 Mio. ha des besten Bodens, darunter sämtliche Tabak- und Zitrusplantagen, riesige Viehweiden, das gesamte – auf Bewässerung angewiesene – Weizenanbaugebiet des Landes. Zusammen umfaßten die weißen Besitztümer 47% der Fläche Zimbabwes. 80% der afrikanischen Bevölkerung waren dagegen in den „Tribal Trust Lands“ zusammengepfercht. Diese „Stammesgebiete“ – mit den früheren Stammesgebieten hatten sie nichts mehr zu tun – umfaßten 45% des Landes, durchweg landwirtschaftlich kaum oder gar nicht nutzbaren Boden. Die so geschaffene koloniale Landverteilung zwang die afrikanischen Bauern, sich auf den Plantagen, in den Bergwerken und Fabriken der Siedler als Lohnarbeiter zu erbärmlichsten Löhnen zu verdingen, wenn sie nicht verhungern wollten, und bildete die Grundlage des kolonialen Wirtschaftssystems.

Nachdem die Imperialisten in den Unabhängigkeitsverhandlungen 79/80 jede entschädigungslose Enteignung der weißen Siedler in den nächsten zehn Jahren untersagt hatten, bildete diese Landverteilung auch die Ausgangslage, die die Regierung Mugabe bei ihrem Amtsantritt vorfand.

Von Anfang an gehörte die Änderung dieser kolonialen Landvertei-

lung zu den wichtigsten Zielen der Regierung. Schon ein Jahr nach der Unabhängigkeit mußten sich die Imperialisten auf der Zimcord-Konferenz von Premierminister Mugabe anhören: „Meine Regierung kann auf keinen Fall Verhältnisse akzeptieren, die Millionen unserer Menschen zu einem Leben, genauer: einer bloßen Existenz, verurteilen, die durch Stagnation, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung gekennzeichnet ist. Unser nationaler Befreiungskampf, so langwierig, un-

mit den 2 Mio. t, die die Landarbeiter auf den Farmen der weißen Siedler einbrachten, war das fast der doppelte jährliche Maisverbrauch des Landes. Zwar rechnet die Regierung dieses Jahr wegen einer schweren Dürre mit einem deutlichen Ernterückgang. Aber die Überschüsse von 1981, von denen bisher erst ein Drittel exportiert wurde, sichern auch 1982 die Nahrungsmittelversorgung des Landes.

Auch bei anderen Produkten erzielten die afrikanischen Bauern Rekorderträge. Nur die Erholung der Viehherden, die während des Befreiungskampfes von den Siedlertruppen systema-



Fast alle Landarbeiter wurden von den weißen Siedlern nur gelegentlich beschäftigt und nach Stücklohn bezahlt.

sagbar teuer und herkulisch er war, würde bedeutungslos werden, wenn wir im Augenblick des Sieges und des Beginns des Friedens zulassen würden, daß Millionen unserer Menschen in Armut und Ernidrigung vegetieren, als Opfer von Kräften, die außerhalb ihrer Kontrolle stehen. Wir tragen eine Verantwortung und Verpflichtung, eine neue Ordnung zu schaffen und zu konsolidieren, ein neues soziales Umfeld des Fortschritts und der allseitigen Entwicklung, das auf den demokratischen, sozialistischen und egalitären Prinzipien beruht, die unser Streben bis zum heutigen Tage beeinflußt und gelenkt haben.“

Tatsächlich hat die Regierung seit der Unabhängigkeit bedeutende Verbesserungen der Lage der afrikanischen Bauern und Landarbeiter erreicht. Schon im ersten Jahr der Unabhängigkeit konnten die afrikanischen Bauern ihre Produktion um 43% steigern – zusammen mit den Preisanhebungen für ihre Produkte bedeutete das für viele Einkommenszuwächse von über 60%, freilich von einer elenden Ausgangsbasis. 1981 produzierten die afrikanischen Bauern eine Rekordmenge von 1 Mio. t Mais – zusammen

tisch abgeschlachtet wurden und die für die Bauern Zugtiere, Milch- und Fleischquelle sind, wird wohl noch drei Jahre dauern.

Die Lage der Landarbeiter – zusammen mit ihren Familien leben etwa eine Million in den „weißen“ Landesgebieten – hat sich ebenfalls bedeutend verbessert. Noch 1977 verdienten die meisten Landarbeiter weniger als 20 \$ im Monat, ihre Kinder und Frauen vegetierten als rechtlose und unterernährte Gelegenheitsarbeitskräfte auf den weißen Farmen. Inzwischen ist der Mindestlohn der Landarbeiter auf 60 \$ angehoben, die Bezahlung von Teilen des Lohns in Naturalien oder in Gutscheinen für die Läden der weißen Farmer, während der Kolonialzeit gang und gäbe, ist verboten. Die früher alljährliche Zwangsrekrutierung von Arbeitern für die Ernte ist den Siedlern jetzt versperrt. Zwar arbeiten noch immer ein großer Teil der Landarbeiter als Wanderarbeiter. Aber bereits im März 1981 waren 16000 in der neu gebildeten Landarbeitergewerkschaft organisiert, und die Gewerkschaft wächst rapide.

Auf der Zimcord-Konferenz stellte die Regierung ihre erste Entwicklungs-

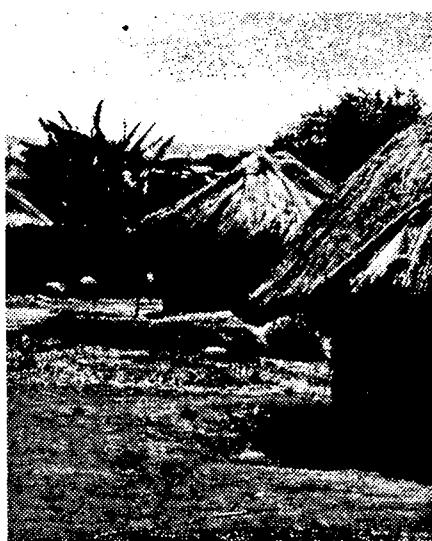
programm für die ländlichen Gebiete vor. Danach sollen bis 1984 u.a. 154,5 Mio. Z\$ für die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur ausgegeben werden, 132,1 Mio. Z\$ für Bewässerungsprojekte, 103,5 Mio. Z\$ für die Wiederbesiedlung von Trockenland. Zusätzlich will die Regierung die Bildung von Kleinbetrieben und ländlichen Industriezentren fördern, um die landwirtschaftlichen Produkte dezentral weiterverarbeiten zu können und eine ausreichende Versorgung der Bauern mit Werkzeugen, Düngemitteln und Saatgut zu sichern.

Die Grundlagen für eine Landreform sind so bereits bedeutend verbessert worden. Außerdem hat die Regierung bei den ersten und im Augenblick noch sehr bescheidenen Ansiedlungen afrikanischer Bauern auf von den weißen Siedlern gekauftem Land Grundzüge dieser Landreform festgelegt.

So erhalten die afrikanischen Bauern das zu bewirtschaftende Land von der Regierung lediglich verpachtet. Dabei haben die Bauern die Wahl zwischen drei verschiedenen Pachtsystemen: Das Modell „A“ mit rund 5 ha Ackerland pro Familie für privaten Anbau, aber gemeinsamen Weiderechten, das Modell „B“ mit gemeinsamen Wohnräumen und gemeinsamer Landbestellung und das Modell „C“, bei dem sämtliche Wirtschaftsgebäude, Maschinen und Werkzeuge sowie die Weidegebiete gemeinsamer Besitz sind, das Vieh und Ackerländer aber privat bewirtschaftet werden. Allein diese Festlegungen bedeuten bereits eine herbe Enttäuschung für die Imperialisten. Diese hatten gehofft, die Regierung werde eine Landreform nach dem Muster Kenias durchführen, wie sie auch die frühere Marionettenregierung unter Muzorewa versprochen hatte. Dann sollten die afrikanischen Bauern lediglich das bisher im Besitz ihrer Sippe oder ihres Stammes befindliche Land als *persönliches Eigentum* bekommen. Nicht nur, daß dadurch alles bisherige Land der Siedler in deren Händen geblieben wäre: Die Folge einer solchen Landreform – wie sie in Kenia dann auch eingetreten ist – wäre eine schroffe Zunahme der Spaltung unter den afrikanischen Bauern in arme und reiche Bauern gewesen, und am Ende vom Lied hätten die weißen Siedler oder ihre Banken das neue „Eigentumsrecht“ der afrikanischen Bauern noch dazu nutzen können, um sich auch noch die letzten landwirtschaftlich günstigen Flächen des Landes unter den Nagel zu reißen.

Diese Entwicklung hat die Regierung durch ihr Pachtsystem von vorherein ausgeschlossen. Bis Ende letzten Jahres sind nach diesem Modell 8000 Fa-

milien auf ehemals „weißem“ Land angesiedelt worden. Das erscheint gering, angesichts von mindestens 300000 Familien, die aus den bisherigen „Reservaten“ ausgesiedelt werden müssen. Aber die Regierung hat in den letzten Monaten ihre Umsiedlungsziele beträchtlich ausgeweitet. Sollten anfangs bis 1984 „nur“ 58000 Familien auf dem früheren Land weißer Siedler angesiedelt werden, so hat die Regierung dieses Ziel inzwischen auf 162000 Familien bis 1984 erhöht. Jedes Jahr will die Regierung dazu von den weißen Siedlern 3 Mio. ha Land erwerben, deren Landbesitz so bis 1984 auf $\frac{1}{3}$ des gegenwärtigen Umfangs reduziert würde. Künstliche Erhöhungen der Landpreise will die Regierung dabei notfalls mit gesetzlichen Preisstopps verhindern, und wenn die Imperialisten nicht die zugesagten Gelder zahlen, müsse sie eben doch die weißen Siedler enteignen. Zusätzlich fördert die Regierung überall im Land die Bildung von Produktions- und Absatzgenossenschaften der Bauern. An mehreren Orten sind solche Genossenschaften bereits entstanden, oft auf Initiative der örtlichen ZANU-Parteikomitees. Im April dieses Jahres führte die Regierung eine erste



Landarbeiteriedlung in „weißem“ Gebiet zur Kolonialzeit

Konferenz mit Vertretern von zehn Produktionsgenossenschaften durch.

Quellenhinweis: G. Baumhögger, Aspekte der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und Entwicklungsplanung in Zimbabwe, 1980–1981, in: Africa-Spectrum 3/81, Hamburg 1981; R.D. Baldus, Zimbabwe, Genossenschaften und ländliche Entwicklung, in: Internationales Afrikaforum 1/82; R. Riddell, The Land Question, London o.J.; Facts and Reports, Press Cuttings on Southern Africa, Hrsg. Holland Committee on Southern Africa, Amsterdam, Ausgaben vom Sept. 81 bis April 1982

ihre Politik, durch Blockade sozialer Reformen, verübt durch Verfassungsdiktat und Verweigerung bzw. Hinauszögerung zugesagter Zahlungen, Unruhen zu provozieren, ging nicht auf.

Zwar ist die in dieser Etappe des Befreiungskampfes entscheidende Frage der Landreform nicht gelöst. Die Inbesitznahme des „weißen“ Farmlandes durch die schwarzen Landarbeiter und Bauern ist aufgrund des imperialistischen Verfassungsdiktats direkt von fremder Einmischung, womöglich von Intervention bedroht. Dies ist eine schwere Hypothek für den Aufbau des unabhängigen Zimbabwe, denn solange die weißen Großfarmer das Land und die landwirtschaftliche Produktion kontrollieren, ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit schwerlich zu erkämpfen, und ohne den Landhunger der Landarbeiter und Bauern zu stillen, kann der Kampf für die Befreiung von jeglicher Ausbeutung nicht vorankommen.

Doch trotz dieser Hypothek ist die Lage der Schwarzen heute ungleich besser als vor der Unabhängigkeit, auch die Lage der schwarzen Bauern. Die von der ZANU geführte Regierung hat verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande in Angriff genommen, der Bau von Bewässerungssystemen wurde eingeleitet, der Kreditzugang für die Bauern erleichtert und die Vermarktungsmöglichkeit für ihre Produkte verbessert. – Die Einführung der kostenlosen Gesundheitsversorgung für Niedrigverdiener kommt v.a. den Bauern, Landarbeitern und Hausangestellten zugute.

Auch die eingeleitete Reform des Bildungswesens hilft, die Lage der Landbevölkerung zu verbessern. Im September 1980 wurde die Grundschulausbildung für alle kostenlos – bisher war den Kindern der schwarzen Arbeiter und Bauern der Zutritt zu jeglicher Schulausbildung in den meisten Fällen versperrt. Binnen kurzem verdoppelte sich die Zahl der Grundschüler auf knapp 1,7 Millionen. Speziell auf dem Lande sollen in den nächsten drei bis vier Jahren rund 1000 weiterführende Tagesschulen errichtet werden – bisher waren die weiterführenden Schulen in den Städten konzentriert und fast gänzlich weißen Schülern vorbehalten. Zugleich wird mit der Einführung des Pflichtfachs Landwirtschaftslehre in allen Schulen – zur theoretischen und praktischen Ausbildung wurden vielen Schulen inzwischen landwirtschaftliche Geräte zur Verfügung gestellt – ein wichtiger Schritt getan, das Bildungswesen auf die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen auszurichten. Überdies entstehen in Fort Victoria, Sinoia, Marandellas und Que Que landwirtschaftliche Hochschulen. Welche Bedeutung das Volk von Zimbabwe der Ausbil-

Gewerkschaften in Zimbabwe: Aufbau von Einheitsgewerkschaften in den Branchen

Im Februar 1981 gründeten 209 Delegierte aus 52 Gewerkschaften den einheitlichen Gewerkschaftsbund Zimbabwe Congress of Trade Unions. Damit hatten die Gewerkschaften zum ersten Mal ein einheitliches Zentrum. Die Mitgliederzahl der ZCTU beträgt 200000 bei insgesamt etwas über eine Million Beschäftigten. Auf der Gründungsversammlung hatte Premierminister Mugabe die Gewerkschaften zur Vereinigung aufgefordert: „Entweder vereinigt Ihr Euch und entscheidet Euch mit der Regierung für den Sozialismus, oder Ihr bleibt getrennt und entscheidet Euch für Kapitalismus und Ausbeutung.“

Die Gründung des Gewerkschaftsbundes richtete sich gegen die vorher bestehende Zersplitterung in mehrere konkurrierende Gewerkschaftsbünde. Diese Zersplitterung ist das Ergebnis der Spaltung durch die weißen Gewerkschaften, der Verfolgung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften durch das Siedlerregime sowie der Trennung der Befreiungsbewegung in ZANU und ZAPU. So bestanden vor der Gründung des ZCTU sechs Gewerkschaftsbünde, von denen mehrere dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angehörten, einer die Interessen der Siedler vertrat und je einer der ZANU und der ZAPU nahestanden.

In den einzelnen Gewerken und Branchen gibt es derzeit aber immer noch mehrere Gewerkschaften. Die Zersplitterung stellt sich als Hindernis dar, die Interessen der Arbeiter gegen die Kapitalisten wirksam zu vertreten, so z.B. bei der Durchsetzung der Mindestlöhne und der Verhinderung von Entlassungen. Die Regierung hatte zum ersten Januar 1982

die Mindestlöhne in der Industrie auf 105 Zimbabwe-Dollar erhöht. Viele Kapitalisten versuchen, diese Festlegung zu umgehen.

Im September 1981 hat die Regierung alle Gewerkschaften aufgefordert, sich innerhalb eines Jahres zu vereinigen, so daß in jedem Zweig nur eine Gewerkschaft existiert. Andernfalls werden die Gewerkschaften aus der Registrierungsliste gestrichen. Die Vereinigung auf Branchenebene ist gut vorangekommen. Z.B. hat die Bergarbeitergewerkschaft, die bisher die Vereinigung mit einer anderen Gewerkschaft ablehnte, dem Zusammenschluß jetzt zugestimmt.

Die Gewerkschaften haben grundsätzlich ein Mitspracherecht in allen Entscheidungen der Betriebe. Bis die Gewerkschaften ihre Arbeit wirksam organisiert haben, hat die Regierung die Verabschiedung von gesetzlichen Bestimmungen zurückgestellt. In den Firmen, in denen der Staat Beteiligungen aufgekauft hat, werden die Vertreter der Gewerkschaften und der Belegschaften dazu ausgebildet, die Geschäfte mitzuleiten.

Die Mindestlöhne liegen immer noch unter der „Armutsgrenze“. Sehr viele Arbeiter liegen mit dem Lohn zudem unter dem Mindestlohn. In verschiedenen Bereichen führten Belegschaften Streiks zur Erhöhung der Löhne durch. Bisher ging die Regierung auf der Grundlage des alten Arbeitsgesetzes, das Streiks verbietet, dagegen vor. Dieses Gesetz will die Regierung jetzt nicht mehr anwenden. Das Parlament berät über die Vorlage eines neuen Arbeitsgesetzes, das den Gewerkschaften zur Beratung vorgelegt wird.

Facts and Reports, 21.8.81 und 27.1.82

dung seiner Jugend zumißt, wird an den Staatsausgaben für das Bildungswesen deutlich, die gegenüber 1978/79 mehr als verdreifacht wurden und zwischen den größten Posten im Staatshaushalt bilden.

Auf verschiedene Weise versucht die Regierung, den Lebensstandard der schwarzen Lohnarbeiter zu verbessern und die schreienden Einkommensunterschiede zwischen Afrikanern und Siedlern auszugleichen – der „Lohn“ etwa des technischen und kaufmännischen Leitungspersonals betrug 1980 bis zum 35fachen des Lohnes eines schwarzen Arbeiters. Dreimal, zuletzt zum 1.1.82, erhöhte die Regierung die Mindestlöhne und kündigte im letzten Dezember an, daß sie für die Zukunft die Mindestlöhne nicht an der amtlichen Armutsgrenze, sondern an den Grundbedürfnissen der Arbeiter orientieren wird, was auf die Absicht zu weiteren deutlichen Erhöhungen schließen läßt. In der Tat hat ein Teil der schwarzen Arbeiter in Streiks seine Ungeduld über die nach wie vor niedrigen Löhne zum Ausdruck gebracht. Mit der dramatischen Erhöhung der Einkommenssteuer auf mittlere bis höchste Einkommen, der neu eingeführten Besteuerung der Dividenden, der Erhebung einer Kapitalgewinnsteuer, der starken Beschneidung der zuvor erheblichen Abschreibungsmöglichkeiten usw. werden die Siedler und die imperialistischen Monopole verstärkt zur Finanzierung des Staatshaushaltes herangezogen. Gleichzeitig sind die Haushalte der Armen durch die Senkung der Umsatzsteuer (außer für Luxusprodukte) bzw. ihre Abschaffung für Grundnahrungsmittel entlastet. – Vor der Unabhängigkeit war die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung unterernährt, zum Teil stark; seither ist der Verbrauch von Milch, Weizen und anderen Grundnahrungsmitteln rapide gestiegen.

Mag sein, daß die bisherigen Veränderungen sich angesichts der so großen Aufgaben noch bescheiden ausnehmen. Angesichts der mächtigen äußeren und inneren Feinde, die auf jeden Fehler der Regierung lauern, um die neue Ordnung zu beseitigen, sind sie es nicht. Diese neue Ordnung konnte ihre bisher größte Krise, die sich mit der Aufdeckung von großen Waffenlagern und Umsturzvorbereitungen eines Teils der ZAPU anbahnte (s. Pol. Ber. 5/82), überstehen, sie ging gefestigt aus ihr hervor. Nkomo und andere ZAPU-Minister mußten die Regierung verlassen, aber die Einheitsfront von ZANU und ZAPU zerbrach nicht. In die im April umgebildete und erweiterte Regierung berief Premierminister Robert Mugabe auch drei weitere Mitglieder der ZAPU. Zwar sind, wie Mugabe kürzlich erklärte, etliche frühere ZAPU-Guerilleros aus der Armee de-



Bekleidungsfabrik in Bulawayo, Bild aus der Zeit vor der Unabhängigkeit

sertiert, und die Gefahr der Bandenbildung, von Sabotageaktionen und Überfällen ist durchaus nicht gebannt. Doch ist ganz offensichtlich die Mehrheit der ZAPU gewillt, die Politik der nationalen Einheit mitzutragen, und in den letzten Wochen haben viele ZAPU-Mitglieder Nkomo und seinen trüben Absichten den Rücken gekehrt und sich der ZANU angeschlossen.

Auch die reaktionäre Front der Siedler zerbricht. Gleich nach Erringung der Unabhängigkeit hatte die Regierung allen Weißen, die die Zusammenarbeit wünschten, ihre Zusammenarbeit angeboten. Dies war nicht leicht, denn die Verbitterung der Afrikaner über ihre Unterdrücker sitzt tief. Doch galt es, den Einfluß der erklärten Konterrevolutionäre um Ian Smith, der mit dem imperialistischen Ausland und v.a. dem südafrikanischen Siedlerregime engstens verbundenen Großfärmer, Fabrik- und Bergwerksbesitzer zu unterminieren, um breitflächige Sabotage zu verhindern; galt es auch, eine Massenabwanderung der qualifizierten weißen Lohnabhängigen wie auch des technischen und kaufmännischen Leitungspersonals zu verhindern, die Lücken gerissen hätte, die die Arbeiter und



Der Premierminister des unabhängigen Zimbabwe Robert Mugabe besucht vom 23. bis 26. Mai die BRD.

Bauern Zimbabwes so schnell nicht hätten schließen können. Diese Politik machte oft sehr schwerfallende Kompromisse notwendig, nur vorsichtig können die Privilegien der weißen Werktätigen, die an der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung profitiert hatten, abgebaut werden. Doch zeigte sie auch Erfolge: Seit Novem-

ber 81 geht die Zahl der Auswanderer rapide zurück, und im März verließen neun Abgeordnete die Siedlerpartei „Republikanische Front“ und gründeten die Demokratische Partei, um, wie sie erklärten, die Zusammenarbeit mit der Regierung zu verbessern. Zwei ihrer Mitglieder gehören seit April der Regierung an.

„Schonzeit beendet“? In dieser Drohung schwingt auch die Furcht der Imperialisten mit, daß sie ihre Kontrolle über die Reichtümer Zimbabwes gänzlich verlieren. Die Regierung hat das Jahr 1982 zum „Jahr der nationalen Umwälzung“ erklärt und wird im Juni oder Juli ihr erstes Dreijahresprogramm der wirtschaftlichen und sozialen Reformen vorlegen. In seiner Neujahrsansprache kündigte Mugabe an, daß noch in diesem Jahr ein größerer Teil „weißen“ Farmlandes an die Bauern verteilt wird. Im April bekräftigte er, daß private Unternehmen, d.h. das imperialistische Eigentum, keine Zukunft in Zimbabwe haben.

Quellenhinweis: Facts and reports, C-H 1982; Africa-Spectrum 3/81, Goswin Baumhögger, Aspekte der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und Entwicklungsplanung in Zimbabwe 1980-81; ebenda, Joachim Jeske, Zimbabwes Eingliederung in den regionalen Wirtschaftsverbund des Südlichen Afrika; Internationales Afrikaforum, 2/81 bis 1/82

Nicht Hilfe, sondern Erpressung verbinden die Imperialisten mit Geldversprechen

Im April 1981 sah sich die Regierung Zimbabwes gezwungen, eine internationale Hilfskonferenz einzuberufen, die der Erlangung von Geldern für die Beseitigung der Kriegsschäden und der Folgen der Kolonialpolitik dienen sollte. Im Verlauf der Verhandlungen über die Unabhängigkeit Zimbabwes 1979 in London hatten die USA, Großbritannien und andere mehrfach Zusagen über die Zahlung von insgesamt 1,5 Mrd. \$ gegenüber der Patriotenfront gemacht, allerdings gelang es der Patriotenfront nicht, diese Zusagen in den Konferenzdokumenten zu sichern. Die Imperialisten konnten durchsetzen, daß in den nächsten zehn Jahren der Besitz ihrer Konzerne und der weißen Siedler nicht enteignet werden darf, sollten Enteignungen nötig sein, muß Zimbabwe die Ausfuhr der Entschädigungen ohne Besteuerung oder sonstige Abzüge in jedes Land genehmigen.

Die in London zugesagten Gelder flossen spärlich, bis zum Beginn der Zimcord-Konferenz im April 1981 waren erst 365 Mio. Z\$ eingegangen. Die imperialistischen Staaten waren keineswegs gewillt, für die Schäden, die sie verursacht haben, aufzukommen. Im Gegenteil, kurz nach der

Unabhängigkeit erzwangen sie von der Regierung Zimbabwes die Zusage, auch für die Schulden gerade zu stehen, die das Siedlerregime in den letzten Jahren seiner Herrschaft in steigendem Maße gemacht hatte, um den Krieg gegen den Befreiungskampf zu finanzieren.

Zimbabwe legte der Konferenz einen Plan über die benötigten Gelder und ihre Verwendung vor. Der größte Teil der Gelder war für die Durchführung der Landreform vorgesehen. Auf der Konferenz wurden von den anwesenden 45 Staaten und 15 UNO-Organisationen 917 Mio. Z\$ neu zugesagt. Keineswegs waren die Imperialisten bereit, ihre Zusagen auf der Londoner Konferenz über Zahlung der Kriegsschäden und des Kolonialraubs einzuhalten. Sie stellten Bedingungen. Die Weltbank, die 22,5% der zugesagten Gelder aufbringen soll, kritisierte die geplanten Erhöhungen der Landarbeiterlöhne und das Bildungsprogramm Zimbabwes, beides sei „ökonomisch unverantwortlich“. 53% der zugesagten Gelder sind Kredite. Finanzminister Chidzero griff die Imperialisten an, weil zahlreiche Zusagen mit Kaufverpflichtungen in den Geberländern verbunden sind.

Verschiedene Imperialisten führen derzeit Klage über die „unsicheren In-

vestitionsbedingungen“. Die BRD-Imperialisten verlangen über die Festlegungen der Londoner Konferenz hinaus ein bilaterales Investitionsschutzabkommen und räsonieren über die Beschränkungen bei der Gewinnrückführung. Ein Jahr nach der Zimcord-Konferenz ist immer noch nicht klar, wieviel die imperialistischen Staaten von der zugesagten Hilfe tatsächlich zahlen werden.

Wesentlich großzügiger als in der Gewährung von Hilfe sind alle imperialistischen Kapitale in der Ausweitung des Handelsvolumens verfahren. Sie nutzen dabei den Umstand, daß Zimbabwe auf Grund der ererbten kolonialen Wirtschaftsstruktur und der Kriegsschäden gezwungen ist, vor allem Transportmittel und Großanlagen auf dem Weltmarkt zu kaufen. Zum anderen bemüht sich Zimbabwe, die immer wieder mit Erpressungen verknüpften Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika zu lösen. Im Rahmen der Ausweitung des Handels ist es der BRD gelungen, zum zweitgrößten Handelspartner Zimbabwes zu werden. Insgesamt importierte Zimbabwe von Januar bis Juni 1981 Waren für 476 Mio. Z\$, davon 7,1% aus der BRD. Vom Gesamtexport, vorwiegend Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte, Gesamtvolumen 449,2 Mio. Z\$, gingen 8,2% in die BRD.

Quellenhinweis: Africa Spectrum, hrsg. v. Institut für Afrika-Kunde, Hamburg, Nr. 3/81

Gegen Plünderung von Behinderten-Eltern

Gegen die Änderung des Bundessozialhilfegesetzes wandten sich in München rund 100 Eltern und Pädagogen auf einer Veranstaltung der ÖTV Ende April. Die Gesetzesänderung, mit den Stimmen der CDU/CSU im Bundestag verabschiedet, sieht eine stärkere Kostenbeteiligung der Eltern für die Heimunterbringung ihrer behinderten Kinder vor. Bis zu 204 DM bei Tagesstätten und bis zu 792 DM bei Heimen sollen die Eltern zahlen. Die Eltern müssen jetzt genau ihr Einkommen in Fragebögen angeben, wenn nicht, wird ihnen eine Geldstrafe von 300 DM angedroht. Bisher war die Betreuung kostenlos.

VL VFW gegen Zumutbarkeitsregelungen

Speyer. Die IG Metall Vertrauensleute von VFW, Speyer, haben eine Resolution gegen die Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose gefaßt. Sie wurde einstimmig verabschiedet und in der Tagespresse veröffentlicht. Die Vertrauensleute halten den Beschuß der Bundesanstalt für Arbeit für „einen Skandal“. Weiter heißt es:

„Hier bohrt die Postgewerkschaftsjugend nach Arbeitsplätzen“: In Karlsruhe protestierte die Postgewerkschaftsjugend gegen die angekündigte Nichtübernahme eines großen Teils der Fernmeldehandwerker, die im Herbst ihre Ausbildung beenden. Fernmeldehandwerker aus dem Bezirk der Oberpostdirektion Karlsruhe sollen künftig in Köln und München arbeiten. Vor der Oberpostdirektion Frankfurt demonstrierten Mitglieder der Arbeitsloseninitiative im DGB. Bis 1987 will das Postministerium allein in diesem Bereich 1000 Stellen abbauen.



„Hier soll eine insgesamt gegen die Arbeitnehmer gerichtete, verfehlte Wirtschaftspolitik und die daraus resultierende Finanzmisere der öffentlichen Hand auf Kosten der Ärmsten saniert werden. Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft und sichert. Wir erwarten, daß den von Arbeitslosigkeit betroffenen Kolleginnen und Kollegen geholfen wird ... Wir fordern als ersten Schritt die Aufhebung des Beschlusses des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit vom 16. März 1982.“

Keine Schulbücher mit Grenzen von 1937!

Hamburg. Die Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle der IG Chemie Hamburg hat auf ihrer Delegiertenkonferenz am 27.3.1982 folgende Entschließung gefaßt: „Der Verwaltungsstellenvorstand bestärkt den Hamburger Senat in seinem Beschuß, in den Hamburger Schulbüchern die jetzigen Grenzen der BRD, der DDR und Polens darzustellen und nicht die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937, wie es alle anderen Bundesländer tun.“ Der Antragsteller, der Vertrauensleutekörper der Hamburger Aluminiumwerke (HAW), begründete seinen Antrag damit, daß eine Darstellung der Grenzen von 1937, wie die CDU es fordert, Spannungen zu Polen nur verschärfen könnte. Wer den Frieden wolle, müsse auch konkrete Maßnahmen zu seiner Sicherung treffen. Die Industriegewerkschaften sollten sich deshalb für den Beschuß des Hamburger Senats einsetzen.

Effektivlohnerhöhungen durchgesetzt

Nachdem die Geschäftsleitung von Fuba (Bad Salzdetfurth) Anfang April angekündigt hatte, daß sie die Lohnerhöhung nur auf die tariflichen Lohnbestandteile zahlen und außerdem mit übertariflichen Zulagen verrechnen wolle, setzte eine größere Protestbewegung ein, die auf der letzten Betriebsversammlung ihre Sprecher fand. Eine langwierige Verhandlung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung hatte Ende April zum Ergebnis, daß die Tariferhöhungen

endgültig auf die Effektivlöhne berechnet werden. Die Unternehmensleitung hatte versucht, die Gesamtlohnsumme nur um 3% anzuheben. Das hätte bei einem Durchschnittslohn von 2250 DM nur 67,50 DM mehr bedeutet. Die Erhöhung der Effektivlöhne um 4,2% ergibt 94,50 DM im Durchschnitt. Bei 950 Beschäftigten hätten die Fuba-Kapitalisten immerhin 25650 DM monatlich zusätzlich an Lohn geldern einbehalten, wäre ihre 3%-Vision wahr geworden. Durch Höhergruppierungen von 67 Belegschaftsmitgliedern ergibt die Tariferhöhung im Endeffekt eine Erhöhung der Lohnsumme um 4,5%. Der Durchschnittslohn steigt damit um 101,25 DM auf 2351,25 DM. Es mehren sich die Stimmen für Nachzahlung.

30. Todestag von Philipp Müller

Essen. Am 11.5.1952 wurde der Jungarbeiter Ph. Müller bei der „Friedenskarawane“ in Essen von der Adenauer-Polizei erschossen. Trotz zahlreicher Proteste hat das Oberverwaltungsgericht Münster es abgelehnt, die Stadt Essen per Einstweiliger Verfügung zur Herausgabe des Städtischen Saalbaus für eine von der Zeitschrift „Kämpfende Jugend“ des Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP) geplante Gedankenveranstaltung zu zwingen. Der SDAJ wurde gerichtlich untersagt, den Tod Ph. Müllers als „Polizeimord“ zu bezeichnen. Mehrere hundert Leute beteiligten sich daraufhin am 11.5. an einer Kundgebung und anschließender Demonstration zu der Stelle, an der Ph. Müller starb.



Seit 4.5.82 streiken in Rotterdam 800 Hafenarbeiter der Firma Frans Swarttouw. Zwei Tage später haben sich 400 Arbeiter bei dem Umschlagsbetrieb EMO angeschlossen. Damit sind große Teile des Massenumschlags vor allem für Kohle und Erz lahmgelegt. Der Streik soll die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung von täglich 15 Minuten und Senkung des Rentenalters von 62 auf 60 Jahre durchsetzen. Die Unternehmensleitung von Swarttouw klage gegen die Gewerkschaft FNV, die den Streik mitträgt, auf Unterlassung der Aufforderung zum Streik. Vor Gericht klagte die Firma auf eine Entschädigungssumme von 500000 Gulden pro Tag. So hoch sei der Verlust auf der Massengutumschlagsanlage pro Tag. Am 4.5., zu Beginn der Verhandlung, wurde in Utrecht, am Ort des Gerichts, von Teilen der streikenden Hafenarbeitern demonstriert (Bild). Am 7.5. wurde die Klage abgewiesen. Am 11.5. hat die FNV die Transportarbeitergewerkschaften, die in der ITF zusammengeschlossen sind, informiert, um Streikbruch in den Konkurrenzhäfen zu verhindern.

Kapitalisten gegen Mindestabsicherung beim Prämienlohn

Seit mehreren Jahren hat die Geschäftsführung des Maschinenbaukonzerns DIAG und die Werkleitung vom zur DIAG gehörigen Fritz Werner Werk in Westberlin auf den Abschluß einer Betriebsvereinbarung über die Prämienentlohnung hingearbeitet. Seit dem 1. Januar ist jetzt eine solche Prämienlohnregelung in Kraft. Sie gilt für den Montagebereich. Dort wurde bislang im Zeitlohn gearbeitet. Der Plan der Einführung der Prämienentlohnung war von Anfang an auf den Widerstand der Belegschaft gestoßen. Auf mehreren Betriebsversammlungen wurde das auch klar zum Ausdruck gebracht. Hierauf gestützt und mit Unterstützung der IG Metall konnte der Betriebsrat in der Betriebsvereinbarung über die Prämienentlohnung Festlegungen durchsetzen, die die Möglichkeiten der Kapitalisten, die von ihnen mit der Einführung der Prämienentlohnung erhoffte „Produktivitätssteigerung“ durch Intensivierung der Arbeit zu erreichen, einschränken.

Wesentlichster Punkt ist hierbei eine auf den Tariflohn bezogene 130%ige Absicherung des Prämienlohns. In der Betriebsvereinbarung heißt es dazu: „Für die Fritz Werner Werk-Standardleistung wird der Prämienausgangslohn in Höhe von 130% des jeweiligen Tariflohns gezahlt. Die Fritz Werner Werk-Standardleistung (= Prämienausgangsleistung) entspricht der tariflichen Prämienbezugsleistung bzw. tariflichen Normalleistung.“

Diese Gleichsetzung der Standardleistung (130%) mit der tariflichen Normalleistung bewirkt, daß die 130% 60 abgerechneten Zeitminuten pro Stunde entsprechen. Um also beispielsweise

die auch in der Betriebsvereinbarung festgelegten Prämienobergrenze von 156% zu erreichen, müssen 72 Minuten für eine Stunde abgerechnet werden.

Lohngruppe	Tariflohn	130% mind.	156% 72 min.
1	8,32	10,82	12,98
2	8,68	11,28	13,54
3	8,98	11,67	14,01
4	9,60	12,48	14,98
5	10,22	13,29	15,94
6	11,23	14,60	17,52
7	12,25	15,93	19,11
8	13,59	17,67	21,20

Diese Festlegung der Mindestabsicherung in der Betriebsvereinbarung ist nach Aussage des Westberliner Metallkapitalistenverbandes in der BRD und Westberlin neu. Es gäbe zwar Mindestabsicherung bei Leistungsentlohnung, diese sind aber üblicherweise nicht der Normalleistung gleichgesetzt. Dies bedeutet, daß 60 Minuten nach wie vor 100% seien, und in der Folge z.B. eine Prämienleistung von 156% nur durch 93 abgerechnete Zeitminuten erreicht werden kann (und nicht wie bei Fritz Werner festgelegt bei 72 Minuten).

Die Fritz Werner-Betriebsführung will jetzt den mit dem Abschluß der Prämienlohnvereinbarung verbundenen Lohnerhöhungen gegenüber dem bisher gezahlten Zeitlohn (zwischen 0,50 und 2,00 DM) begegnen durch Abgruppierungen. Junge Facharbeiter sollen nicht wie bisher in Lohngruppe 6 eingestuft werden, sondern in Lohngruppe 5. Langjährige bei Fritz Werner beschäftigte Arbeiter, die bislang in Lohngruppe 7 eingestuft waren, sollen abgestuft werden in Lohngruppe 6.

Arbeiterinnen in der Elektromontage sollen in Lohngruppe 2 eingestuft werden, während sie bislang in den Lohngruppen 3 und 4 beschäftigt waren.

Die Herabstufungen konnten aber nicht durchgesetzt werden. Der Betriebsrat arbeitet an einer Ergänzung zur Betriebsvereinbarung, die solche Praktiken ausschließt. Lediglich bei der Übernahme von Lehrlingen nach der Facharbeiterprüfung konnte die Betriebsführung Eingruppierungen in Lohngruppe 5 durchsetzen, mit der erpresserischen Drohung, im anderen Fall überhaupt die Lehrlinge nicht zu übernehmen.

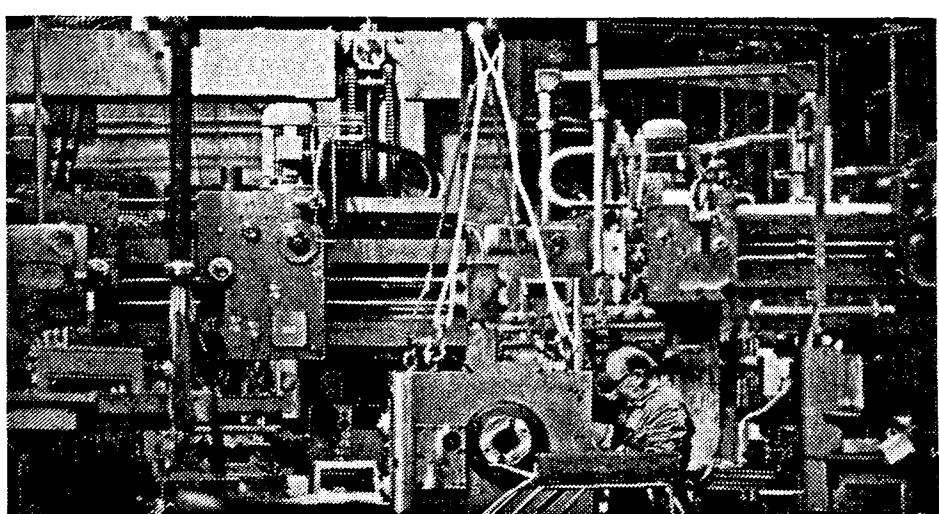
Nach einem stattgefundenen Wechsel in der DIAG-Geschäftsleitung und in der Folge auch personeller Umbesetzungen in der Fritz-Werner-Werksleitung versuchen die Kapitalisten jetzt, die vorliegende Prämienlohnvereinbarung ganz zu kippen. Stattdessen wollen sie Gruppenprämie einführen, die sich auf ganze Abteilungen bis hin zum ganzen Werk erstrecken soll.

Wegkommen wollen sie mit diesem Vorschlag von der 130% Mindestabsicherung. Stattdessen soll ein für den Betriebsrat schwer kontrollierbares System von Plan- und Istzeiten eingeführt werden, das über einen längeren Zeitraum (nach den Vorstellungen des neuen DIAG-Geschäftsführers, Hammer möglichst jährlich) abgerechnet werden und dann zu einer Art Erfolgsprämie führen soll. Grundsätzlich hat der Betriebsrat seine Verhandlungsbereitschaft erklärt, gleichzeitig aber klargestellt, daß er Lohnsenkungen in der Folge von Veränderungen des Prämienystems nicht zustimmen werde.

Verfassungsschutz-Spitzel Verurteilung von Opel-Betriebsrat

Essen. Der Opel-Betriebsrat Peter Jaszczyk, auch Mitglied der DKP, ist am 5. Mai durch das Landgericht Essen zu einer Geldstrafe von 120 Tagesätzen à 50 DM wegen angeblich „schwerer Körperverletzung“, begangen an dem Verfassungsschützer Köntgen, verurteilt worden. Köntgen hatte vergeblich versucht, den Betriebsrat als Spitzel für ein monatliches Honorar von 500 bis 2000 DM anzuwerben. Daraufhin wurde P. Jaszczyk vor Gericht gestellt. Er wurde beschuldigt, den Verfassungsschützer zusammen mit drei Kollegen in seiner Wohnung „schwer mißhandelt“ zu haben.

Der Staatsanwalt hatte für Jaszczyk und einen mitangeklagten Kollegen zwei Jahre Freiheitsentzug ohne Bewährung gefordert; für seine Frau – da sie von den Vorgängen gewußt ha-



Montage von Werkzeugmaschinen im Fritz-Werner-Werk



Auf einer Solidaritätsveranstaltung in Bochum wird Innenminister Baum aufgefordert, die Bespitzelung in Betrieb und Gewerkschaft zu beenden.

ben müsse – ein Jahr Gefängnis auf Bewährung. Reaktion auf die öffentlich bekanntgewordene, nicht gelungene Anwerbung des Betriebsrats als Spitzel ist die Absegnung der Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes. „Im Gesetz steht, daß der Bundesverfassungsschutz nachrichtendienstliche Mittel anwenden darf. Wir haben davon eine Kostprobe bekommen“, so der vorsitzende Richter. Die Bespitzelung von Arbeitern und Gewerkschaltern durch den Verfassungsschutz ist rechtmäßig und muß geschützt werden, so die Logik des Prozesses. Bei Vernehmung des Verfassungsschützers Köntgen wurde die Öffentlichkeit „wegen Gefährdung der Staatsicherheit“ ausgeschlossen. Die Journalisten durften bei Androhung von bis zu einem Jahr Strafe nicht darüber berichten. Der oberste Dienstherr Innenminister Baum hatte den aussagenden Spitzeln sowieso „nur beschränkte Aussa-

geffreiheit“ verordnet. Köntgen selbst log eingestandenermaßen mehrmals bei seinen Aussagen. Er entschuldigte dies damit, daß er verwirrt gewesen sei!

Der Prozeß zeigt: Die Tatsache, daß Betriebsräte und Gewerkschafter die Bespitzelung des Verfassungsschutzes in den Betrieben – die es nach Aussagen von Innenminister Baum nicht gibt – öffentlich bekannt machen und sich dagegen zur Wehr setzen, muß bestraft werden. Von „schwerer Körperverletzung“ kann keine Rede sein. Der angeblich schwer verletzte Köntgen fuhr, nachdem er aus der Wohnung des Betriebsrates kam, mit seiner Kumpanen, die im Dienstwagen warteten, nicht etwa ins Krankenhaus, sondern in zwei Wirtschaften. Erst Stunden später suchte er einen Arzt in Köln auf. Nach der strafrechtlichen Verurteilung von P. Jaszczyk wird mit Sicherheit der Zivilprozeß folgen, bei dem es um etwa 10000 DM geht.

Mehr damit, er hätte sich ja distanzieren können.

Der Psychiater Prof. Dr. Michaelis, der während des gesamten Prozesses Michael Duffke gegenüberstand, hat in seinem psychiatrischen Gutachten M. Duffke nicht nur als „gering strukturiert“ (zu deutsch: dumm) hingestellt, sondern ihm auch „innere aggressive Neigungen“ als Handlungsursache zugeschrieben. Da Widerstand gegen das KKW Brokdorf keine Sache eines Psychiaters ist, hatte M. Duffke jedes Gespräch mit Michaelis abgelehnt. Die Öffentlichkeit war beim Prozeß ausgeschlossen.

Neben Vernichtung des Widerstands durch hohe Verurteilung verfolgt der Staatsapparat mit den Prozessen und Anklagen die Absicht, den Widerstand vom Kern, nämlich dem Bau des KKW, abzulenken.

Durch das enorme Tempo des Baus will die NWK Tatsachen schaffen. Durch die starke Beteiligung von kleinen Baufirmen aus der näheren Umgebung soll der Widerstand langsam zerstellt werden.

„Positive Ansätze dafür, daß die energiepolitische Vernunft wieder die Oberhand gewinnt“, sieht jetzt der Chef der KWU, Haupthersteller und -exporteur von KKWs. Kai-Uwe von Hassel (CDU), ehemaliger Bundestagsabgeordneter im Kreis Steinburg, hetzt in der Norddeutschen Rundschau: „Brokdorf wird weitergebaut, dieses Kernkraftwerk wird fertiggestellt ... Ob sich die Kernkraftgegner eigentlich klar sind, was sie mit Prozessen und Massendemonstrationen bewirkt haben? ... und es wird doch gebaut ... Das ganze Hin und Her ... haben dazu geführt, daß Investitionen an die 40 Milliarden nicht begonnen werden konnten, das ist Arbeit für viele Bürger, das aber interessiert die ewigen Störer überhaupt nicht. Im übrigen wollen sie es nachher alle nicht gewesen sein. Sie stört auch nicht, daß unsere Polizisten für sie die Haut zu Markte tragen mußten.“

Brokdorf-Prozeß

Terrorurteil: 5½ und 3 Jahre Haft ohne Bewährung für Angeklagte

Mit dem Urteil von 5½ Jahren für Michael Duffke und drei Jahren ohne Bewährung für Markus Mohr ist das Landgericht Itzehoe z.T. über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß (sechs Jahre für M. Duffke, zwei Jahre auf Bewährung für M. Mohr) hinausgegangen. Die beiden waren angeklagt, bei der Demonstration am 28.2.81 gegen das KKW Brokdorf den Polizisten Schütt mit einem Knüppel und einem Spaten geschlagen zu haben.

Schütt vom Sonder einsatzkommando (SEK) Saarland war bei der Verfolgung eines Demonstranten, den er zusammen mit seinem Greiftrupp festnehmen wollte, in den Wassergraben gerutscht

und durch einige Schläge an der weiten Jagd auf Demonstranten gehindert worden. Nach den „Schlägern von Brokdorf“ war zuerst wegen „Mordversuch an einem Polizisten“ gefahndet worden.

Staatsanwalt Widuwilt meinte in seinem Plädoyer, schwerer Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung seien „erwiesen, auch wenn der Polizist nur leicht verletzt worden sei.“

Mit der hohen Verurteilung von M. Duffke und M. Mohr will der Staatsapparat Zeichen setzen: Der Widerstand gegen das KKW Brokdorf soll vernichtet bzw. in staatstreue Bahnen gelenkt werden. Richter Selbmann begründete auch die Strafe gegen M.

Am 24.2. kam Stoltenberg im Rahmen des Kommunalwahlkampfes nach Itzehoe. Die CDU wollte mit einer Schweigeminute für den verstorbenen Landrat Brümmer, der alle Mittel in Bewegung gesetzt hat, das KKW Brokdorf durchzusetzen, und dafür das Bundesverdienstkreuz erhielt, den Widerstand gegen das KKW demütigen und treffen.

Innenminister Barschel hatte im Nachruf auf Brümmer geschrieben: „Brümmer hat sich nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf in herausragender Weise für unseren Rechtsstaat eingesetzt und wesentlich dazu

beitragen, daß die Chaoten ihre Ziele nicht erreicht haben. Der Tod Helmut Brümmers ist für die Landesregierung sehr schmerzlich.“

In der Schweigeminute riefen KKW-Gegner dreimal laut und deutlich: „Freiheit für Michael Duffke! Kein AKW in Brokdorf!“ Der Angriff saß. Sofort ließ die CDU von der Polizei vier KKW Gegner festnehmen; die von der CDU-Prominenz mit „euch sollte man an die Wand stellen“ und Fußtritten bedacht wurden. Drei KKW Gegner wurden später noch festgenommen.

Angesichts der Tatsache, daß die Reaktionäre sich einig sind und ihre politische Macht einsetzen, reicht es nicht, gegen die Prozesse weiter Demonstrationen durchzuführen. Einige Bürgerinitiativen haben Bauplatzwachen durchgeführt, die beteiligten Firmen veröffentlicht. Sie wollen auch durch Veranstaltungen auf den Dörfern und in den Kleinstädten die Bewegung gegen das KKW Brokdorf stärken.

Frankfurt Werksbesetzungen gegen Entlassungen

Frankfurt. Nach ca. 3600 durchgeführten Entlassungen im Jahr 1981 stehen nach Information der IG Metall weitere 700 im Metallbereich ins Haus. Dagegen hat sich eine Bewegung herausgebildet, weil der Druck auf die Belegschaften bei gleichzeitiger Rationalisierung im Dienstleistungssektor immer spürbarer wird.

Am 10.5. ging nach zwölf Tagen eine Werkstorbesetzung vor dem Kom-



LKW-Blockade vor Mannesmann-Demag

pressorenwerk Demag-Pokorny zu Ende. Statt 125 angekündigter Entlassungen sollten 40 über Sozialplan Abfindungen erhalten, 36 bei Schwesternfirmen von Mannesmann übernommen werden und 33 vorzeitig in Rente geschickt werden. Die von Demag ausgesprochenen Abmahnungen wurden zurückgenommen, die Streiktage aber nicht bezahlt. Besser nimmt sich dagegen das Ergebnis beim Autozulieferer Rockwell-Golde aus: Nach fünfjähriger Werksbesetzung wurden am 21.4. alle 115 geplanten Entlassungen im produktiven Bereich zurückgenommen, mit Bezahlung der Streiktage.

Die unterschiedlichen Erfolge entsprechen den verschiedenen Bedingungen: Die Rockwell-Golde-Geschäftsleitung war wegen fester Verträge mit Automobilfirmen auf schnellen Abtransport ihrer LKW-Ladungen angewiesen. Demag hatte zur gleichen Zeit ein anderes Kompressorwerk in Simmern laufen und wegen der Auftragsflaute im Bausektor keinen Lieferdruck. Bei Rockwell entstand zum anderen der Streik im Werk direkt, wobei es die Geschäftsleitung nicht schaffte, die Streikenden auszusperren. Bei Demag lief dagegen der Streik von Anfang an nur vor dem Werk.

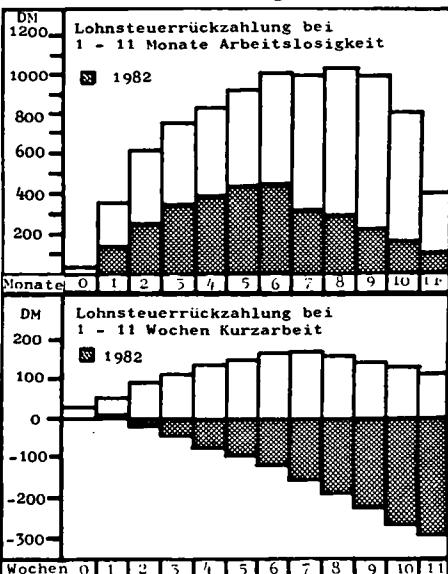
Zu begrüßen ist es, daß die neu gewählte Leitung der IGM-Verwaltungsstelle Frankfurt die Lösung ausgegeben hat, daß um jeden Arbeitsplatz gekämpft wird, anstatt wie früher nur Sozialpläne anzustreben. Andererseits tut sie sich schwer in der grundsätzlichen Kritik, indem sie von einem „Entlassungsskandal“ spricht. Dabei sind die Entlassungen in beiden Werken langfristig angelegt und sollen der Konzentration der Produktion in anderen Werken mit weniger Lohn (bei Demag in Simmern, bei Rockwell in Como/Italien) dienen.

Lohnsteuerjahresausgleich Zusätzlicher Steuerraub bei Lohnausfallzeiten

Kiel. Mit dem 2. Haushaltsgesetz vom Herbst 1981 hat der Bundestag eine Änderung des § 32 b des Einkommensteuergesetzes vorgenommen. Unter dem Begriff „Progressionsvorbehalt“ ist eine steuerliche Behandlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Schlechtwettergeld und Kurzarbeitergeld vorgesehen, die zu einer prozentual höheren Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens derjenigen führt, die im Laufe eines Jahres derartige Zahlungen erhalten haben.

Geltend gemacht wird diese höhere Besteuerung durch die Finanzämter

beim Lohnsteuerjahresausgleich. Waren durch Ausfallzeiten, da der Verdienst als Jahreslohn versteuert wird, Lohnsteuerrückzahlungen der Fall, tritt jetzt eine Minderung der Rückzahlung bei Arbeitslosigkeit – in der ersten Grafik bis zu 768 DM – ein. Bei Kurzarbeit kann es sogar zu Steuernachforderungen – in der zweiten Grafik bis zu 289,50 DM – führen. Solange keine Einkommensteuer gezahlt wird, sind Steuernachforderungen nicht möglich. Eine Verrechnung des nachzuzahlenden Betrages mit den im Antrag zum Lohnsteuerjahresausgleich nachgewiesenen höheren Werbungskosten und Sonderausgaben findet aber statt, so daß bei 1000 DM höheren steuerfreien Ausgaben über die



Rechendaten für beide Schaubilder: Monatslohn 2491,20 DM (173 Std. x 14,40 DM); Steuerklasse I/IV; Juli: Urlaub plus 25% Urlaubsgeld = 3114 DM; Arbeitslosengeld/Monat 1119,51 DM; steuerpflichtige Ersatzleistung 1589,71 DM. Unteres Schaubild: $\frac{1}{4}$ des Monats Kurzarbeit (außer Juli); Bruttolohn/Monat = 1868,40 DM; Kurzarbeitergeld 279,88 DM; steuerpflichtige Ersatzleistung 397,43 DM.

gesetzlichen Freibeträge hinaus es trotzdem zu keiner Rückzahlung von Lohnsteuer kommen wird.

Die Berechnung geht folgendermaßen: Zu dem steuerpflichtigen Einkommen, hier bei 4 Wochen Kurzarbeit im Jahr, von 28026 DM wird für das erhaltene Kurzarbeitergeld von 1119,52 DM ein fiktiver Bruttolohn von 1589,72 hinzugezählt und davon der Steuerprozentsatz von 16,29% ermittelt. Dieser wird auf das steuerpflichtige Einkommen angewandt, was eine Jahressteuer von 4565 DM ergibt. Bei tatsächlich gezahlten Steuern von 4487,30 DM also eine Nachforderung von 77,70 DM. Die vorher geltende Berechnung ergab einen Steuersatz von 15,5% und eine Steuerrückzahlung von 141,30 DM.

Studenten

„Strukturreform“ im Hochschulbereich – Umwandlung der Studienfinanzierung

Braunschweig. Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über einen Bildungsgesamtplan sind vorerst gescheitert. Grundsätzlich herrscht Einigkeit über radikale Kosteneinsparungen im Hochschulbereich. Die CDU/CSU versucht, die Bundesregierung zu einer „Strukturreform“ zu zwingen, zu diesem Zweck will Strauß Verfassungsklage gegen den Bund erheben. Die Kapitalistenverbände fordern die Präsenz der „Berufsverwender“ in allen Bereichen der Universität, etwa nach dem Beispiel der USA – Wirtschaftsmanager in den Dekanaten –, vor allem wenn es um die Gestaltung der Lehrinhalte geht, um dem „Bildungstourismus“ ein Ende zu machen, „der natürlich keine Bedarfs- und Berufsorientierung kennt, sondern vorwiegend individuelle Beglückung“ (1), d.h. die Entrümpelung der Hochschulen von allen Ausbildungsbereichen, die nicht der direkten Profitmaximierung dienen und hin zu einem neuen Studententypus, der sich vor allem durch Eigeninitiative, Anpassungs- und Leistungswilligkeit auszeichnet.

Zwei Maßnahmen innerhalb des „Strukturplans“ zeichnen sich ab. Der Bundesverband Deutscher Arbeitgeber warnt davor, „die Verteilung der knapper werdenden Mittel allein an der jetzigen Auslastung zu orientieren“, und fordert „eine grundsätzliche Etatumbildung etwa zu Lasten der Erziehungswissenschaften und zugunsten der technischen“ (2). Gleichzeitig führen die Reaktionäre wie der Bund Freiheit der Wissenschaft eine öffentliche Diskussion über die generelle Änderung der Studienförderung: Einführung von Studiengebühren und Darlehen statt BAföG.

1. In NRW werden Maßnahmen getroffen, die den obengenannten Wünschen der Kapitalistenverbände entsprechen: Im naturwissenschaftlichen Bereich werden Kapazitäten gekürzt, in den lehrerausbildenden Fachbereichen konzentriert und abgebaut. Die Lehrerstudiengänge für den Primarbereich werden in Aachen, Duisburg und Paderborn aufgehoben, für die Sekundarstufe I in Aachen, Bonn, Bochum und Düsseldorf. An allen übrigen Standorten werden die Studienanfän-



1. Mai 82: In Braunschweig protestieren wissenschaftliche Mitarbeiter gegen Stellenstreichungen der Landesregierung.

gerzahlen zum Teil durch Numerus Clausus um 25% reduziert. Von der Einstellung einzelner Fächer sind vor allem die Sozialwissenschaften und Sozialpädagogik betroffen; Fächer wie z.B. Germanistik und Mathematik verlieren die Lehrerausbildungskapazitäten. Der Gesamtrahmen der Kürzungen umfaßt über 1200 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Stellen. Folgemaßnahmen bei Kapazitätskürzungen oder völliger Einstellung: neben Stellenbesetzungssperren Aufgabe gemieteter Flächen und Verkleinerung oder Aufgabe geplanter Neubauten.

Amnestieantrag Studentenprozesse

Heidelberg. Am 29.3.82 hat die SPD-Fraktion des Landtages von Baden-Württemberg einen Gesetzentwurf für eine Amnestie in allen Studentenprozessen vorgelegt. Der Entwurf sieht folgendes vor: „Strafen, die zwischen dem 1. Januar 1975 und dem 31.12.1980 für strafbare Handlungen verhängt wurden, die im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen um Ausbildungsbedingungen oder die Bildung von studentischen Interessenvertretungen von Angehörigen baden-württembergischer Hochschulen begangen wurden, werden erlassen, soweit es sich um Verurteilungen wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Beleidigung, einfacher Nötigung, Widerstand oder Aufforderung zu diesen Straftaten handelt.“ (Drucksache 8/2533).

Die Grünen hatten schon am 11.12.81 einen Antrag vorgelegt, daß die Landesregierung ein Amnestiegesetz vorlegen soll, was neben der Amnestie für verurteilte Studenten auch eine Amnestie für Rechtsanwalt Härdr-

le vorsehen soll, der gegenwärtig eine 22-monatige Haftstrafe absitzt. Auch die FDP ist für eine Amnestie, hat aber keinen eigenen Antrag gestellt.

Die CDU und mit ihr die Landesregierung lehnt die Amnestie strikt ab. Sie verfügt über eine absolute Mehrheit im Landtag. Vor kurzem hat darüber hinaus der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Heidelberg erklärt, daß die Amnestieanträge verfassungswidrig seien. Wahrscheinlich will er sich dabei auf Artikel 3 GG stützen, in dem festgehalten wird, daß vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind.

Die Amnestie würde, falls sie beschlossen wird, zur Aufhebung der meisten Urteile führen, die in den letzten Jahren gegen Heidelberger Studenten erlassen wurden. Insbesondere wären davon die ehemaligen Studenten Sautmann, Koepsell, Schmitt und Brückner betroffen. Gegen die drei erstgenannten wurden vor kurzem Gefängnisstrafen zwischen 14 und 17 Monaten rechtskräftig. Gegen T. Brückner sind Urteile von bisher insgesamt 24 Monaten ergangen, die noch nicht rechtskräftig sind. Eine weiteres Verfahren gegen T. Brückner findet ge-

genwärtig vor dem Landgericht Heidelberg statt, in dem die Staatsanwaltschaft ebenfalls einen hohen Strafantrag in Aussicht gestellt hat. Alles in allem strebt die Staatsanwaltschaft eine Gesamtstrafe von über drei Jahren Gefängnis ohne Bewährung an.

Für H. Sautmann, S. Schmitt und C. Koepsell sind Gnadengesuche gestellt. Die Behörden haben erklärt, daß die Vollstreckung bis zur Entscheidung über diese Gnadengesuche ausgesetzt werde. Der Richter, der die Gesamtstrafen bildete, hat für Sautmann und Schmitt eine Begnadigung befürwortet, für Koepsell dagegen nicht. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg hat ihrerseits gegen die Anstellung von S. Schmitt als Referendarin in Bremen beim Bremer Senat interveniert. Der Senat beabsichtigt nun, S. Schmitt aufgrund dieser Handlung der Heidelberger Staatsanwaltschaft zu entlassen. In dieser Lage wären Erklärungen, die die Amnestie befürworten, sehr nützlich. Sie sollen an den Landtag von Baden-Württemberg zu Händen der Fraktionen von CDU, FDP, GRÜNE und SPD gerichtet werden (7000 Stuttgart, Haus des Landtags).

In Niedersachsen tastet sich der Minister an ähnliche Pläne heran; zunächst arbeitet er an der Konzentration der Lehrerausbildung auf zwei Orte. Ende März wurden die Hochschulen aufgefordert, im Haushaltsjahr 83 insgesamt 120 Stellen einzusparen. In Braunschweig betrafen von 19 zu streichenden Stellen 13 die Lehrerausbildung, in Hannover 18 von 25. Die Hochschulseiten in Braunschweig, Osnabrück und Oldenburg haben sich geweigert, zu streichende Stellen an den Minister zu melden.

2. Neu sind die Pläne der Umstrukturierung der Studienfinanzierung nicht. Die CDU/CSU fordert seit langem die Umstellung des BAföG auf Darlehen. Neben Genscher propagiert auch Schmidt diese Umstellung öffentlich. Dem Vernehmen nach soll er sogar das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gebeten haben, einen Gesetzentwurf vorzubereiten. Ein ausgearbeitetes Modell liegt dem Bund Freiheit der Wissenschaft vor:

„ – die Kosten des Studiums müßten von den Leistungsempfängern getragen werden, d.h. die Einführung kostenorientierter Semestergebühren wäre erforderlich.

– Zusätzlich sollten die Preise freigegeben werden, so daß die einzelnen Hochschulen darüber entscheiden, welche Studiengänge sie zu welchem Preis anbieten.

– Jeder Student soll zur Bestreitung der Gebühren und seines Lebensunterhaltes ein Darlehen erhalten, das er während seiner späteren Berufstätigkeit zurückzahlt.“ (3)

Nach diesem Modell hätte ein Student sich nach einem durchschnittlichen Studium mit rund 60000 DM verschuldet. Die Vorteile für die Bourgeoisie liegen auf der Hand: Studenten, die ihr Studium selbst bezahlen müssen, werden dies so schnell wie möglich abzuschließen versuchen. Die für ein Studium „Ungeeigneten“ könnten somit davon abgehalten werden, überhaupt erst ein Studium aufzunehmen. Da Grundlage des Darlehens nicht, wie es heißt, die soziale Herkunft, sondern die soziale Zukunft sein sollte, würde ein weiterer Vorteil die Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze sein. Begrüßt werden diese Pläne von Kapitalistenseite, denn dadurch will man den gewünschten neuen Studententypus schaffen.

Gegen die Pläne der Umstrukturierung der Studienfinanzierung wenden sich die Vereinigten Deutschen Studentenschaften mit bundesweiten Aktionstagen am 24./25. Mai. Ebenfalls öffentliche Aktionen hat die GEW für Anfang Juni angekündigt.

(1) Kienbaum, Unternehmensberatung in Deutsche Universitätszeitung 23/81, Seite 452; (2) BDA in Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 13/81, Seite 453; (3) DUZ 7/82, Seite 25.

CDU im Wahlkampf Reaktionäres hinter liberaler Maske

Hamburg. Sonntag vormittag in Barmbek: Politischer Frühschoppen – „Die CDU-Nord stellt ihre Kandidaten vor.“ 30 Menschen, die Kandidaten eingeschlossen, versammeln sich. Man kennt sich, drückt Enttäuschung aus über den schwachen Besuch, tröstet sich: „Der SPD wird es morgen abend auch nicht besser gehen.“ Ein Mitarbeiter des Kiep-Stabes gibt die neuesten Prognosen zum Besten: Wenn die FDP rumzukriegen wäre, könnte es klappen. Gedämpfter Optimismus.

Die Veranstaltung beginnt. Die Kandidaten erklären sich für geeignet, den „neuen Anfang“ zu machen. Beginn der Diskussion: Man darf ungehindert reden. Ein bestellter Frager schildert einen Vorfall in einem Amt, wo eine alte Frau mit einem Antrag hilflos von Zimmer zu Zimmer irrite. Ob das denn sein müsse? Spitzenkandidat Mairose nimmt den Ball geschickt auf, wettert gegen den Paragraphenwust, stellt sich vor die in den Ämtern Beschäftigten, die ja nichts dafür konnten und kündigt eine gründliche Paragraphenrumpelung an. Es ginge auch nicht an, daß über 50% der Haushaltssmittel für



Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst draufgingen.

Ob die CDU sich denn gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihre Gewerkschaften stellen, Planstellen streichen und Privatisierung durchführen wolle. – Entlassen werde keiner, privatisiert werden müßte aber, dann könnten allein an Reinigungskräften 30 Mio. DM gespart werden. Der CDU wird vorgehalten, daß sich diese Einsparungen durch verstärkte

Ausnutzung einer geringeren Zahl von Arbeitskräften bei verminderter Lohn ergäben.

Am Vorstandstisch wird man unruhig. Auch die eigenen Reihen zeigen Wirkung: Ein Postbediensteter mit großer Kiep-Plakette erklärt, in seiner Dienststelle müßte mit ständig geringerer Belegschaft immer mehr gearbeitet werden. Er sähe nicht, wo denn da noch gespart werden solle. Der Vorsitzende beeilt sich zu versichern, an die Post sei nicht gedacht, aber bei den Friedhofs-Beschäftigten ergäben sich z.B. Möglichkeiten. Unglücklicherweise findet sich aber ein CDU-Friedhofs-gärtner, der das nicht so ohne weiteres bestätigen mag. Auf mehrmalige Nachfrage kommt heraus, daß in allen Bereichen, außer Polizei und Bildung, reduziert werden soll.

Damit war doch mehr herausgekommen, als vorgesehen, was einen der Versammelten zu der Bemerkung veranlaßte: „Wenn uns hier die öffentlichen Bediensteten hören könnten, dann hätten wir 105000 Wähler weniger.“ Darauf Mairose spontan: „Das ist mir auch klar.“

Ebenso drastisch sollen Rechtsansprüche auf staatliche Unterstützung einem System freiwilliger Nächstenliebe, organisiert von Kirchen und Wohlfahrtseinrichtungen, weichen. Das ist auch billiger zu haben, oder mit den Worten des CDU-Sozialpolitikers Quartier: „In Hamburg stehen 40000 ehrenamtliche Helfer bereit, die für ein „Vergelt Gott“ arbeiten würden.“

Nur nach hartnäckigem Bohren gibt die CDU ihre reaktionären Pläne preis. Gezielt und demagogisch setzt sie ihren Wahlkampf vor allem dort an, wo die SPD-Politik gescheitert ist: Schulen, Finanzen, Arbeitsplätze. Wie anders als durch Einbrüche in die Arbeiter- und Angestelltenwählerschaft der SPD sollte das Rathaus erobert werden? Und die läßt sich mit offener Reaktion nicht gewinnen.

IGM Baden-Württemberg „Ausländergesetz ist Ermächtigungsgesetz“

Dies war eine der zentralen Thesen der Konferenz von 600 ausländischen und deutschen IG Metall-Funktionären am 24.4. in Esslingen. Weiter die allgemeine Hetze gegen Ausländer, z.B. sie seien schuld an der Arbeitslosigkeit, was gezielt von Kapitalisten und Politikern in die Welt gesetzt sei.

F. Steinkühler griff u.a. die „Diskriminierung ausländischer Lohnabhängiger und ihrer Familien durch menschenfeindliche Gesetze, Verordnungen und Praktiken der Ausländerbe-

hördnen“ an. 90% aller in der BRD lebenden 4,63 Mio. Ausländer haben laut IGM nur eine *befristete Aufenthaltslaubnis* von ein, zwei bzw. fünf Jahren. Eine *unbefristete Erlaubnis* (nach fünf Jahren) haben z.B. in Baden-Württemberg nur ca. 57000 (7%). Auch sie schützt etwa beim Bezug von Sozialhilfe, Vergehen im Straßenverkehr nicht vor Ausweisung.

Den derzeit besten Schutz bietet noch die *Aufenthaltsberechtigung*. In der Regel ist sie nach acht Jahren BRD-Aufenthalt zu erteilen, wenn ausreichendes Einkommen, Wohnung, Sprachkenntnis, fünf bzw. acht Jahre ununterbrochene Arbeit u.a. gegeben sind. Tatsächlich haben sie aber insgesamt nur knapp 50000 Ausländer (1,1%), obwohl 2,5 Mio. (54%) über zehn Jahre und weitere 25% zwischen sechs und zehn Jahren hier sind. Ohne gerichtliche Klage stellen die Behörden sie kaum aus.

In einem Merkblatt ruft der DGB Baden-Württemberg z.Zt. zum massenhaften Berechtigungsantrag auf und gewährt Rechtsschutz.

Gefordert wurde von der Konferenz die Entkoppelung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und ein Niederlassungsstatus. Ein Waiblinger Betriebsratsvorsitzender schlug eine Option auf Einbürgerung vor, falls diese gewünscht werde. Gemeinsam wurde die Entschließung 25 des Gewerkschaftstages begrüßt: keine arbeitsmarkt-, betriebs- bzw. branchenbezogene Arbeitserlaubnis, Aufenthaltsberechtigung nach fünf Jahren, Arbeitserlaubnis nach Familienzusammenführung, gerechteres Kindergeld, Kommunal- und passives Sozial-Wahlrecht. Diese Entschließung bringt die IGM auch auf dem laufenden DGB-Bundeskongress ein. IGM, DGB und GEW erarbeiten in Baden-Württemberg einen Aktionsplan.

I.D.E.E. Über 30000 demonstrieren gegen Kriegsmesse

Hannover. Über 4000 Menschen nehmen am Freitagnachmittag an der Kundgebung der „Friedenswoche Hannover“ gegen die Kriegselektronik-Ausstellung I.D.E.E. teil. Am Samstag sind es über 30000, die sich an der bundesweiten Demonstration zum Messegelände beteiligen, zu der das „Aktionsbündnis gegen die I.D.E.E.“ aufgerufen hat. 1800 demonstrieren am Montag gegen die Eröffnungsveranstaltung der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) mit Kanzler Schmidt. Die Schülervollversammlung

der IGS in Hannover-Linden hat für Dienstag, den Eröffnungstag der I.D.E.E., einen Schulstreik beschlossen.

Polizeikräfte in einer Größenordnung von über 10000 Mann beherrschen seit Tagen provokativ das Straßenbild Hannovers und geben der Lösung „I.D.E.E. = Krieg in Hannover“ eine eigene Bedeutung. Für Kanzler Schmidt wird die Stadthalle in eine Polizeifestung verwandelt und ein Verkehrschaos in der Innenstadt organisiert. 44 der Gegendemonstranten werden festgenommen. Dieses erdrückende Polizeiaufgebot, ein umgestürzter Mannschaftswagen, drei dienstunfähig verletzte Polizeibeamte und ein – nach Angaben der Polizei – Sachschaden von einer Viertelmillion Mark werden zur Spaltung des Aktionsbündnisses ins Feld geführt. Aber das Aktions-



bündnis distanziert sich nicht, sondern erklärt: „Angesichts dieses Polizeiaufgebots und nach den Urteilen im Brokdorf-Prozeß ist es allerdings nicht verwunderlich, daß es am Rande der Demonstration zu Auseinandersetzungen kam.“

Daß das Aktionsbündnis diesem Druck standhält, hängt mit politischen Fortschritten zusammen. So kann der Pastor Konrad Lubbert vom Internationalen Versöhnungsbund die Kundgebung der „Friedenswoche Hannover“ nicht mit seiner Meinung beherrschen, daß der Protest in erster Linie friedlich sein müsse und man die Rüstung der Staaten, auf die es die BRD abgesehen hat, gleichermaßen kritisieren müsse. Ganz anders als dieser Kirchenmann nimmt der Hannoveraner IG-Metall-Gewerkschaftsfunktionär Reinhard Schwitzer Stellung, der das hemmungslose Streben nach Profit für die Kriegsvorbereitungen verantwortlich macht und u.a. eine 10%-ige Senkung des Rüstungshaushalts fordert.

Maxhütte Warnstreik: „Bayernmonat“ wird fallen

München. Am 16. April wurde der Tarifvertrag für die fast 6500 Beschäftigten der Oberpfälzer Hüttenindustrie abgeschlossen. Das Ergebnis für das einzige Stahlgebiet Bayerns, das die beiden Werke der zum Klöckner-Konzern gehörenden Maxhütte umfaßt, entspricht dem Abschluß für die Beschäftigten in der Stahlindustrie von NRW und Bremen. 4,2% rückwirkend zum 1. März 1982, zusätzliche Anhebung der Ecklöhne zum 1. März 1983 um sechs Pfennige, wodurch der Ecklohn an den der Metallindustrie angeglichen wird. Strittig war die Laufzeit des Tarifvertrags. Während der Arbeitgeberverband der Oberpfälzer Hüttenindustrie die einmonatige Verspätung in der Laufzeit gegenüber den übrigen Tarifgebieten der Stahlindustrie – den „Bayernmonat“ – aufrechterhalten wissen wollte, forderte die IG Metall eine Angleichung der Laufzeit.

Der Kapitalistenverband ließ aus diesem Grund die Tarifverhandlungen abbrechen. 5000 Beschäftigte der Maxhütte-Betriebe Sulzbach-Rosenberg (Stahlwerk) und Haidhof (Walzwerk) legten daraufhin für zwei Stunden die Arbeit nieder. Diese Warnstreiks und nicht zuletzt die von der IG Metall angesetzte Urabstimmung brachten dann die Beseitigung des „Bayernmonats“ als Ergebnis. Spätestens 1984 soll die Laufzeit des Tarifgebiets Oberpfalz an NRW und Bremen angeglichen werden. Es besteht also die Möglichkeit, in der Tarifbewegung 1983 die Laufzeit des jetzigen Tarifvertrags um einen Monat zu verkürzen; zumindest aber wird der Tarifvertrag '83 dann für 1984 die Angleichung bringen.

Mitentscheidend für die Kampfsbereitschaft der Beschäftigten bei der Maxhütte war die Forderung nach Angleichung in den Effektivlöhnen. Bis her bekommen sie im Schnitt 90 Pfennige weniger pro Stunde als die Stahlarbeiter im übrigen Bundesgebiet. IG Metall-Bezirksleiter E. Schleinkofer: „Ein solches Hinterherhinken kann gerade in einer Zeit, in der die Lohnabschlüsse bereits niedriger liegen als zum Erhalt des Lebensstandards notwendig wäre, nicht hingenommen werden.“

Die Aktionen der Maxhütte-Beschäftigten erfolgten trotz des Entlassungsdrucks und der Propaganda, daß die Beschäftigten gemeinsam mit der Konzern-Leitung gegen die Brüsseler EG-Bürokraten um ihre Arbeitsplätze kämpfen müßten.

Quellenhinweis: Metall 6/82, 8/82, 9/82 Sonderseite Bayern; Süddt. Ztg., 30.4.82



Links: Zeche Hugo, Gelsenkirchen. Von den 158 Schachtanlagen des Reviers 1956 blieben nur 30. Die Zahl der Bergleute sank von 440000 auf 180000. Die Leistung pro Mann und Schicht im Streb stieg gleichzeitig von maximal 4 t verwertbarer Kohle auf maximal 20 t, während die Kapitalisten den Lohn im Vergleich zu anderen Branchen senken konnten. Rechts: Auguststraße, Gelsenkirchen. Viele der Häuser wurden in Eigenarbeit ausgebaut.

Ruhrgebiet

Weitreichende Folgen von Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise und von Rationalisierungen

Als der erst wenige Jahre zuvor von den Schlotbaronen Grillo, Thyssen und Poensgen gegründete Schalker Verein ab 1879 in Gelsenkirchen einen Hochofen nach dem anderen anblies, lebten in Gelsenkirchen gerade 9050 Einwohner. Es war die Zeit, in der entsprechend der technischen Entwicklung die Zechen von den Hängen der Ruhr weiter nach Norden zu den tiefergelegenen Kohleflözen der Emscher verlegt wurden, und dem zog die Stahlindustrie nach. 9050 Einwohner – zu wenig für den unersättlichen Bedarf der Zechen und Eisenhütten. Also zogen beauftragte der Kapitalisten bis in die polnischen Dörfer, und Zehntausende von Arbeitskräften wurden herangekarrt.

Heute hat Gelsenkirchen 305000

Einwohner, und wie im ganzen Ruhrgebiet sind es in den letzten zwanzig Jahren wieder weniger geworden. 49677 Beschäftigte zählte der Bergbau in Gelsenkirchen 1956, 1977 waren es 15222, heute sind es wieder 17000. Viele gerade der jüngeren ehemaligen Bergleute wanderten ab, die Altersstruktur im ganzen Ruhrgebiet liegt seitdem höher als im Bundesdurchschnitt.

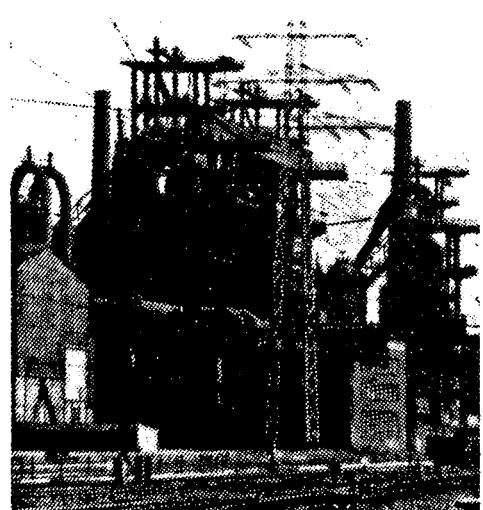
Immer waren es die einfachen, hart arbeitenden Leute, die die Auswirkungen der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion und der Rationalisierungen zu tragen hatten. Und die Auswirkungen der Bergbaukrise sind bis heute in die alltäglichen Lebensbereiche hinein zu spüren.

„Im September 1966 wurde die Ze-

che Graf Bismarck dichtgemacht“, berichtet ein Bewohner der Siedlung Auguststraße. „Nur Monate vorher waren noch neue Abbaumaschinen installiert worden, aber die Texaco, die aufgekauft hatte, kriegte ja die Stilllegungsprämie. Hier aus der Siedlung gingen viele nach Raunheim bei Frankfurt. Die Caltex warb ja hier für Arbeitskräfte in der Mineralölindustrie. Früher war das anders. Da war der Vater hier Bergmann, konnte zu Fuß da vorne zur Zeche gehen, und die Kinder wurden es auch.“ Lohnverluste durch den Wegfall der Unter-Tage-Zulagen kamen oft dazu. Und heute sind viele erneut von Arbeitslosigkeit bedroht: Bei der Caltex in Raunheim stehen Entlassungen an.

1975 wurde die Siedlung Auguststraße verkauft, privatisiert. 1889 von der Zeche Graf Bismarck gebaut, um die polnischen Arbeiter zu binden, war sie für die Auffanggesellschaft uninteressant geworden. Gekauft hat die 150 Wohnungen ein Spekulant, Bauer, der mittlerweile in Gelsenkirchen 6000 Wohnungen besitzt. Und es begann das „Übliche“: Nichts mehr wurde getan an den Häusern, sie sollten verkommen, um so die ganze Siedlung für profiträchtigere Neubauten abreißen zu können.

Das wurde verhindert. In der Auguststraße bildete sich wie in vielen anderen Bergarbeitersiedlungen eine Siedlungsinitiative. Jahrelange Auseinandersetzungen begannen mit der Stadt, und heute zählen Oberbürgermeister Kuhlmann und Oberstadtdirektor Maya wegen ihrer Verwicklung in die Spekulationen zu den bestgehaßten Personen.



Links: Thyssen-Schalker Verein, Gelsenkirchen. Rechts: Krupp-Lokfabrik, Essen; seit zehn Jahren ungenutzte Hallen und Grundstücke. Die Konzerne halten viele Grundstücke zurück, um ihr Monopol auf dem Arbeitsmarkt zu halten.

ten Leuten nicht in der Siedlung. Im Ergebnis verkaufte Bauer die Wohnungen weiter, vier Häuser wurden Anfang des Jahres abgerissen, trotz einer ein Jahr dauernden Hausbesetzung, um dort ein Altenwohnheim zu errichten. Nur, für die alten Leute, die seit ihrer Kindheit für zuletzt 150 DM Miete in der Auguststraße wohnten, sind diese Wohnungen zu teuer. Der Großteil der ehemaligen Bewohner wurde inzwischen vertrieben.

Ähnliches bahnt sich in den nächsten Jahren in den Thyssen-Siedlungen der Stadtteile Bulmke und Hüllen an, meint die Vorsitzende der Siedlungsinitiative Auguststraße. Allerdings: Stadt und Land sind nach den Auseinandersetzungen in zahlreichen Bergmannsiedlungen vorsichtiger geworden.

Sollte der letzte Hochofen des Thyssen-Werkes Schalker Verein im September ausgeblasen werden, so ist jetzt bereits seit dem 10. März der Ofen aus: 200 Tonnen flüssiges Roheisen durch-

brachen den Boden und schossen ins Kühlwasserbecken. Ein Wunder, daß niemand verletzt wurde. Dabei ist die Ursache nach wie vor ungeklärt, vermutlich liegt sie darin, daß in den letzten Monaten unter großer Arbeitsetze noch das letzte herausgeholt werden sollte. Klar war für Thyssen aber sofort, daß die Reparaturkosten zu hoch sind. Eine Woche später fuhren die ersten Hochofenarbeiter auf Grundlage des Sozialplans, der immerhin durch den monatelangen Kampf gegen die Stillegung durchgesetzt wurde, nach Duisburg in die dortige Thyssen-Gießerei.

Dabei können die großen Monopole ganz zufrieden sein. Die Ruhrkohle AG und Thyssen stehen nach eigenem Bekunden ohnehin ganz gut da, und selbst Hoesch hat gerade erstmalig wieder offiziell „Schwarze Zahlen“ vermeldet; für das erste Quartal dieses Jahres jedenfalls, als Ergebnis der umfassenden Rationalisierungen.



Halden in Altenessen. Kohle- und Abraumhalden bestimmen nach wie vor im nördlichen Ruhrgebiet das Bild, oft mitten in den Siedlungen gelegen

Geschichtliche Entwicklung des Reviers

In den Anfängen des 19. Jahrhunderts gab es keine Wirtschaftsregion Ruhrgebiet, erst in den fünfziger Jahren setzte der Prozeß der industriellen Durchdringung dieser Region ein:

„Motor der Industrialisierung ist – zunächst – der Steinkohlebergbau. Nachdem bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts nördlich der Ruhr mit Dampf- und Fördermaschinen die ersten Versuche im Schachtbau unternommen wurden und damit der Übergang vom Tage- zum Schachtbau eingeleitet wurde, gelingt es in den 40er Jahren, die nach Norden zunehmende, über den Flözen lagernde Mergeldecke zu durchstoßen. Damit ist das Startzeichen für die stürmische Nordwanderung des Kohlebergbaus gegeben.“ Mit dem Durchstoßen der Mergeldecke und damit dem Erreichen der Fettkohle als Grundstoff der Kokserzeugung und der Entdeckung des Kohleneisensteins als Rohstoff waren die Voraussetzungen zur Entwicklung der Eisenschaffenden Industrie geschaffen. Neue Produktionstechniken, vor allem das Puddelverfahren, ermöglichten die massenhafte Gewinnung von Stahl und den Aufbau von Großbetrieben. Das Ruhrgebiet wurde zum schwerindustriellen Zentrum Deutschlands. „1913 wurden 60% der Kohleförderung und 49% der Eisenerzeugung im Ruhrgebiet erzeugt, 1929 sogar 76,8% der Kohleförderung und 71,6% der Eisenerzeugung.“

Die wirtschaftliche Entwicklung des Reviers bis nach dem zweiten

Weltkrieg war im wesentlichen geprägt durch fortschreitende Konzentration und Syndikalisierung. Vor dem ersten Weltkrieg ist eine vorwiegend horizontale Konzentration zu verzeichnen: Zum einen nehmen die Betriebsgrößen zu, zum anderen bilden sich Kartelle wie 1893 das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat. Zwischen den beiden Kriegen weist die Kapitalentwicklung insbesondere mit der 1926 erfolgten Gründung der „Vereinigten Stahlwerke“ ganz neue Größenordnungen auf. Vor allem aber kommt es zum Zusammenschluß von Hütten und Zechen. 1939 belief sich der Anteil der Hüttenunternehmen am Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat auf mehr als ein Drittel.

Nach dem zweiten Weltkrieg erlebte das Ruhrgebiet einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung wegen des zur Wiederankurbelung der westdeutschen Wirtschaft notwendigen schwerindustriellen Potentials. Doch bereits 1957 war diese Phase zu Ende. Die Nachfrage nach Kohle begann zurückzugehen; Erdöl wurde immer billiger und begann die Kohle von ihrem Platz als Energieträger Nr. 1 zu verdrängen. „Als Folge dieser Entwicklung ging seit 1957 die Förderung drastisch zurück ... Die Produktion nahm bis 1966 um 20 Mio. t ab, d.h. um 18%.“

Die betroffenen Bergbau- und Hüttenkonzerne konnten ihr Kapital mit Hilfe staatlicher Unterstützung in profitabileren Bereichen anlegen, die Gelsenberg AG z.B. stieg mit der Vertriebsgesellschaft Aral in das Mineral-

ölgeschäft ein, das Kapital stammte aus den Stillegungsprämien. „Die wichtigste staatliche Maßnahme war die Erlassung des Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlebergbaus und der Steinkohlebergbaugebiete“. Bis Ende 1970 wurden auf ein angemeldetes Investitionsvolumen von 11,8 Mrd DM fast 1,2 Mrd DM Investitionsprämie im Ruhrgebiet gezahlt. Als Konsequenz dieses Gesetzes wurde im November 1968 die Ruhrkohle AG gegründet.“

Auch die Eisen- und Stahlindustrie war von einer erheblichen „Wachstumsschwäche“ befallen. Diese Verluste wurden zunächst durch verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen. Da bei den modernen Stahlgewinnungsverfahren der Anteil der Kohle pro Tonne Stahl immer geringer wurde, fand aus Gründen der Transportkostenminimierung zunächst eine Verlagerung von der Ruhr an den Rhein, vor allem nach Duisburg, statt. In diesem Raum wurden 1971 65,1% und 1972 bereits 74,2% des gesamten Roheisens des Ruhrgebiets produziert.

Außer der Ost-West-Wanderung innerhalb des Ruhrgebiets ist eine Abwanderung der schwerindustriellen Produktion zur Küste festzustellen. Arbeitsplatzverluste durch Rationalisierung und Produktionsverlagerungen sind auch die Folge von Fusionen innerhalb der Stahlindustrie, z.B. die Stillegung der Mannesmann-Röhrenwerke in Witten im Anschluß an einen Kooperationsvertrag zwischen Mannesmann und Thyssen.

Alle Zitate aus: Paul Wieshoff, Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets.

Stichwort

Ruhrgebietsförderung

Bereits 1912 legten die rheinischen Kapitalisten der Montanunion eine Denkschrift vor, in der sie einen Generalsiedlungsplan für das Ruhrgebiet forderten. 1920 entsprach die damalige Reichsregierung diesem Anliegen per Sondergesetz durch die Schaffung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. Er war eine Voraussetzung zum weiteren Ausbau des Ruhrgebiets zu einer Basis der Expansionspolitik der imperialistischen Bourgeoisie. Aus dem Siedlungsverband ging der heutige Kommunalverband Ruhrgebiet hervor. Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre entwickelte auch die nordrhein-westfälische Landesregierung zunehmend besondere Programme zur Wirtschaftsförderung und Entwicklung des Ruhrgebiets. War der Anlaß hierfür die Bergbaukrise, so waren die Stahlkrise und die hieraus folgenden „Probleme des Strukturwandels“ Anlaß der Ruhrkonferenz der Landesregierung im Mai 1979, an der 150 Kapitalisten, bürgerliche Politiker und Vertreter von Verbänden teilnahmen. Ihr Ergebnis war das „Aktionsprogramm Ruhrgebiet“.

Ruhrkonferenz, 8./9.1979

NRW-Ministerpräsident Rau:

„Zwischen der Aussage, das Land hat dem Ruhrgebiet schon jetzt erfolgreich geholfen, und der Absicht: wir müssen neue Anstrengungen unternehmen und wir müssen neue Initiativen entwickeln, besteht nach meiner Überzeugung kein Widerspruch. Denn jetzt geht es darum, den in Gang gekommenen Strukturwandel, den sichtbaren Fortschritt im Revier noch gezielter und damit noch wirkungsvoller fortzusetzen. Dabei gehen wir von der Tatsache aus, daß wir Kohle und Stahl nicht aus dem Revier vertreiben können und wollen. Das Revier muß das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik bleiben ... Es geht um technologische Zukunftssicherung der vorhandenen Industrien, also auch darum, Kohle und Stahl im Weltmarkt wieder nach vorn zu bringen ... und es geht um die Ergänzung durch neue hochwertige Technologien.“

Landesminister für Wirtschaft und Verkehr Riemer:

„Was wir tun können, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, ist dies, daß wir ... an den Rändern dieser Monostruktur eine Auflockerung vornehmen, die im Falle von Branchenkrisen wie ein Schwamm wirkt und die freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen kann ... Die andere Möglichkeit ist, die berufliche Mobilität und die räumliche Mobilität zu erhöhen. Denn das Ballungsgebiet mit seiner polyzentrischen Struktur bietet die Möglichkeit, durch eine erhöhte räumliche Mobilität Arbeitskräfte jeweils dahinzubringen, wo der Markt sie nachfragt ... Und ich halte es für eine ganz wichtige Maßnahme, daß wir das Verkehrs-

netz und die Verkehrsverbindungen innerhalb dieses Ballungsgebietes weiter ausbauen.“

Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstitutes: „Das relativ hohe Lohnniveau wird in starkem Maße bestimmt durch den Montansektor ... Der Grund hierfür dürfte nach wie vor der geringe Anteil weiblicher Arbeitskräfte und der relativ hohe Anteil der Facharbeiter sein.“

Bundesfinanzminister Matthöfer: „Es ist kein bloßes ideologisches Schlagwort, daß der Strukturwandel in der Wirtschaft ... zunächst einmal eine Herausforderung an die Wirtschaft selbst und ihre unternehmerischen Initiativen ist. Firmennamen wie Krupp, Thyssen, Hoesch haben heute noch Weltruf und sie sind auch heute in der Lage, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verteidigen.“

Dipl.-Ing. Aengeneyndt, Firma Schmitz Söhne, Duisburg: „Was wir brauchen, ist Arbeit und Leistung, die auf dem Weltmarkt abzusetzen ist. Diese Arbeit muß von vielen Betrieben der verschiedensten Größen mit vielfältigem Angebot auf die Märkte der Welt gebracht werden, um uns vor Einbrüchen bei einzelnen dominierenden Industriezweigen unabhängig zu machen.“

Dr. Kürten, Präsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer zu Duisburg: „Die geforderte aktive Politik für das Ruhrgebiet sollte ... auf die Verbesserungen der Rahmenbedingungen für den Standort Ruhrgebiet ausgerichtet sein und das Ziel verfolgen, eine Anregung des Wachstums zu erreichen ... Es kommt somit alles darauf an, die Voraussetzungen für Investitionen zu verbessern. Eine aktive Politik für das Ruhrge-

biet wird daher nur erfolgreich sein, wenn sie neben der Verbesserung der öffentlichen Investitionen vor allem eine Stärkung der privaten Investitionen bewirkt, also den Einsatz von Risikokapital im Ruhrgebiet attraktiv macht.“

W. Derwald, Präsident der Handwerkskammer Dortmund: „Die Lösung des Beschäftigungsproblems des Handwerks hat für das gesamte Ruhrgebiet, so meinen wir, größte Bedeutung ... Ein weiteres großes Wachstumshindernis liegt in den Standortschwierigkeiten unserer Betriebe. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Unterstützungen, sondern vor allem um die Korrektur und Beseitigung überzogener planungsrechtlicher Vorschriften.“

Dr. Gienow, Vorstandsvorsitzender der Klöckner-Werke AG, Duisburg: „Die Stahlkrise ist kein Ruhrproblem, kein deutsches, nicht einmal ein europäisches. Die Schwierigkeiten der Industrie, für die ich spreche, kommen nicht vom Standort her ... Was ist die gebotene Therapie? Erstens, alle Beteiligten sollten die Bundesregierung mit ganzer Kraft bei den Bemühungen unterstützen, den Subventionswettbewerb im gemeinsamen Stahlmarkt zu beenden, und zweitens, Kohle und Energie müssen nicht nur ausreichend zur Verfügung stehen, sondern auch kostengünstig ... Hierzu gehört die sachgerechte Entwicklung und der Einsatz der Kernenergie ... Und im Verkehrsbereich ist auch für uns die Infrastruktur verbessertsfähig: Vertiefung des Niederrheins, Ausbau des Rhein-Herne-Kanals, die Errichtung einer neuen Schachtschleuse in Henrichenburg scheinen mir Merkposten, an denen sich eine erfolgreiche Regionalpolitik orientieren kann.“

Arbeits- und Sozialminister Farthmann: „Die breite Palette umweltpolitischer Maßnahmen wird einerseits das Wohnen und Leben im Revier wieder attraktiver machen. Andererseits ... werden neue „Sicherheitsreserven“ für Umweltbelastungen geschaffen ... Wenn wir die Umwelt im Revier nicht verbessern, ist eine weitere Umweltbelastung und damit eine Ausdehnung industrieller Produktion nicht zu verantworten.“

Landesinnenminister Dr. Hirsch: „Im Revier liegen zwischen Moers und Hamm,

Recklinghausen und Witten rund 2500 ha Industrie- und Zechengelände brach ... Die Verfügungsberechtigten über die vorhandenen Grundstücksereserven müssen erkennen, daß es ihren eigenen Interessen widerspricht, wenn sie Flächen in der Hoffnung auf Planungsgewinne zurückhalten ... Es müssen Ansätze für eine erfolgversprechende Strategie der Bodenmobilisierung gefunden werden ...“

S. Bleicher, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks NRW:

„Ich warne davor, die verantwortungsbewußte Lohnpolitik der Gewerkschaften in den letzten Monaten als Alibi zu missbrauchen, um auf eine wirkungsvolle und langfristige Strukturpolitik zu verzichten ... Die Arbeitnehmer haben ein Fundament geschaffen, auf dem Staat und Unternehmer als Hauptentscheidungsträger eine wirkungsvolle Beschäftigungspolitik aufbauen müssen ... Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen: Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt eine Subventionspolitik, die allein an der Investitionssumme ansetzt, strikt ab. Die Förderung der menschlichen Arbeitskraft muß endlich politisch und finanziell der Förderung des Kapitals gleichgestellt werden. Dies bedeutet ganz konkret eine Verbesserung und Erweiterung des Angebots beruflicher Qualifikation. Das bedeutet weiter, daß die Arbeitsbedingungen erleichtert und menschenwürdiger gestaltet werden.“

R. Judith, IG Metall: „In der Vergangenheit haben sich die Mandatsträger der Mitbestimmung in den Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie erfolgreich bemüht, unumgängliche Anpassungsprozesse ohne Massenentlassungen zu praktizieren. Mittlerweile müssen wir jedoch erkennen, daß sie die Grenzen ihrer Mögl.keiten erreicht haben. Aus diesem Grunde hat die IG Metall im Rahmen ihrer Ha...ldungsmöglichkeit als Tarifpartei den Weg der weiteren Arbeitszeitverkürzung beschritten ...“

Von daher haben wir an die Bundesregierung die Forderung gestellt, die Altersgrenze für Stahlarbeiter auf 55 Jahre herabzusetzen ... (Weiter) müssen jedoch verstärkt Anstrengungen unternommen werden, den von unausweichlichen Umstrukturierungsmaßnahmen betroffenen Arbeitnehmern Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.“

IWF-Tagung: Weitere Krediterpressung

„Keine neue Ausgabe von Sonderziehungsrechten“ ist das Ergebnis der Frühjahrstagung von Weltbank und IWF in Helsinki. Seit Jahren fordern die Staaten der Dritten Welt zusätzliche Sonderziehungsrechte beim IWF, die ihnen die Möglichkeit geben würden, den unerträglichen Zinsforderungen der imperialistischen Banken wenigstens ein bisschen zu entkommen und vergleichsweise „billigere“ Kredite beim IWF aufzunehmen. Die Imperialisten, die den IWF und die Weltbank kontrollieren, lehnten diese Forderung erneut und rundweg ab. Selbst der gegenwärtige Umfang der IWF-Kredite – ca. 156 Mrd. \$ – ist ihnen zu hoch. Die BRD- und die US-Imperialisten sprachen sich stattdessen für eine weitgehende Streichung dieser Sonderziehungsrechte aus – was die Staaten der Dritten Welt zwingen würde, künftig noch mehr Kredite bei den imperialistischen Banken aufzunehmen, zumal die US-Imperialisten ihre Zuweisungen an die Weltbank ebenfalls verringert haben. Schon jetzt laufen die Geschäfte der imperialistischen

Begin fordert Invasion in den Libanon

Immer offener erwägt die Regierung Begin die erneute Invasion in den Libanon. Nach den Luftangriffen der vergangenen Wochen gegen Lager der Palästinenser im Libanon und gegen Beirut verstärkte die Regierung Begin erneut die zionistischen Truppen an der Grenze zum Libanon. Das Parlament ist bisher noch gespalten über die Frage, ob eine offene Invasion möglich ist, denn dies würde einen erneut größeren Krieg gegen die PLO nach sich ziehen. Solange der Widerstand der Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten anhält gegen die An-



nektionierung, sind Truppenkonzentrationen für die Besatzer auch im Gazah-Streifen, dem Westjordanland und den Golani-Höhen erforderlich. Zudem führte die PLO auch im Inneren Israels in den letzten

Wochen mehrere erfolgreiche Aktionen durch. Begin (Bild) nimmt diese Aktionen als Begründung für die Kriegsführung gegen den Libanon. Er erklärte jede Regung der PLO zur Verletzung des Waffenstillstands, der für die Grenze zum Libanon zwischen der PLO und den israelischen Truppen geschlossen worden ist. Die Arbeiterpartei windet sich, der Waffenstillstand müsse „so weit wie möglich eingehalten“ werden. Die PLO hat ihre Truppen entlang der libanesischen Grenze mobilisiert. Überfälle der Zionisten beantworteten die palästinensischen Truppen mit Beschuß der israelischen Siedlungen an der Grenze.

Banken glänzend. Im vergangenen Jahr dürften sie mehr als 25 Mrd. \$ an Zinsen von der Dritten Welt kassiert haben, ihre Kredite an diese Staaten stiegen um 22,4 Mrd. \$.

Nicaragua: BRD stellt Bedingungen

Schon nach der Reise des Ministers Offerdell nach Mittelamerika verlangten CDU und CSU die Einstellung jeglicher Entwicklungshilfe an Nicara-

gua. Ca. 100 Mio. DM Kredite und 40 Mio. DM sonstiger Entwicklungshilfe haben die BRD-Imperialisten in den Jahren 1979 bis 1981 in das Land gepumpt, das vor allem Rohbaumwolle an die BRD liefert. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit stellt jetzt Bedingungen: Keine weitere Hilfe, wenn nicht feststeht, daß „Demokratie, gemischte Wirtschaftsformen und Blockfreiheit“ garantiert sind.

Renault: Zugeständnisse an die Arbeiter

Eine Lohnerhöhung von 400 FF, die Senkung des Akkords und die Möglichkeit, die fünfte Urlaubswoche zusammen mit den vier ersten zu nehmen – für diese Forderungen streiken tausende Arbeiter dreier Citroën-Fabriken bei Paris zum Teil seit dem 23.4. Die Produktion in den drei Werken ist paralysiert, der Produktionsausfall liegt mittlerweile bei mindestens 20000

Autos.

Die Entschlossenheit zur Durchsetzung der Forderungen stieg noch, als die Renault-Arbeiter ihren Arbeitskampf Anfang Mai mit einem Erfolg beendeten. Dort mußte die Konzernleitung den streikenden OS (angelernte Arbeiter) erhebliche Zugeständnisse machen. Zwar konnte sie die angestrebte Akkordsenkung noch einmal abwehren, mußte

jedoch allen OS eine Lohnerhöhung von 100 FF (neuer Lohn 4500 FF = 1800 DM nach Abzug der Sozialversicherung) gewähren und sich verpflichten, die jeweiligen Taktzeiten an den Bändern im Betrieb vorher anzuschlagen. Die Gewerkschaften begrüßen dies als ersten Schritt in Richtung der von ihnen geforderten Kontrolle der Arbeitsbedingungen. Sie betonen weiter, daß mit der vertraglichen Festlegung, allen OS die Möglichkeit des Aufstiegs in Facharbeiterlohngruppen zu geben, eine Bresche in das spalterische Lohngefüge geschlagen ist.

Zwei Faktoren lassen die Citroën-Kapitalisten hoffen, den Kampf für sich zu entscheiden: der erheblich geringere gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Angst vieler vor dem Terror, den die Konzernherren über ihre Milizen und die gelbe Gewerkschaft CSL ausüben. Bis jetzt jedoch hielten die Streikposten den Angriffen der Milizen stand, CGT und CFDT verweigern die Teilnahme der CSL an den Verhandlungen.

Brasilien: Erfolg der Metallarbeiter

Über 30000 Metallarbeiter, darunter die Arbeiter von VW do Brasil, Ford und anderen Automobilfabriken, traten vom 10. bis zum 17. Mai in den Streik. Sie verlangten die Einhaltung des Tarifvertrages durch die Kapitalisten, der für dieses Jahr eine Lohnerhöhung von 7% festlegte. Die Kapitalisten hatten einseitig die Erhöhung auf 4% gesenkt. Nach einer Woche Streik waren sie bereit, 5,5% mehr zu zahlen. Die Metallarbeitergewerkschaft bewertet das Ergebnis als Erfolg, weil zunächst von Seiten der Kapitalisten jegliche Gespräche verweigert worden sind. – Nach dem letzten großen Streik der Automobilarbeiter über 41 Tage im April 1980 verhängte ein Militärgericht mehrjährige Haftstrafen gegen elf Gewerkschaftsfunktionäre, die noch immer nicht entgültig aufgehoben sind. Jetzt muß ein Zivilgericht die Verfahren neu aufnehmen.

Japan: Lohnsteigerung über Inflation

Eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um 7% melden die japanischen Gewerkschaften als Ergebnis der Frühjahrsoffensive. Die stärkste Erhöhung setzten die Beschäftigten der Elektroindustrie mit 7,5% und einer Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch. In der Stahlindustrie werden im Durchschnitt 6,4% höhere Löhne gezahlt. Die Erhöhungen liegen deutlich über der Inflationsrate von 4%.



Kanada

Die 200-Meilen-Zone hat den Fischbestand geschützt, aber nicht die Fischer

Vor sechs Jahren hat Kanada die Ausweitung der kanadischen Fischereigrenzen auf 200 Seemeilen bekanntgegeben. Sie wurde am 6. Juni 1976 verkündet und trat am 1.1.1977 in Kraft. Unmittelbar vorausgegangen war die Durchsetzung des Rechts auf eine solche Ausweitung der Hoheitsgewässer durch Island vor allem gegen den Widerstand Großbritanniens. Großbritannien hatte 20 Fregatten und 4500 Marinesoldaten eingesetzt, um der britischen Fischfangflotte den unbeschränkten Zugang zu den isländischen Fischgründen zu verschaffen; es gab 45 Zusammenstöße zwischen isländischen Kanonenbooten und britischen Fregat-

nationalen Fischverarbeitungsindustrie, mit dem Ergebnis, daß die Erträge stark zurückgingen und die Vernichtung des Fischbestands drohte. Mit der Ausweitung der Hoheitsgewässer unterwarf Kanada die Fischer aller Nationen innerhalb der 200-Meilen-Zone kanadischer Kontrolle hinsichtlich Fangmenge und -technik. Mit zahlreichen Staaten wurden entsprechende Abkommen geschlossen. Der Fischbestand wurde hierdurch wirksam geschützt.

1968 waren an der kanadischen Atlantikküste 1,267 Mio. Tonnen Fisch angelandet worden; 1976, im Jahr vor Wirksamwerden der 200-Meilen-Zone,

das Prokopfeinkommen 1980 im Durchschnitt in Kanada 9913 Dollar betrug, waren es in Neufundland nur 6343 Dollar. Die Arbeitslosigkeit ist in diesen Provinzen am höchsten, in Neufundland 1980 13,5% gegenüber 7,5% im gesamten Kanada.

Entsprechend haben sich vor allem in Neufundland sehr viele Arbeitslose der Fischerei zugewandt, um auf Grundlage der reicherer Fischgründe ihren Lebensunterhalt zu sichern. 1976 gab es in Neufundland 15000 Fischer, vier Jahre später 35000. In Neuschottland nahm die Zahl der Fischer ebenfalls zu (um 10%), in den anderen Provinzen nahm sie ab.

Ganz anders verlief die Entwicklung bei den Fischereischiffen. Ihr Gesamtwert hat sich in Neufundland zwischen 1976 und 1979 um 86% erhöht, dagegen in Neuschottland fast verdreifacht und in Neubraunschweig sogar fast vervierfacht. Daraus läßt sich auf den höheren Kapitaleinsatz im Fischfang in diesen Provinzen schließen.

Im Ergebnis haben die Fischer sehr unterschiedliche Erträge aus den größeren Fischbeständen erzielt. Das Elend der Fischer von Neufundland hat zugenommen, während der Fangertrag in den anderen Provinzen teilweise erheblich gestiegen ist (vgl. Tabelle).

Vor zwei Jahren wurde im Juli/August ein Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fischverarbeitungsfabriken in Neufundland bekannt, während dessen Dauer auch die Küstenfischer die Fabriken boykottiert haben. Die Arbeiter in den Fischfabriken und die Fischer sind in einer gemeinsamen Gewerkschaft organisiert.

Quellenhinweis: P. Copes, *The Political Economy of Canada's Atlantic Coast Fisheries*; Archiv der Gegenwart 1976



Fangergebnisse an der kanadischen Atlantikküste

	Tonnen/Fischer	Wert/Fischer (\$)
	1976	1979
Neufundland	22,1	17,6
Neuschottland	35,3	39,0
Prinz-Edward-I.	6,0	12,8
Neubraunschweig	18,9	26,6
Quebec	6,9	15,9
gesamt	21,6	22,2
		9114

ten. Großbritannien mußte nachgeben, und zahlreiche andere Länder erweiterten ihre Hoheitsgewässer auf 200 Meilen.

Die Meeresströme vor der kanadischen Ostküste gehören zu den fischreichsten Gebieten der Erde. Seit der Entwicklung der großen Fangflotten ist dies ein Hauptkampfplatz der inter-

nur noch 881000 t. Drei Jahre später hatten sich die Fischgründe soweit erholt, daß bereits wieder 1,238 Mio. t angelandet wurden.

Die Bevölkerung der östlichen kanadischen Provinzen (Neufundland, Prinz-Edward-Insel, Neuschottland und Neubraunschweig) ist die ärmste im kanadischen Vergleich. Während

US-Haushalt

Sanierungsdevise: Laß die Alten verrecken!

Die US-Finanzbourgeoisie ist dabei, die von der Reagan-Regierung propagierte „Verringerung der Staatsausgaben“ um ein weiteres schauriges Kapitel zu bereichern. Anlaß ist der Haushalt 1983, der zum 1. Oktober in Kraft treten soll.

Monatelang hatten die Kapitalisten ein Anschwellen der Haushaltsdefizite in den nächsten drei Jahren prophezeit. Wichtigster Grund dafür ist der gewaltig erhöhte Rüstungsetat: 1,6 Billionen Dollar, umgerechnet etwa 3800 Mrd. DM, will die Regierung in den

nächsten fünf Jahren für Aufrüstung ausgeben. Hinzu kommen Steuerausfälle, verursacht durch die den Kapitalisten gewährten Steuererleichterungen. Beides zusammen würde, so die Hochrechnungen der Kapitalisten, in den nächsten drei Jahren zu Defiziten im Bundeshaushalt von 192 Mrd. \$ (1983) bis 232 Mrd. \$ (1985) führen. Erneute „Sanierungsmaßnahmen“ seien also überfällig.

Der jetzt zwischen Reagan und der republikanischen Mehrheit im Senat abgesprochene „Kompromiß“ für den Haushalt 1983 sieht vor: sofortiges Einfrieren aller Regierungsprogramme mit Ausnahme des Rüstungsetats, einjähriger Lohn- und Gehaltsstopp für alle Bundesbeschäftigte mit Ausnahme des Militärs (also wegen der Inflation eine 7- bis 10prozentige Lohnsenkung), Steuererhöhungen über drei Jahre von 95 Mrd. \$ und Ausgabensenkungen gegenüber den bisherigen Ansätzen um 319 Mrd. \$. Die Hauptwucht dieser Ausgabensenkungen soll erneut auf die Sozialprogramme fallen: sämtliche Inflationsanpassungen der Sozialleistungen, mit Ausnahme der Alten- und Behindertenrenten und der – sowieso bereits gekürzten – Lebensmittelmarken, sollen ein Jahr unterbleiben. In der Rentenversicherung selbst, die aufgrund der geringen Beiträge der Kapitalisten und der sinkenden Regierungszuschüsse vor dem Bankrott steht, sollen 40 Mrd. \$ „eingespart“ werden. Pro Rentner wären das in den nächsten drei Jahren Rentenkürzungen von durchschnittlich 1100 \$! Da bereits die gegenwärtigen Renten zum großen Teil unter der offiziellen Armutsgrenze liegen, bedeutet geplante Kürzung den kalkulierten Hunger Tod von vermutlich tausender verrenteten Lohnabhängigen in den USA.

Quellenhinweis: Wall Street Journal vom 6.5. und 7.5.82

Großbritannien Thatcher's Probleme im öffentlichen Dienst

Unerwartet heftigem Widerstand sieht sich die Regierung Thatcher im öffentlichen Dienst gegenüber. Nachdem sie Ende letzten Jahres rasch ihre 4%-Lohnleitlinie im öffentlichen Dienst gegen die Gemeindearbeiter durchgesetzt hatte, glaubte sie an einen ebenso leichten Abschluß im Gesundheitswesen. Schließlich waren die Arbeiter im Gesundheitswesen nach dem Streik 1978/79 gründlich demoralisiert, und in den letzten zwei Jahren setzte die Regierung krachende Lohnsenkungen gegen die Krankenhausarbeiter durch.

Das sind vor allem die Köche, Küchenbeschäftigte, Träger – für die

ungelernten Kräfte ist es keine Seltenheit, mit 50 Pfund in der Woche nach Hause zu gehen, das sind etwa 900 DM im Monat. Es scheint, daß die Gewerkschaften (vor allem NUPE und COHSE haben Mitglieder in den Krankenhäusern) ihre Organisation wieder aufbauen konnten und die Einheit der Belegschaften, diese Niedriglöhne zu beenden, hergestellt haben.

Seit dem 26. April verweigern Krankenhausbeschäftigte die Aufnahme von Nicht-Notfällen. Für den 19. Mai ist ein Streik aller 600000 Arbeiter und Krankenschwestern im Gesundheitswesen geplant. Wöchentlich führen die Arbeiter zweistündige Streiks durch. Ein Versuch, die Krankenschwestern über ein höheres Angebot (6,4%) zu ei-



Demonstrierende Krankenschwestern nem Sonderabschluß zu bringen, schlug fehl.

In einer separaten, aber für die Regierung ebenso schwierigen Auseinandersetzung, beschlossen die Elektrizitätswerksarbeiter mit 41249 zu 31801 Stimmen, das Angebot der E-Werke abzulehnen und Warnstreiks zu beginnen. Sie werden die Hauszähler nicht mehr ablesen und regelmäßig größere und modernere Kraftwerke abschalten, um die E-Werke zum Anschalten der kleinen und teurer zu betreibenden Kraftwerke zu zwingen. Ein E-Werk-Arbeiter gehört zu den vergleichsweise besser bezahlten – mit Überstunden kommt ein Facharbeiter auf etwa 2400 DM brutto. Das Lohnangebot hätte gerade 140 DM ausgemacht. Die Elektrizitätswerksarbeiter fordern ebenso wie die im Gesundheitswesen 12%, die gegenwärtige Inflationsrate.

Die Regierung versucht im öffentlichen Dienst, die Gemeinden mit strikten Ausgabenkontrollen vorzuschicken, gleichzeitig will sie die Gemeinden zwingen, bestimmte Dienstleistungen zu „privatisieren“, was immer Lohnsenkung bedeutet.

Seit vier Wochen streiken deshalb 200 Müllarbeiter in Wandsworth/Südlondon gegen Pläne des Stadtrats von Wandsworth, die Müllabfuhr vom berücktigten Pritchard Industrial Services durchzuführen. Als Streikbrecher heuerte der Stadtrat Pritchard bereits an. Am Montag brannten sechs Müllwagen dieser Firma, jeder etwa 120000 DM wert, vollständig aus.

Quellenhinweis: Sunday Times, Financial Times v. 18.5.82, BBC-Nachrichten

VR Polen Hebung der Fleischversorgung möglich

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch ist in der VR Polen im letzten Jahr von 70 Kilogramm auf unter 50 Kilogramm abgesunken. Noch ist Fleisch nicht nur rationiert, sondern sind auch die Lebensmittelkarten nicht durch Waren gedeckt. Dennoch scheint die Verbesserung der Versorgung mit Fleisch – 60 Kilogramm bis 1983 – möglich. Die privaten Bauern haben die Produktion teilweise erhöht. Am 1. Januar 1982 hatten sie den Bestand an Schweinen gegenüber dem Vorjahr um 10,3%, an Rindern um 7,9% gesteigert. Voraussetzung dafür war die wieder normal ausgefallene Ernte an Kartoffeln, Hauptfuttermittel bei der Schweinemast. Im Gegensatz dazu wird die Geflügelzucht reduziert, da diese Branche von der Kreditsperre der USA für Mais stark betroffen ist. Die eigene Maisproduktion ist wegen der Kälteempfindlichkeit nur in den westlichen und zentralen Gebieten möglich. Auf die Haltung der Bauern ausgewirkt haben sich aber wohl auch die seit einem Jahr gültigen Gesetze, nach denen sie Land aus dem staatlichen Bodenfonds erhalten können und bei der Zuteilung von Produktionsmitteln den vergesellshaferten Betrieben gleichgestellt sind, weiter die Erhöhung der staatlichen Aufkaufspreise.

Die Regierung wirbt dafür, daß entsprechend der Lösung: „Wir müssen uns selbst ernähren“ gewirtschaftet wird. Sie hat eine Debatte über ein neues Kontraktssystem in die Wege geleitet, das die Nahrungsmittelproduktion heben und sichern soll. Auch hierbei will sie einen Anreiz für die privaten Bauern schaffen. Drei Varianten wurden entwickelt, die die Parteizeitung Trybuna Ludu wie folgt darstellt:

1. Ein allgemeines Kontraktssystem für alle grundlegenden landwirtschaftlichen Produkte, wobei in Getreideeinheiten gerechnet wird und für jede solche Einheit die Lieferung einer bestimmten Menge an Produktionsmit-

teln garantiert werden soll. 2. Neben dieser Möglichkeit auch Handelsverträge, so daß mit dem Geld für die Waren beliebige Güter gekauft werden können. 3. Ein bestimmter Prozentsatz vom Wert aller an den Staat verkauften Produkte wird einbehalten und steht für den Kauf entweder von Produktionsmitteln, von Investitionsgütern oder von Dienstleistungen zur Verfügung. Diese Lösung wird von dem Parteiorgan empfohlen, also eine Art Zwangssparen, das bargeldlos über eine entsprechende Kontenführung bei den Banken abgewickelt würde. Dieses System könnte insofern fortschrittlich wirken, als das Genossenschaftswesen gestärkt werden könnte. Wenn Dienstleistungen etwa darin bestehen, daß Bauern sich Erntemaschinen von einem Zirkel leihen, um die Arbeit auf einem größeren Stück Land bewältigen zu können, statt zu sparen, bis sie sich selber spät oder nie die nötige Maschine leisten können, so könnte das Vertrauen in eine kollektive Arbeitsweise geschaffen. Bislang ist jedoch selbst der Termin über die Beendigung dieser Debatte offen.

Quellenhinweis: Trybuna Ludu, 6.5.82; FAZ, 26.4.82

Azania Anerkennung der Gewerkschaften

Die Fortsetzung der Streikbewegung der azanischen Arbeiter haben mehrere Gewerkschaften angekündigt. In den letzten Wochen traten mehrere tausend azanische Arbeiter in den Streik: Im Industriezentrum Germiston, Transvaal, 2000 Arbeiter einer Metallfabrik, 1700 einer Fabrik am Strand von Johannesburg, 500 Arbeiter einer Textilfabrik in Natal. Die Arbeiter kämpfen um Anerkennung ihrer Gewerkschaften und um Lohnerhöhungen. Mehrere Tage dauerte der Streik der VW-Arbeiter in Uitenhage gegen 312 Entlassungen. Der Streik der Arbeiter bei Henkel Südafrika endete mit einem Teilerfolg für die Industriegewerkschaft der Chemiearbeiter (CWIU). Henkel hatte 200 Arbeiter, die in den Streik gegen die Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnkürzung für Schichtarbeiter getreten waren, entlassen. Nun mußte Henkel die entlassenen Arbeiter wieder einstellen. Die Betriebsführung muß zusammen mit der CWIU eine Abstimmung unter den azanischen Arbeitern durchführen über die zukünftigen Arbeitszeiten, und schließlich mußte Henkel einem Zeitplan über Verhandlungen zur Anerkennung der CWIU zustimmen. Allerdings mußte die CWIU die Entlassung von 80 bis 100 im Oktober 1981

hinnehmen, dann will Henkel einen Teil der Produktion von Durban in das neue Werk bei Johannesburg auslagern.

Ein Grund für die Streikbewegung ist die unerträgliche Steigerung der Preise der Grundnahrungsmittel der azanischen Bevölkerung. Ende April hat die Siedlerregierung die Preise für Mais um 15,9% und für Sorghum um 23% erhöht, weil durch die Dürre der letzten Monate die Maisernte um 40% niedriger ausgefallen ist als im Vorjahr und die Sorghumerträge um $\frac{1}{3}$ gegenüber 1981 gefallen sind. Besonders drückend wirkt die Dürre auf die Wanderarbeiter, den größten Teil der azanischen Arbeiter, deren Familien in den Homelands leben. Die Trockenheit hat die Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten in den Reservaten fast zusammenbrechen lassen. Zudem erhöhten die Provinzregierungen den Pachtzins für die azanischen Bauern. Wollen die Arbeiter ihre Familien nicht verhungern lassen, müssen sie noch mehr von ihrem Elendslohn als bisher nach Hause schicken.

Siedlerregierung und Kapitalisten versuchen, die Streiks durch Entlassungen zu zerschlagen und die Gewerkschaften zu brechen durch Verhaftung und Mißhandlung der Gewerkschaftsfunktionäre. Die azanischen Gewerkschaften verstärken ihre Zusammenarbeit. Der Gewerkschaftskongress der Federation of South African Trade



Die „Vereinigung der schwarzen Hausfrauen“ demonstrierte in mehreren Städten gegen die Preiserhöhungen für Nahrungsmittel. Die Vorsitzende erklärte: „Wir werden uns auch durch Hunger nicht brechen lassen.“

Unions (FOSATU) setzte sich für die Gründung eines Dachverbandes ein, der alle azanischen Gewerkschaften umfaßt, um eine bessere Koordinierung von Kampfmaßnahmen zu erreichen und die Anerkennung der Gewerkschaften im ganzen Land durchzusetzen.

Quellenhinweis: Facts and Reports, Ausgabe v. 30.4.82; Xinhua News Agency 26.4.82, 29.4.82, 8.5.82; taz v. 13.5.82

Türkei Brutaler Terror der Militärjunta

Anfang Mai wurde bei Straßenkämpfen in Istanbul zwischen der Militärpolizei und Mitgliedern der linken Organisation Dev.-Yol ein Mitglied dieser Gruppe getötet. Zwei Polizisten wurden verletzt. In anderen Stadtvierteln explodierten Sprengsätze vor den Gebäuden zweier Banken. Die französische Nachrichtenagentur afp meldete, daß dies die ersten derartigen Auseinandersetzungen seit Verhängung des Kriegszustandes in der Türkei sind. Mehrere tausend Anhänger der Organisation Dev.-Yol sind seit der Machtübernahme der Militärs verhaftet worden und stehen zur Zeit vor Gericht. Gegen mehr als 600 Mitglieder dieser Gruppe fordern die Militärstaatsanwälte die Todesstrafe.

In der ganzen Türkei finden gegenwärtig Massenprozesse gegen linke und kommunistische Organisationen statt, bei denen die Staatsanwälte die Todesstrafe fordern. Die Beratende Versammlung, die von der Junta im letzten Herbst einberufen wurde, um – wie die Militärjunta behauptete – eine neue Verfassung vorzubereiten und zu verabschieden, befaßt sich jetzt auch mit der Verhängung der Todesstrafe. Ihre Rechtskommission muß die Todesurteile bestätigen.

In den letzten Monaten häufen sich auch die Festnahmen von Mitgliedern bürgerlicher Organisationen und Parteien. Mitglieder der CHP, der Republikanischen Volkspartei, sind unter dem Verdacht festgenommen worden, daß sie vor dem Militärputsch Kontakte zu damals legalen Organisationen (z.B. DISK, KÖY-KOOP (Dorfkooperativen)) gehabt haben. Im April wurde der ehemalige Ministerpräsident Ecevit zum 3. Mal festgenommen, diesmal mit der Anklage, daß er gegen den Erlaß 52 verstoßen haben soll, der es ehemaligen Politikern verbietet, Meinungsäußerungen über die Regierungsgeschäfte zu machen.

Die Militärjunta bereitet sich auf größere Auseinandersetzungen vor. Das schon lange angekündigte neue Streikgesetz liegt im Entwurf vor. Ganz Arbeitsbereichen wird das Streikrecht untersagt, Bergwerken, Versicherungen, Banken u.a. Bei wilden Streiks sind die entsprechenden Arbeiter fristlos zu entlassen, sie haben per Gesetz die Kosten für den Streik zu zahlen u.a. mehr. So ein Gesetz hat die Militärjunta auch nötig, denn die Löhne der Beschäftigten sinken immer mehr.

Quellenhinweis: Türkei Information Nr. 13, Mai 1982

Portugals Regierung verschärft die Unterdrückung der arbeitenden Klassen

Am 11.5. protestierten hunderttausende Arbeiter und Angestellte Portugals in einem eintägigen Generalstreik gegen die Erschießung von zwei Arbeitern in Porto am 1. Mai. Die Polizei hatte Scharfschützen auf die Demonstration schießen lassen, als die Gewerkschaften trotz Verbot des Gouverneurs ihre Maikundgebung auf dem von ihnen angemeldeten Platz durchführten. 95 Teilnehmer wurden verletzt, zwei getötet. Mit dem Generalstreik wollte der Gewerkschaftsbund CGTP der Forderung nach Rücktritt des Innenministers Nachdruck verleihen. Der

publik ist.“

Die BRD-Imperialisten gehören zu den größten Kapitalanlegern in Portugal, nach Großbritannien sind sie der zweitgrößte Handelspartner des Landes. 1981 bestand der Hauptteil der BRD-Warenexporte nach Portugal aus Maschinen und Rohmaterialien für die Textil- und Lederindustrie, deren Produkte derzeit 30% der portugiesischen Exporte ausmachen. Nach dem Sturz des Caetano-Regimes zögerten die westdeutschen Imperialisten zunächst mit weiteren Investitionen, der Kapitalexport ging zurück, nachdem sie zwis-



Die Beteiligung an den Maikundgebungen in den Städten war in diesem Jahr so groß wie an den Kundgebungen am 24.4.1974 gegen das Caetano-Regime. Überall wurden Forderungen gegen die Regierungspolitik erhoben.

Streik war der zweite Generalstreik innerhalb von vier Monaten.

Die portugiesischen Bourgeois und die in Portugal tätigen Imperialisten verlangen die Unterdrückung der zunehmenden Kämpfe der Arbeiter und Bauern. Das Handelsblatt klagt über die zahlreichen Streiks und verlangt „klare Entscheidungen“ der Regierung. Die westdeutschen Imperialisten wollen Portugal als „Niedriglohnland“ gesichert wissen und schwärmen, Portugal habe sich „zu einem idealen Standort für Industrien entwickelt, die aufgrund ihres hohen Lohnkostenanteils dem mitteleuropäischen Lohnkostendruck weichen müssen ... Zahlreiche erfolgreiche Industriegründungen in Portugal beweisen ... daß es möglich ist, eine Arbeitsproduktivität zu erzielen, die so hoch oder noch höher als in der Bundesre-

schen 1971 und 1975 die Direktinvestitionen von 110,4 Mio. DM auf 370,8 Mio. DM gesteigert hatten. Die BRD-Monopole streben an, ihren Anteil an der Ausbeutung der portugiesischen Arbeiterklasse zu erhöhen. Im vergangenen Monat schlossen sie ein Investitionsförderungsabkommen mit Portugal, das ihnen Zoll- und Steuervorteile gewährt sowie unbegrenzte Kapitaleinfuhr. Bislang mußten alle ausländischen Investitionen von der portugiesischen Regierung genehmigt werden.

Über die Staatsverschuldung haben die Imperialisten die portugiesische Regierung fest im Griff. Die gesamten Staatsschulden betragen 10,736 Mrd. \$, davon sind die Hälfte Auslandschulden. In diesem Jahr verlangen die Gläubiger insgesamt 2,055 Mrd. \$ Zinsen und Rückzahlung, das ist pro Kopf der Bevölkerung 207 \$.

Für das kommende Haushaltsjahr verlangen die BRD-Imperialisten gemeinsam mit dem IWF Kürzung der Staatsausgaben und Senkung der Löhne. Das Handelsblatt moniert darüber hinaus, daß „der wirtschaftspolitischen Aktion unter den derzeitigen Gegebenheiten der verfassungsmäßigen Grundlagen schwerwiegende Beschränkungen gesetzt sind, ohne deren Brichtigung Konjunktur- und Strukturpolitik der Zukunft schwer vorbelastet bleiben müßten“. Die Regierung Balsemão arbeitet sowohl an der Sicherung der Ausplünderung und Ausbeutung der portugiesischen Arbeiter und Bauern als auch an Gesetzen, die die scharfe Unterdrückung der Volkskämpfe ermöglichen sollen.

Für das 1982 hat die Regierung erhebliche Einsparungen vorgesehen. Vor allem bei den Sozialausgaben soll gestrichen werden. In den vergangenen Jahren sind die Sozialausgaben sowohl absolut als auch anteilig zum Gesamthaushalt gestiegen: zwischen 1977 und 1981 von 14,25 Mrd. Esc. (100 Escudo entsprechen 1,52 \$) auf 52,22 Mrd. Esc., ihr Anteil am Gesamthaushalt erhöhte sich auf 10,66%.

Mit dem Sturz des Caetano-Regime wurde die Sozialversicherung verstaatlicht, ihre Finanzierung erfolgt durch Umlage der Kosten auf die Kapitalisten. Die Pläne der Regierung sehen vor, sowohl die Zahlungen der Arbeitslosenunterstützung einzuschränken wie auch Zahlungen für medizinische Versorgung; Krankenhausaufenthalte dürften danach für die Mehrheit der Arbeiter unbezahlt sein.

Im Rahmen der EG-Anpassung wurden Untersuchungen hinsichtlich der Einführung der Mehrwertsteuer und einer globalen Einkommenssteuer in die Wege geleitet. Im laufenden Haushaltsjahr ist erstmals die Besteuerung der Beamtengehälter vorgesehen, ein Teil der indirekten Steuern soll erhöht werden. Seit 1976 gibt die Regierung jährlich Lohnleitlinien heraus, in diesem Jahr tritt sie für eine Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht über 17% ein, das bedeutet real Lohnsenkung, denn gleichzeitig rechnet sie mit einer Inflationsrate um 25%. Kapitalisten, die durch die Gewerkschaft gezwungen werden, mehr zu zahlen, sind verpflichtet, einen entsprechend höheren Beitrag in den Sozialfonds einzuzahlen. Die gesetzlichen Mindestlöhne, die die Arbeiterbewegung seit 1976 durchgesetzt hatte, liquidierte die Regierung Balsemão gleich bei Amtsantritt.

Ende des Jahres legte die Regierung einen neuen Verfassungsentwurf vor, der den Bedenken der Imperialisten Rechnung trägt. Die Verfassung von 1976 ermöglicht die Verstaatlichung von Banken und Industriebetrieben, so daß der Staat das Bankmonopol hat

Langwierige Kämpfe der Landarbeiter gegen die Wiederherstellung des Großgrundbesitzes

Im April 1975 wurde im Landreformgesetz der portugiesischen Regierung festgelegt: Enteignung allen ungenutzten Bodens; Enteignung allen Bodens über 500 Hektar bei trockenem und sandigem, über 50 Hektar bei bewässerterem Land in Privatbesitz; Pachtverträge nur noch schriftlich unter Kontrolle eines staatlichen Instituts; Bezahlung der Pacht nur in Geld und über Konten der staatlichen Banken; Festsetzung von Höchstsummen für Verpachtung; Sofortkredite für Genossenschaften und Familienbetriebe bei 6,5% Verzinsung und Abzahlung durch Abnahmegarantie für die Produkte.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes waren Ergebnis des Kampfes der Landarbeiter hauptsächlich im Süden Portugals, im traditionellen Gebiet des Großgrundbesitzes. Mit Landbesetzungen und Inangriffnahme der Bebauung von großenteils ungenutzten guten Böden, die die Großgrundbesitzer hatten brachliegen lassen, hatten sie Kooperativen gebildet.

Bereits nach zwei Jahren wurde ein Teil dieser Maßnahmen rückgängig gemacht. In den drei Distrikten südlich des Tejo, auf die die Landreform

beschränkt war, hatten sich bis 1976 schon rund 500 Kooperativen gebildet. 1977 wurden die „Generalrichtlinien der Agrarreform“ erlassen, bekannt geworden als „Barreto-Gesetz“ nach dem damaligen Agrarminister. Dadurch wurden den Großgrundbesitzern ihre „illegal“ enteigneten Ländereien zurückgegeben bzw. konnten sie Entschädigungen kassieren. Die Regierung ging dazu über, den Kooperativen keine Kredite mehr zu geben, sondern nur noch Privaten, Großgrundbesitzern und neuen, in Konkurrenz zu den Kooperativen geschaffenen Genossenschaften. Dennoch war bereits erwiesen, daß die Gemeinschaftsbetriebe in der Lage waren, die Produktion schnell zu heben. Die Regierung gab jedoch den Anforderungen von IWF und EG, in der Portugal Mitglied werden sollte, nach. Sie begann, die paramilitärische Landpolizei gegen die Bauern einzusetzen, die ihr Land verteidigten.

Bis Ende 1980 schrumpfte das Gebiet der Kooperativen und Genossenschaften auf die Hälfte zusammen. Seit diesem Zeitpunkt wurden den Gemeinschaftsbetrieben unter der reaktionären Regierung Sá Carneiro die Kaufpreise für ihre Produkte diktirt und

gesenkt, während Privateigentümer auf dem freien Markt mit geringeren Abzügen verkaufen können. Von Kork z.B. behält der Staat nicht mehr nur 35%, sondern 65% ein.

Seit 1982 sollen sie durch neue Methoden zum Aufgeben gezwungen werden, da der Landraub wegen des Absinkens der Produktion nicht unentwegt weitergeführt werden kann. Die Kooperativen sollen detaillierte Wirtschaftspläne für die nächsten fünf Jahre vorlegen. Kommen sie dem nicht nach, sollen sie aufgelöst werden. Zudem sollen sie rückwirkend für mehrere Jahre den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung in Höhe von 20% der gezahlten Löhne nachzahlen, was die meisten sofort ruinieren würde. Gewinne aus der Kork- und Eukalyptusproduktion sollen vollständig an den Staat fallen. Die portugiesische Regierung plant, dadurch 300 von noch 400 landwirtschaftlichen Betrieben zu beseitigen und das Land an Kleinbauern zu verpachten. Da die Landarbeiter wissen, daß so keine rentablen Betriebe entstehen, rechnen sie mit der Wiederherstellung des Großgrundbesitzes und bekämpfen alle diese Vorhaben entschlossen.

Quellenhinweis: Berichte über die Klassenkämpfe in Portugal, Broschüre des KBW, 1975; Die Tageszeitung, 20., 26.4.1982

und drei der größten Betriebe Portugals verstaatlicht sind. Mit der neuen Verfassung will die Regierung Balsemao das Bankmonopol abschaffen und die Garantie des Privateigentums wiedereinführen. Änderungen des Streik-, Koalitions- und des Arbeitsrechtes betreibt die Regierung schon seit längerem. Nach dem Streikgesetz von 1976 und den gesetzlichen Regelungen für Entlassungen war es den Kapitalisten kaum möglich, legal Arbeiter zu entlassen, Betriebe zu schließen oder gegen Streiks und Aktionen der Arbeiter vorzugehen, wenn sie im Betrieb beschlossen waren. Mit der Vorbereitung einer weiteren „Agrarreform“ betreibt die Regierung die Besetzung der noch bestehenden Kooperativen der Landarbeiter und kleinen Bauern.

Die Streikbewegungen im Februar und März dieses Jahres richteten sich gegen die Lohnleitlinie der Regierung und gegen die Streichungen im Sozialhaushalt. Die Gewerkschaften verlangen Sicherung des Streikrechts und Rücknahme des neuen Arbeitsrechts, das Massenentlassungen erlaubt. Gegen die Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen, die die Kapitalisten sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes beschlossen, besetzten die Arbeiter zahlreiche Betriebe und verhinderten

den Abtransport der Maschinen. Unentschieden ist noch, ob die Gewerkschaften die Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 9000 Esc. (ca. 600 DM) durchsetzen können.

Die zersplitterte Gewerkschaftsbewegung bemüht sich, ihre Einheit gegen die Maßnahmen der Regierung herzustellen. An den Kundgebungen zum achten Jahrestag des Sturzes des Caetano-Regimes nahmen alle Gewerkschaften teil, um gegen die Ände-

rungen der Verfassung und die weitere Beschniedigung der Rechte der Arbeiter und Bauern zu demonstrieren.

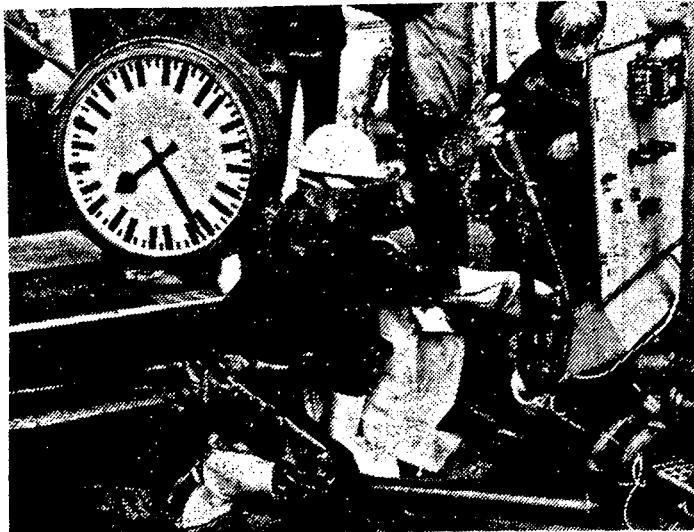
Das ist ein Fortschritt, denn noch im Februar hatte sich vom größten portugiesischen Gewerkschaftsbund, der CGTP, eine Fraktion abgespalten, so daß die portugiesische Gewerkschaftsbewegung zur Zeit in drei Flügel gespalten ist. Die CGTP gibt an, 75% der Einzelgewerkschaften zu organisieren, ihr sind auch die meisten Landarbeitergewerkschaften angeschlossen. Die von der Sozialdemokratie aufgebaute UGT organisiert ca. 20% der Einzelgewerkschaften. Diese Gewerkschaften führten auch die Kundgebungen und Demonstrationen am 1. Mai gemeinsam durch, zum Generalstreik am 11.5. rief allerdings nur die CGTP auf.

Trotz der Zersplitterung konnte die Gewerkschaftsbewegung die Sozialistische Partei (PS) soweit unter Druck setzen, daß Soares die angekündigte Unterstützung für die Verfassungsänderung zurückzog. Zur Durchsetzung der Verfassung ist die Regierungskoalition Alianca Democracia auf einen Teil der sozialistischen Parlamentsmitglieder angewiesen, die anderen Oppositionsparteien lehnen die Änderungen ab.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 29.4.82; Financial Times v. 16.9.81; Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1981/82, Portugal, März 1982; taz v. 26.4.82, 13.5.82



Die Bauern und Landarbeiter nahmen an den Kundgebungen zum achten Jahrestag des Sturzes Caetanos teil und verlangen Sicherung der Kooperativen



Ruhrfestspiele Recklinghausen

CDU: Festspiele nur noch alle zwei Jahre, wenn's schon nicht reaktionär geht

„Kontischichtarbeit! oder: das kurze Leben. / Kontischicht Hitze Lärm / tagein tagaus / Du denkst „Oh Graus / wie hält ein Mensch das aus / doch Du siehst das Geld voraus / den Urlaub den Job / jahrein jahraus / wie komme ich hier raus? / Deine Stimme tobt / nein, Gedanken sind's / Kontischicht so heißt der Trott / von ihr runter kannst Du nicht / erst wenn Du zerbrochen bist / Dich der Arzt kaputtgeschrieben / dann beginnt für Dich das Leben / Bis zum Tod sind's meist nur Tage / Schade. / Die Moral von der Geschichte / Kontiarbeit lohnt sich nicht.“ (Ein Stahlwerker)

Dieses Gedicht gehört zu einer Raumplastik, die Stahlarbeiter mit ihren Familien in Zusammenarbeit mit Künstlern für die diesjährigen Ruhrfestspiele hergestellt haben (s. Fotos). „Wir wollen mit der Ausstellung auch anderen Gruppen Anregungen geben, wie die Problematik ihrer Arbeit öffentlich dargestellt werden kann“, schreiben die Hersteller über ihr Kunstwerk, das in der Form an die bürgerlichen „environments“ erinnert – raumfüllende Kompositionen von Skulpturen und Alltagsgegenständen. Der wesentlichen Unterschied zur offiziellen Museumskunst liegt nicht in der etwas laienhafteren Machart, sondern in Thema und Inhalt: Kontischichtarbeit, die Gesundheit und Lebensstandard kaputtmacht, ist kein Thema für's bürgerliche

Museum. Insofern sagt die Plastik auch allgemein etwas über den Stand der Auseinandersetzung um die Richtung der Ruhrfestspiele aus.

Seit Jahrzehnten geht es darum: Wird die Veranstaltung eine Art „Bayreuther Festspiele für den kleinen Mann“ unter Aufsicht der Bourgeoisie oder Forum kultureller Aktivitäten der Arbeiterbewegung, unterstützt durch die Gewerkschaften?

Begonnen hatte alles so: Die Hamburger Theater hatten im Winter 1946 keine Kohle, die Hydraulik der Staatsoper drohte einzufrieren. Betriebsräte, Künstler und technische Mitarbeiter bateten die Recklinghauser Bergleute um Hilfe. Diese umgingen die strengen Kontrollmaßnahmen der britischen Besatzer und verschafften den Hamburgern Kohle; der Spielplan konnte wieder aufgenommen werden. Zum Dank spielten die Hamburger Theaterleute im Jahr darauf vor den Recklinghauser Arbeitern, von Vertretern der Stadt organisatorisch unterstützt. Ab 1948 förderte dann der DGB diese „Kulturtage der Arbeit“. In den Jahren darauf wurden jedoch die kulturellen Interessen der Arbeiter immer mehr eingeschränkt, weil die wiedererstarkende westdeutsche Bourgeoisie sich als finanzieller und geistiger „Förderer“ der Festspiele wachsenden Einfluß auf das Festspielprogramm sicherte: Bundes- und Landesregierung sowie die Ruhrindustriellen integrierten

das Programm fest in den bürgerlichen Kulturbetrieb. Im Verein „Freunde der Ruhrfestspiele“, dessen Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung ab 1959 ständig wuchs, saßen nur 13 Gewerkschaftsmitglieder (von 39 Kuratoren), aber über die Hälfte Banken- und Konzernvertreter.

Gegen Ende der 60er Jahre entwickelten sich Gegendenzenzen, vor allem im Rahmen des „jungen forums“, das unabhängig von der Festspielleitung maßgeblich von der Jugendabteilung des DGB gestaltet wurde, so daß man heute feststellen kann, daß der Einfluß der Reaktion eher abgenommen hat. Deren Unmut äußerte sich z.B. im Vorschlag der Recklinghauser CDU, das „junge forum“ ganz sterben zu lassen und die Festspiele nur noch alle zwei Jahre zu veranstalten – „aus Kostengründen“. Erfreulich ist, daß bei den diesjährigen Veranstaltungen (Gesamtthema „Frieden – Abrüstung – Entspannung“) deutlich gegen Kriegshetze, Aufrüstung und auch gegen Chauvinismus Stellung bezogen wird. Es wird aber auch die Tendenz deutlich, Ursachen und Schuldige nicht ebenso klar zu nennen: „Aber nicht nur gegen ein Übermaß an Rüstung und die damit verbundene Kriegsgefahr ist diese Ausstellung gerichtet, sie wendet sich auch gegen den Unmenschen in uns ...“, schreibt Frau Schröder z.B. im Katalogvorwort der Kunstausstellung.

Realistischer Krimi von Werremeier

„Der Richter in Weiß“ von Werremeier ist jetzt vom Heyne-Verlag neu aufgelegt worden. Die Handlung: Brigitta Beerenberg, Frau des Chefarztes im Holstenkrankenhaus Hamburg, hat ihren Mann erschossen. Sie behauptet, aus Notwehr. Der Amtsarzt weist sie in eine psychiatrische Anstalt ein, weil er vermutet, daß sie den Mord aus krankhafter Eifersucht begangen hat. Kommissar Trimmel folgt zunächst der Notwehrthese und teilt das dem Leiter der psychiatrischen Anstalt Kemm mit. Der hat sich sogleichorgenommen, die schöne Dame zu besitzen. Er schlafst mit ihr in den Behandlungsräumen des Krankenhauses und arbeitet eifrig an dem Gutachten, das sie für psychisch normal erklärt, damit er seine Liaison mit ihr auch rechtmäßig durchführen kann. Und das geht nur mit gesunden Patientinnen. Trimmel bekommt heraus, daß die Beerenberg den Mord über einen längeren Zeitraum geplant hat. Kemm sitzt in der Klemme, denn auf Mord steht lebenslange Freiheitsstrafe. Vor Gericht ändert er sein Gutachten auf „schuldunfähig“. Das Gericht urteilt auf Mord, aber Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störungen. Die Beerenberg wird also fünf Jahre in einer psychiatrischen Anstalt sein, ohne daß Kemm an sie heran kann. Der Krimi schildert, wie ein psychiatrisches Gutachten für eine reiche Frau zurechtgelegt wird, je nach persönlichen Interessen der Beteiligten. Die Polizei ist's zufrieden.

F. Werremeier, Der Richter in Weiß, Heyne-Verlag, Blaue Krimis 1985, 5,80 DM

Anweisung für ein bruchloses Leben

Doris Lessing behauptet im Vorwort zu ihrem 1962 zuerst veröffentlichten Roman „Das goldene Notizbuch“, daß sie von ihren Kritikern mißverstanden worden sei, daß sie weder eine Frauenrechtlerin noch eine Männerhasserin sei. Ihr zentrales Thema sei der Zusammenbruch, das zweite Thema die Einheit. Was zusammenbrechen soll, sind „Einteilungen“, die sie bekämpft und die sie benennt: „Gebunden. Frei. Ja. Nein. Kapitalismus. Sozialismus. Sex. Liebe.“ Und sie meint, „daß wir die Dinge nicht auseinanderdividieren dürfen“. Was ihre Hauptfigur Anna,

die Schriftstellerin, tut und damit dem Roman das Gerüst gibt, ist auseinanderdividieren und in vier verschiedenen Notizbüchern niederlegen, was sie als Frau, als Schriftstellerin, als Kommunistin, als Mutter usw. von der Welt hält. Die Lehre aus dem Ganzen ist, daß sie so zerspalten nicht leben kann und halb verrückt wird. Sie rettet ihre Persönlichkeit jedoch, die sie nur deshalb so hübsch vierfältig betrachten kann, weil sie Zeit hat. Sie braucht nicht zu arbeiten, weil sie von den Tantiemen ihres ersten Buches lebt. Sie überwindet ihren Zusammenbruch, indem sie alle Widersprüche als Einheit deklariert. Aus der KP ist sie bereits ausgetreten, hauptsächlich aus Enttäuschung darüber, daß nach Stalins Tod sich in den kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder nicht alles in Liberalität auflöst. Für sie ist keine Revolution mehr nötig, sondern sie kann ihr Ziel im imperialistischen England verwirklichen, indem sie ihre Psychologie in Ordnung bringt.

So wird das „goldene Notizbuch“ geboren, das an die Stelle der vier anderen tritt. Trotz vieler zutreffender Beobachtungen und kluger Bemerkungen über die Menschen, über Männer und Frauen usw. bleibt es ein unnützes Buch. Der bodenlos banale Schluß – Anna kann wieder schreiben, ihr verrückter derzeitiger Freund schreibt auch, ihre Freundin Molly, auch als Teil von Anna interpretierbar, heiratet einen fortschrittlichen Kapitalisten – bestätigt nur diesen Verdacht, der sich über 800 Seiten hin verdichtet.

Doris Lessing, Das goldene Notizbuch, Fischer TB 5241, Einmalige Jubiläumsausgabe 1982, 5,00 DM

„Als Fremder in Deutschland“

Die in diesem Buch zusammengestellten Berichte, Erzählungen und Gedichte sind das Ergebnis eines Wettbewerbs, den die Universität München 1980 für die deutsche Sprache beherrschende Ausländer ausgeschrieben hatte. Die Autoren sind deshalb nicht repräsentativ für die in der BRD und Westberlin lebenden Ausländer. Die meisten sind Studenten und Intellektuelle, und einige sind darunter, die die Armut und Verzweiflung, die zur Emigration zwingen, niemals kennengelernt haben und für die ihr Auslandsaufenthalt nur eine spannende Abwechslung bedeutet.

Doch auch die bitteren Erfahrungen derjenigen, für die die Schikanen der Ausländergesetzgebung nicht nur ein lästiges Übel, sondern grausame Unterdrückung und tiefe Demütigung bedeuten, fanden Eingang. So in dem Gedicht „Ausländerbehörde“, das der griechische Lehrer Blithikotis verfaßte: „warten, rauchen, warten, warten auf die / quäkende unverständliche stimme im lautsprecher; / dieser abfallhaufen verschlagener, / zusammengekehrt aus allen winkeln der erde. / jeder vierte heraustreten zur exekution! / ob es mich trifft, oder nr. 2601 mit türkischem pass?“ Oder in dem Märchen „Sindbads letzte Reise“, in dem der Libanese Naoum das Schicksal sogenannter „Illegaler“ anklingen läßt, die zwischen die Mühlsteine Ausländerbehörde und Sklavenhändler geraten. Oder in dem Gedicht „Als Hund“, das die Rechtlosigkeit der ausländischen Bevölkerung an den Rechten eines Hundes in Westberlin mißt und bitter endet: „Ja, wenn ich ein Hund wäre, und ich würde schon so lange in Westberlin leben, ja, dann trüge ich ein schönes Band am Hals und könnte hinscheißen, wohin es mir paßt.“

Viele dieser Beiträge sind sehr persönlich gehalten und spiegeln doch die Erfahrungen von Millionen ausländischer Arbeiter und Studenten in der BRD und Westberlin wider. So die Erzählung „Die Heimfahrt“, in der ein italienischer Arbeiter die triste Verzweiflung seines Barackenlebens, der erzwungenen Trennung von seiner Familie schildert, die er schließlich nicht mehr ertragen kann. Diese persönlichen Erfahrungen, mit den Behörden, die die staatliche Unterdrückung repräsentieren, und auch mit Vorurteilen, Resentiments und Feindseligkeit, die täglich auf dem Boden der staatlichen Unterdrückung wachsen, geschürt werden, stimmen nachdenklich. Wer hätte verächtliche Beschimpfungen wie „Du schlechter Itaka“ (aus dem Gedicht „Frischer Gastarbeiter“) nicht schon gehört – und „überhört“. – Obwohl das Buch auch ausgesprochen ärgerliche Beiträge enthält, sind die meisten doch nützlich, weil sie die Einsicht fördern, daß die Arbeiterklasse sich nicht emanzipieren kann, wenn sie nicht die Rechte und die Würde der Unterdrücktesten gegen alle Angriffe verteidigt.

„Als Fremder in Deutschland“, dtv 1982, 9,80 DM

Ernst Jünger

Faschistische Propaganda für national plus „sozialistisch“

Wenn im Gewande eines „neuen Nationalismus“ auf der politischen Linken Leute und Organisationen sich tummeln, die öffentlich über die Möglichkeit nachdenken, Einheiten mit „Nationalrevolutionären“ zu entwickeln, dann muß aufgezeigt werden, wie diese Verbindung von „Nationalismus“ und „Sozialismus“ schon einmal propagiert wurde. Einer der Hauptpropagandisten ist Ernst Jünger, der seine Schrift „Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt“ 1932 veröffentlichte und zuletzt 1981 neu herausgab. Ernst Jünger gehört zu den Brückenschlägern von den konservativen Bourgeois zu den Nazis.

Die „Gestalt des Arbeiters“ sei die Wirkungsform des „Weltgeistes“, die die jetzige Geschichte im Wesen präge. Die „Gestalt des Arbeiters“ sei mit dem Elementaren verbunden, weil sie die tatsächliche Produktion durchführe. Das wirkliche Ziel des Arbeiters sei der Wille zur Macht, der Wille, einen neuen Staat zu errichten. Die bürgerliche Ordnung müsse vom Arbeiter beseitigt und ein Staat errichtet werden, in dem nicht demokratische Prinzipien herrschen, sondern eine Rangordnung wie in der Armee. Wenn dann die „Gestalt des Arbeiters“ die „totale Mobilisierung“ durchführe, v.a. die vollständige Aufrüstung, dann sei ihm die Weltherrenschaft in einer „planetarischen Ordnung“ nicht streitig zu machen. Jünger faßt zusammen: „Der Sozialismus erscheint als die Voraussetzung einer schärfsten autoritären Gliederung und der Nationalismus als die Voraussetzung für Aufgaben von imperialem Rang.“ In diesem weltweiten Militärstaat verwirklicht der Arbeiter seinen Lebenssinn dadurch, daß er vollständig diesem neuen Staat dient. Dadurch bildet er die Herrscherrasse.

Die Ziele der deutschen Imperialisten, herrschende Weltmacht zu werden, propagiert Ernst Jünger als das wirkliche revolutionäre Interesse der Arbeiter. Bisher habe die Arbeiterbewegung nur bürgerliche Ziele vertreten, wenn sie eine neue Gesellschaft errichten wollte. Das brächte nur die alte Abhängigkeit und Unterdrückung in anderer Form. Nur wenn der Arbeiter diesen neuen Staat errichte, könne er sich zum Herrscher aufschwingen.

Als entscheidende Voraussetzung für diese Befreiung des Arbeiters „bleibt die Legende zu zerstören von der Grundqualität des Arbeiters als einer wirtschaftlichen Qualität“. Mit dieser neuen Feststellung kommt Ernst Jünger zu dem Entscheidenden, was diese Propagandisten eines Nationalsozialismus erreichen wollen: Daß die Arbeiterklasse ihre tatsächliche Lage und damit auch ihre revolutionären Ziele nicht aus der Stellung in der kapitalistischen Produktion bestimmt. Wie soll die Arbeiterklasse ihre Ausbeutung und Unterdrückung aufheben, wenn sie die Produktionsmittel im Eigentum und in der Verfügung der Kapitalisten beläßt? Die Analyse des wissenschaftlichen Sozialismus begründet, daß die Arbeiterklasse die Fesselung der Produktivkräfte durch das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln nur dadurch beseitigen kann, daß sie die Kapitalisten enteignet und die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt. Um diese richtige wissenschaftliche Erkenntnis zu verdrängen, behauptet Jünger eine „Diktatur des wirtschaftlichen Denkens an sich“, „es gibt hier keine Position, von der aus der Durchbruch gelingen kann“. „Aus diesem Grund ist es für den Arbeiter so wichtig, daß er jede Erklärung ablehnt, die seine Erscheinung als eine wirtschaftliche Erscheinung, ja selbst als ein Erzeugnis wirtschaftlicher Vorgänge ... zu deuten sucht. Diese verhängnisvollen Bindungen kann keine Maßnahme wirkungsvoller durchschneiden als die Unabhängigkeitserklärung des Arbeiters von der wirtschaftlichen Welt ... Es bedeutet, daß nicht die wirtschaftliche Freiheit und nicht die wirtschaftliche Macht der Angelpunkt des Aufstandes ist, sondern die Macht überhaupt.“

An der Macht und insbesondere auch der Ausdehnung ihrer Macht hatten die deutschen Imperialisten ein gesteigertes Interesse, sie bereiteten gerade ihren zweiten imperialistischen Krieg vor und als Mittel dazu die offene terroristische Herrschaft. Jünger behauptet, diese angestrebte Weltmachtstellung des deutschen Finanzkapitals läge im Interesse der Arbeiterklasse, sei die Herrschaft der „Gestalt des Arbeiters“, des „eigentlichen Herrn dieser Welt“, „des Kriegers, der über die Reichtümer von Provinzen und großen Städten gebietet und der um so sicherer über sie ge-

bietet, je mehr er sie zu verachten weiß“. Die menschenverachtende Terrordiktatur des deutschen Finanzkapitals schickte Millionen für seine imperialistischen Ziele in den Heldentod. Jünger hatte in „Der Arbeiter“ vorausgeschaut, daß der Sinn des Arbeitsebens sich im „Lebensopfer“ für den neuen Staat erfülle.

Nach der Niederlage des deutschen Faschismus im Zweiten Weltkrieg war das laute Trommeln für die weltweite imperialistische Herrschaft des deutschen Finanzkapitals fürs erste gedämpft. Die Brückenbauer für den Faschismus haben aber mitnichten ihre Sache aufgegeben. In dem Vorwort von 1962 zur erneuten Herausgabe des „Arbeiter“ verkündet Ernst Jünger wieder: „Hätten die großen Akteure sich nach den hier entwickelten Prinzipien gerichtet, so würden sie viel Unnötiges, ja Unsinniges unterlassen und Notwendiges getan haben.“ Gegen sein „entwickeltes Prinzip“, daß der Krieg das Ziel der „totalen Mobilmachung“ sein muß, fügt Jünger 1962 im Vorwort vorerst noch einmal hinzu: „vermutlich sogar ohne Waffengewalt“.

Das Zusammensehen von Nationalismus und „Sozialismus“ unter der Herrschaft des Imperialismus diente und dient der direkten Vorbereitung des imperialistischen Krieges und der Entwicklung einer faschistischen Bewegung. Die Arbeiterklasse hat alles Interesse daran, diese Propaganda zu bekämpfen.

Quellenhinweis: E. Jünger, Der Arbeiter, sämtliche Werke Bd. 8, 1981

Deutsche Geschichte

Preußisch-deutsche Ostexpansion und Polenunterdrückung (II)

Trotz der Verluste, die der deutsche Imperialismus nach seiner Niederlage im ersten Weltkrieg hinnehmen mußte, erholte er sich rasch, v.a. dank der Finanzhilfen durch den amerikanischen Dawes- und Young-Plan, so daß Deutschland bald wieder zu den imperialistischen Spitzenmächten gehörte. Der Verlust von Kolonien und Kapitalanlagen erschwerte die deutsche Expansion im Überseegebiet, so daß sich die deutsche Bourgeoisie auf den Osten konzentrierte und auf den Plan einer „mitteleuropäischen Großraumwirtschaft“ unter deutscher Hegemonie aus dem ersten Weltkrieg zurückgriff.

Hierfür hatte die Bourgeoisie schon vor dem Krieg durch Expansion im Balkanraum die entscheidenden Grundlagen gelegt, so durch Kapitalanlagen im Eisenbahnbau in den südosteuropäischen Ländern und der Türkei sowie in der rumänischen Erdölindustrie. Diese beherrschte das deutsche Kapital 1907 zu 62% (92 Mio. Ici). Ausdruck der deutsch-rumänischen Handelsbeziehungen war die Steigerung der Ausfuhr Rumäniens von 25,4 auf 138 Mio. M. in den Jahren 1900 – 1912 und dessen Import von 35 auf 140 Mio. M. Ähnliche Beziehungen hatte Deutschland zu Serbien und Griechenland aufgenommen. Nach dem Krieg stieg der Handel Deutschlands mit diesen Ländern beträchtlich, wobei Deutschland seine Monopolstellung und die wirtschaftliche Rückständigkeit dieser Länder ausnutzte. Eine besondere Methode der Ausplünderung dieser Länder bestand in sog. clearing-Abkommen, d.h. Importe aus Südosteuropa bezahlte die deutsche Bourgeoisie nicht mit Devisen, sondern mit Waren. Da sie durch Devisenbeschränkungen den Kurs der Mark heraufsetzte und damit den Preis ihrer Waren verteuerte, bezogen die südosteuropäischen Länder ihre Importe nicht mehr aus Deutschland und ließen sich ihre Exporte gutschreiben. Damit versorgten sie den deutschen Markt auf lange Zeit mit den erforderlichen Rohstoffen und Lebensmitteln und kreditierten zugleich die deutsche Bourgeoisie (135 Mio. M. 1935). Zur Abtragung dieser Guthaben praktizierte das deutsche Finanzkapital dann neben Kursmanipulationen die Methode des „Aufgeldes“, d.h. es bezahlte den südeuropäischen Exporteuren ihre Waren zwar in Devisen statt in Waren, aber nicht zu 100%, sondern z.B. nur zu 85%, womit es die Wirtschaft dieser Länder ruinierte und sich zugleich den Zugriff darauf sicherte.

Bei der ökonomischen Expansion nach Polen konnte sich das deutsche Kapital auf die Folgen der Teilung Polens stützen: Die drei Teilgebiete waren auf die Bedürfnisse der jeweiligen Besatzermächte ausgerichtet gewesen, was die Integration des polnischen Staates sehr erschwerte und eine Fortführung der Abhängigkeit von ausländischen Märkten schuf. Da die polnische Bourgeoisie jegliche Handelsbeziehungen zur Sowjetunion ablehnte, blieb automatisch der deutsche Markt als Ausweg. Gestützt auf ihre Kapitalanlagen in Polen – noch 1936 hatte das deutsche Ka-

pital einen Anteil von 51% an der oberschlesischen Industrie sowie 25% der ausländischen Kapitalanlagen in der übrigen Wirtschaft – sowie die Exportabhängigkeit Polens nutzend, unternahm die deutsche Bourgeoisie den erfolgreichen Versuch, die oberschlesische Industrie in eine Krise zu drängen, um damit die wirtschaftliche Selbständigkeit Polens einzuschränken und es zum Hinterland für Rohstoffe und Landwirtschaftsprodukte zu machen. 1925 führte die deutsche Bourgeoisie Zollbeschränkungen ein, was der Wirtschaft Polens erhebliche Verluste zufügte und einen Zollkrieg auslöste. Zur Beendigung dieses Zollkrieges stellte die deutsche Bourgeoisie 1926 eine ganze Palette von Forderungen, die auf Öffnung des Marktes für deutsche Waren und Brechung der grundlegenden polnischen Industriezweige abzielten. Gleichzeitig erneuerte sie ihre Forderungen bezüglich der Grenzen.

Als Ergebnis der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg hatte er an den neugegründeten Staat 90% von Posen und 66% von Westpreußen abtreten müssen; Danzig wurde zum Freistaat erklärt. Mit diesem Gebietsverlust hat sich die deutsche Bourgeoisie nie abgefunden. Eine wichtige Bedingung für die Revisionsforderungen aller Regierungen der Weimarer Republik war die Sicherung des „nationalen Besitzstandes“ der Deutschen in Polen. Je mehr Deutsche von dort zurückwander-



Aufstand in Oberschlesien gegen den Anschluß an Deutschland nach Ende des ersten Weltkriegs

ten, um so mehr mußten die gestärkt werden, die „aushielten“. Zu diesem Zweck rief das Auswärtige Amt verschiedene Organisationen ins Leben wie Deutschtumsbund, Deutsche Stiftung, v.a. OSSA-Vermittlungs- und Handelsgesellschaft, die aus völkerrechtlichen Gründen formell privat waren, jedoch den Weisungen des AA unterstanden. Neben Finanzierung von deutscher Presse, deutschen Schulen, Vereinen usw. übernahmen sie v.a. die Sanierung deutschen Grundbesitzes (3,8 Mio. Morgen, davon 1,6 Mio. Großgrundbesitz) und deutscher Betriebe. Millionengelder flossen in diese Unternehmung, allein die OSSA, die bei Gründung 1926 mit 30 Mio. Reichsmitteln ausgestattet wurde, verfügte schon 1928 über 63,8 Mio. M. Ohne diese Finanzmittel und den Apparat hätte die „deutsche Volksgruppe“ in Polen die nationale Basis ihrer Eigenständigkeit nicht halten können. Diese staatlich ausgehaltene Truppe war dann während des zweiten Weltkrieges eine wichtige Stütze bei der Okkupation Polens durch die deutschen Imperialisten.

Nachdem die deutschen Imperialisten 1938 Österreich dem Deutschen Reich „angeschlossen“ und die Tschechoslowakei annexiert hatten, eröffneten sie mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 den zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, die Welt-Herrschaft zu erobern. Das Kriegsziel im Osten bestand darin, in unmittelbarer Angrenzung an das Deutsche Reich ein Kolonialgebiet bis zum Ural zu schaffen, die Rohstoffe der dortigen Staaten auszubeuten und die Bevölkerung zu Arbeitssklaven zu machen. Die Ziele im Osten wie die Ideologie von der „höheren germanischen“ und der „niederen slawischen Rasse“ bewegten sich durchaus in den Traditionen der herrschenden besitzenden Klassen Preußen/Deutschlands, unter dem Hitlerfaschismus wurden sie auf die Spitze der Brutalität getrieben. Für diese Absichten war die Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie bereits in der Zwischenkriegszeit den Plan des „Mitteleuropa“, d.h. der Verwandlung der südosteuropäischen Staaten in Halbkolonien, verwirklicht hatte, eine wichtige Stütze, bezog sie doch daher wichtige Landwirtschaftsprodukte und Rohstoffe, wie z.B. Erdöl aus Rumänien.

Nach der Besetzung Polens wurde das Land eingeteilt in den „Warthegau“ (Poznań bis Lódź), in die Gaue Danzig-Westpreußen, Oberschlesien und Ostpreußen/Zichenau, die in das Deut-

sche Reich eingegliedert wurden. Der übrige Teil wurde zum Generalgouvernement (GG) erklärt (Warszawa, Kraków). Die eingegliederten Gebiete sollten von Polen „gesäubert“ werden, diese, sofern sie nicht überhaupt umgebracht werden sollten, im GG eingepfercht werden. Daß es der Bourgeoisie um ein Reservoir von Arbeitssklaven ging, machen die Aussagen Hitlers und die daraufhin erfolgten Aktionen deutlich. In einer Besprechung mit Generaloberst Keitel am 17.10.1939 gab Hitler als Kurs für das Generalgouvernement an: Es müsse „verhindert werden, daß eine polnische Intelligenz sich als Führerschicht aufmacht. In dem Lande soll ein niederer Lebensstandard bleiben. Wir wollen dort nur Arbeitskräfte schöpfen!“¹ Und weiter erklärte er am 2.10.1940, das GG sei „eine polnische Reservation, ein großes polnisches Arbeitslager ... Ausleihzentrale für ungelernte Arbeiter, insbesondere landwirtschaftliche Arbeiter“, die Deutschland in großen Mengen auch nach dem Krieg brauche.² Entsprechend diesem Plan verfuhren SS und Wehrmacht. Die Höfe und Stellen der Ermordeten und aus den eingegliederten Gebieten Deportierten sollten deutsche Umsiedler aus dem Baltikum, Ungarn, Rumänien einnehmen. Bis 1940 betrug die Zahl der in das GG Deportierten 325 000 Menschen, davon 261 517 aus dem Wartheland, 17 413 aus Oberschlesien, 31 000 aus Danzig-Westpreußen, 15 000 aus Zichenau.

Die Juden waren generell zur Zwangsarbeit verpflichtet im Straßenbau, zur Kies- und Steingewinnung, einige Zehntausend arbeiteten bei der Erdölproduktion in Galizien, in der Rüstungsindustrie im Distrikt Warschau und in der oberschlesischen Industrie. Die Konzentrationslager, in denen sie eingesperrt waren, bildeten SS-eigene Wirtschaftsunternehmen.

Für das Generalgouvernement erließ Generalgouverneur Frank gleich bei Amtsantritt am 26.10.1939 eine allgemeine Arbeitspflichtverordnung für alle Polen vom 14. bis zum 60. Lebensjahr. Die Gesamtzahl der aus dem GG stammenden Zivilarbeiter im Reich betrug 1942 rund 1 Million Menschen, hinzu kamen ca. 130 000 direkt aus den eingegliederten Gebieten ins Reich verfrachtete Polen und 0,5 Millionen polnische Kriegsgefangene, die allesamt dort unter weit schlechteren und erniedrigenderen Lebensbedingungen arbeiten mußten als die übrigen ausländischen Arbeiter.

Alle Zwangsmaßnahmen, Massenerschießungen, Polizeirazzien, Sonderstrafrecht für Polen, Konzentrations- und Vernichtungslager konnten den Widerstand der polnischen Bevölkerung nicht brechen. Die Zwangsarbeiter-Rekrutierungskommandos z.B. wurden immer wieder von Partisanengruppen überfallen, so daß Frank bald auch von Zwangsaushebungen aus dem GG abssehen mußte. – Vom 19.4.1943 bis zum 16.5.1943 versuchte sich die Bevölkerung im jüdischen Ghetto in Warschau gegen die Vernichtung zu verteidigen. – Am 1.8.1944, als die sowjetischen Truppen im Vormarsch waren, führte die Bevölkerung Warschaus einen 63 Tage langen Aufstand durch, der von Wehrmacht und SS niedergeschlagen wurde.

Insgesamt fielen der Expansions- und Vernichtungspolitik des deutschen Imperialismus von den 35 Millionen Vorkriegseinwohnern Polens 6 Millionen zum Opfer, davon in Vernichtungslagern, Ghettos und durch öffentliche Hinrichtung 3,6 Millionen, in Arbeitslagern, Gefängnissen, durch die Folgen von Mißhandlungen und Epidemien 1,3 Millionen Menschen. Die Sowjetunion verlor 20,6 Millionen Menschen, davon 7 Millionen aus der Zivilbevölkerung.

Hinter den Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam 1945 bezüglich der Westverlegung der Grenze Polens an die Oder/Neiße und der Umsiedlung von ca. 7 Millionen Deutschen aus Polen, Ungarn, Tschechoslowakei stand die berechtigte Absicht der drei Westalliierten und der Sowjetunion, die Hauptleidtragenden des deutschen Imperialismus – Polen und die SU – zu entschädigen und durch Umsiedlungen dem Problem von nationalen Minderheiten – die, was Deutschland betrifft, ein Ergebnis von Ostkolonisation und künstlicher Ansiedlungspolitik waren – ein Ende zu machen. Hatte die deutsche Bourgeoisie nach dem ersten Weltkrieg die Deutschen in Polen als 5. Kolonne für Grenzrevisionspläne gepäppelt, so versuchte die westdeutsche Bourgeoisie nach dem zweiten Weltkrieg bis heute, die Umsiedler in Westdeutschland als Agitatoren für ihre Revanchepläne – Herstellung der Grenzen von 1937 – zu gebrauchen.

¹ M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 22; ² ebd., S. 24; weitere Quellenhinweise: F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1962; N. Kreckeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Warther Republik, Stuttgart 1973; W. Grabska, Ekonomiczna ekspansja Niemiec na wschód latach 1870–1939, Warszawa 1964; A. Czubiński, Poland's Place in Nazi Plans for a New Order in Europe in the Years 1934–1940

Christlich-soziale Alternative

Kritik am DGB wegen fehlerndem Bekenntnis zur Marktwirtschaft

Zielscheibe christlich-sozialer Kritik von CSU und Christlichem Gewerkschaftsbund ist das 1981 verabschiedete Grundsatzprogramm des DGB gerade deshalb, weil mit dieser Beschußfassung ein Fortschritt für die Arbeiterbewegung in der BRD erreicht werden konnte. Die Politischen Berichte nahmen hierzu folgendermaßen Stellung: „... Indessen bleibt Verdienst dieses Kongresses, den Wunsch nach Planwirtschaft doch ziemlich deutlich ausgesprochen zu haben. Mindestens Mittel zur Kritik der monopolkapitalistischen Konkurrenz liefert die Beschußfassung in reicher Fülle, mindestens eine starke Relativierung der heiligen Kuh des Privateigentums und der Marktwirtschaft ist eingeleitet. Und dies nicht nur gezielt auf die Sozialdemokratie und etwa aus einer Minderheitsposition im Rahmen dieser Partei heraus, sondern begründet aus den Interessen der Arbeiterbevölkerung des Landes und mit Wirkung weit hinein in die Mitgliederbasis der CDU/CSU und auch der FDP.“ (Pol. Ber. 7/81)

In einem Sonderheft der Zeitschrift „Politische Studien“ zur „Gewerkschaftsfrage – Die christlich-soziale Alternative“ versucht Bernhard Koch mit einer Gegenüberstellung des DGB-Grundsatzprogramms und der CGB-Leitsätze zu verdeutlichen, welche Teile dieses Programms – „trotz Übereinstimmung in Einzelfragen“ – im Widerspruch zu den Zielsetzungen christlich-sozialer Politik stehen, deshalb nicht akzeptiert werden können und daraus folgend die Konzeption eines christlich-sozialen Gewerkschaftsvereins notwendig sei.

Schon das „Selbstverständnis“ des DGB, eine Einheitsgewerkschaft zu sein, die „durch die Verschmelzung verschiedener Gewerkschaftsrichtungen ... das Prinzip der Solidarität aller arbeitenden Frauen und Männer verwirklicht“, paßt nicht in das christlich-soziale Weltbild: „Sie sind der Überzeugung, daß die gewerkschaftliche Vertretung christlich-sozialer Ordnungsvorstellungen nur in eigenständigen und unabhängigen christlichen Gewerkschaften möglich ist.“ (S. 151)

Die Interessenvertretung der Lohnabhängigen wird gar nicht gewünscht: „Interessenkonflikte sind so auszutragen, daß die Beteiligten die übergeordneten Ansprüche des Gemeinwohls anerkennen und berücksichtigen. Auch die gewerkschaftliche Interessenvertretung darf nicht zu Lasten schwächerer oder schwer organisierbarer Gruppen erfolgen.“ (S. 154) Mit dieser Vereinsprogrammatik wird Anstoß genommen an der etwas verschwommenen „Gesamtwohl“-Position des DGB: „Als gemeinsame Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen die Gewerkschaften die ... Interessen ... wahr und dienen damit den Erfordernissen des Gesamtwohls.“ Solch eine Formulierung, die Interpretationsmöglichkeiten zugunsten der Arbeiterbevölkerung zuläßt, wollen die christlich-sozialen Strategen verhindern. Noch deutlicher sind diese Möglichkeiten der Kritik an dem Wirtschaftsmodell der Kapitalisten, wenn es im DGB-Programm heißt: „Seit Beginn der Industrialisierung werden die sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Den Interessen der Unternehmer an maximalen Gewinnen stehen die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen und ausreichendem Einkommen gegenüber ...“ (S. 155)

Mit einem Bekenntnis der christlichen Gewerkschaften zur „Sozialen Marktwirtschaft“ als „gesellschaftliches und wirtschaftliches Ordnungsprinzip, das sowohl die persönliche Freiheit und Initiative als auch das soziale Gleichgewicht innerhalb unseres Volkes gewährleisten soll“, wird die Interessenvertretung der Arbeiterbevölkerung in das Gegenteil verkehrt. Da in den vergangenen Lohnbewegungen die „übergeordneten Ansprüche“ der Sozialen Marktwirtschaft in der Form von Reallohnensenkungen durchgesetzt wurden, wäre es bestimmt richtig, diese christlich-soziale Gewerkschaftsprogrammatik stärker anzugehen – vor allem aus den Reihen des DGB.

Quellenhinweis: Zur Gewerkschaftsfrage – Die christlich-soziale Alternative, Hans-Seidel-Stiftung, Olzog Verlag München, 16.80 DM

Steuerplünderung: CDU/CSU-Demagogie

Die CDU/CSU ist der richtige Anwalt für alle, die gegen die wachsende Steuerausplünderung sind. Wer da noch Zweifel hegte, den muß die CDU/CSU-Opposition der letzten Monate gegen die von der Koalition geplante Mehrwertsteuererhöhung um 1% eines Besseren belehrt haben. Im Bundesrat haben die CDU/CSU-regierten Länder die Erhöhung verhindert. Die begleitenden Reden ihrer Politiker waren nicht nur voll der sattsam bekannten Sorge um die Belastbarkeit der Wirtschaft, sondern triefen geradezu von Mitgefühl um die „kleinen Leute“, die kinderreichen Familien, die Rentner und die Arbeitslosen. Nach der verhinderten Mehrwertsteuererhöhung, die nach Regierungsversprechen mit einer Steuernlastung 1984 versüßt werden sollte, setzte Franz-Josef Strauß noch einen drauf und verlangte eine Steuerreform 1984, die die „heimlichen Steuererhöhungen“ der letzten Jahre zurückgeben müsse.

Aber in merkwürdigem Gegensatz zur gekonnten CDU/CSU-Demagogie gegen die Steuerpolitik der Regierung steht die zweckvolle Unbestimmtheit der CDU/CSU-Propaganda sowohl zur Gestaltung einer Steuerreform als auch zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Da wird vage die Verminderung der Steuerbelastung versprochen; die angekündigte Konsolidierung der Staatsfinanzen bleibt verschwommen.

Doch bei aller Unbestimmtheit: *Nichts* findet sich in den CDU/CSU-Reden und -Dokumenten, was etwa auf die Absicht einer deutlichen allgemeinen Senkung der Steuerlast z.B. bis zur Höhe des Durchschnittslohns hinweist. *Nichts*, was auf eine beabsichtigte Indexierung der zu versteuernden Einkommen an die Bewegung der Preissteigerungsrate, das einzig sinnvolle Verfahren zur dauerhaften Verhinderung „heimlicher Steuererhöhungen“, hindeutet. Dagegen soll die grob umrissene Reform des Einkommensteuertarifs vor allem „leistungsgerecht“ sein, was folgendermaßen aussieht:

- Senkung des Spitzesteuersatzes von 56 auf 50%; die von Strauß geforderte entsprechende Senkung der Körperschaftssteuer – nur eine andere Form der Einkommensteuer – muß zwangsläufig auch auf die Einkommenssteuer angewandt werden;
- bevorzugte steuerliche Förderung von „kinderreichen Familien, die ein gehobenes Einkommen haben“;
- Änderungen an der Steuerprogression, so daß sich vor allem bei mittleren und höheren Einkommen zeitweilige Entlastungen ergeben.

Da die, die mehr haben, auch mehr „leisten“ (weswegen sie ja mehr haben), liegt der Kern der „leistungsgerechteren“ Gestaltung des Steuersystems in der Förderung der Bezieher höherer Einkommen. Nach diesem Grundgedanken hat die CDU/CSU auch für die Selbständigen und Unternehmen ein ganzes Bündel Steuersenkungen parat, das im Gegensatz zu den Plänen zur Lohn- und Einkommensteuer ausgesprochen detailliert ist. Im übrigen hat sich die CDU/CSU im Bundestag keineswegs prinzipiell gegen weitere Mehrwertsteuererhöhungen verwahrt, die von ihr nahestehenden Kreisen wie dem IFO-Institut seit Jahren propagiert werden.

Das durch ihre Verweigerung der Mehrwertsteuererhöhung gesogene Finanzloch soll nach den Erklärungen der CDU/CSU durch eine allgemeine Kürzung aller Subventionen um 5% sowie durch die Streichung des BAFÖG gedeckt werden. Das sei auch der richtige Weg zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Ein schmutziger Trick: Denn die CDU/CSU wird sich hüten, etwa die Förderung der Werft- oder Stahlmonopole anzutasten. Und Streichungen am Rüstungsetat stehen überhaupt nicht zur Debatte. Der Zweck der ganzen Verweigerungsoperation: die SPD endgültig auf weitgehende Streichung der staatlichen Zuschüsse für die Sozialversicherungen (Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung nach Haushaltspunkt 1982 7 Mrd. DM, zur Rentenversicherung 30 Mrd. DM) zu zwingen und die Leistungen dieser Versicherungen dauerhaft abzusenken.

CDU/CSU zur Steuerpolitik Mehrwertsteuererhöhung/ Reform der Einkommenssteuer

„Sie können heute in jeder Versammlung, in jeder Sprechstunde erleben, daß die Rentner kommen und Ihnen vorrechnen, daß sie inzwischen viermal zur Kasse gebeten wurden: durch die Mehrwertsteuer, durch die Mietpreiserhöhung, durch den vorgezogenen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner. Und wenn Sie, Graf Lambsdorff, Recht behalten wollten und am 1. Januar 1984 die erhöhte Mehrwertsteuererhöhung – wohlgemerkt: da ist der inflationsbedingte Steuergewinn des Staates noch gar nicht abgegolten – in Form der Senkung der Lohnsteuer an die Leute zurückgeben, dann gehen die Rentner wieder leer aus. Sie werden allein durch diesen Vorschlag viermal zur Kasse gebeten ...“

Die Koalition behauptet, wir torpedierten durch die Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung ihr Beschäftigungsprogramm. Wir verhindern ein Steuererhöhungsprogramm; das hat der Kollege Waigel schon gesagt. Wir lehnen die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab, weil sie die Kosten erhöht, die Inflation anheizt, die Tarifverhandlungen belastet und deshalb im Endeffekt noch mehr Menschen um ihren Arbeitsplatz bringt. (Beifall bei der CDU/CSU) Die Mehrwertsteuererhöhung ist außerdem unsozial, weil sie die Arbeitnehmer, die Rentner und die Arbeitslosen überproportional belastet. Wir lehnen die Erhöhung der Mehrwertsteuer auch deshalb ab, weil damit ein Programm von den kleinen Leuten finanziert werden soll, das am Mittelstand vorbei nach allen Erfahrungen – Graf Lambsdorff – im wesentlichen den großen Unternehmen zugute kommt, die das Geld gar nicht brauchen, aber im wesentlichen mitnehmen. Das ist der Punkt. (Beifall bei der CDU/CSU) Im Endeffekt zahlen die kleinen Leute, und der Beschäftigungseffekt bleibt gleich Null.“

Wenn Sie ein solches Programm finanzieren wollen, warum greifen Sie nicht auf den Vorschlag der Unionsfraktion zurück – da ist die Schweiz ein gutes Beispiel –, die Finanzhilfen und Subventionen um insgesamt 5% zu kürzen. Ich sage allerdings: Die kleinen Leute und die sozial Schwachen haben ihren Beitrag geleistet ...“

(CDU Generalsekretär Geißler am 4.3.1982 im Bundestag, Plenarprotokoll 9/88)

„Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition, ich möchte Sie an die Frage erinnern, was eigentlich eine Mehrwertsteuererhöhung in dieser Lage bedeutet. Eine Mehrwertsteuererhöhung ist geeignet, die Kosten zu erhöhen. Das kann zwei Auswirkungen haben: Entweder werden die Kosten durch die Unternehmen an den Verbraucher über die Preise weitergegeben oder – wo dies nicht möglich ist – die Mehrwertsteuererhöhung wird verkraftet, wodurch sich die Ertragslage der Unternehmen entsprechend vermindert. Beides ist im Grunde genommen nicht vereinbar mit der Lage, in der wir uns befinden; denn eine Kostenerhöhung, die weitergegeben wird und in die Preise geht, belastet die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, erschwert also maßvolle Tarifabschlüsse, die wir alle miteinander energisch beschworen haben ...“

Wir sind natürlich auch fähig, Ihnen intellektuell soweit zu folgen, Graf Lambsdorff, daß Sie die Absicht haben, diese Mehrwertsteuererhöhung per 1. Januar 1984 in eine Maßnahme zur Veränderung unserer steuerlichen Belastung umzusetzen, zur Verbesserung in Bezug auf die Belastung sowohl der Unternehmen als auch der Arbeitnehmer. Wir sind mit Ihnen schon lange der Meinung, daß wir eine nachhaltige mittelfristige Entlastung der Unternehmergevinne wie der Arbeitnehmereinkommen erreichen müssen, wenn die Leistungsbereitschaft und die notwendige Belohnung von Leistung in unserem Lande gesichert werden sollen. Wie Sie wissen, fordern wir selber solche Maßnahmen. Aber wir stellen den zwingenden Zusammenhang zwischen einer mittelfristig vereinbarten Konsolidierung der Staatsfinanzen einerseits und solchen Maßnahmen andererseits her. Sie können uns beim besten Willen nicht zumuten, daß wir einer Absichtserklärung von Ihnen, nämlich ab 1. Januar 1984 die Mehrwertsteuererhöhung zur Senkung der Steuern zu benutzen, Glauben schenken.“

Ich frage Sie: Warum liegt denn heute kein Gesetzesvorschlag auf dem Tisch, der das verbindlich vorsieht? (Beifall bei der CDU/CSU). Warum gibt es keine Erklärung von Ihnen, die in Klarheit und Deutlichkeit ausführt, daß am 1. Januar 1984 diese und jene Maßnahmen in diesem Bereich durchgeführt werden? Ich frage Sie, Graf Lambsdorff: Wie erklären Sie eigentlich die Divergenz, den Unterschied, den Widerspruch zwi-

schen Ihren Äußerungen und denen des Herrn Bundeskanzlers in der Frage, was nun eigentlich an diesem 1. Januar 1984 geschehen soll? (Abg. Cronenberg, FDP, meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Sie fordern . . . , am 1. Januar 1984 zwei Dinge zu tun, nämlich erstens die heimlichen Steuererhöhungen zu beseitigen und zweitens eine allgemeine strukturelle Verbesserung im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer durchzuführen. (Demonstrativer Beifall bei der FDP – Zurufe von der FDP)

– Warten Sie mal ab! – Der Bundeskanzler hingegen spricht davon, daß lediglich die Mehrwertsteuererhöhung per 1. Januar weitergegeben werden soll . . . (Kiep, CDU, am 4.3.82 im Bundestag, Plenarprotokoll 9/88)

Aufzeichnungen, die ohnehin vorhanden sind, steuerlich genutzt werden. Im übrigen entfällt für viele die Steuerpflicht, weil der Grundfreibetrag erhöht wird.

3.9. Der Steuerabzug an der Einnahmequelle, der heute bei Löhnen und einigen Kapitalerträgen einfach und unbürokratisch erfolgt, soll möglichst auch bei anderen Einkunftsarten angewandt werden, damit der Staat seine Bürger weniger kontrollieren muß.

3.10. Die Vereinfachung des Steuerrechts erfordert eine Überprüfung jener Regelungen, die aus wirtschafts-, wohnungs-, vermögens- und gesellschaftspolitischen Gründen eingeführt worden sind. Die weiterhin für notwendig gehaltenen Forderungen sind im Steuerrecht einfach und überschaubar zu gestalten.“

(in: Weniger Bürokratie – mehr Freiheit!, Beschuß des CDU-Bundesvorstandes vom 3.12.1979)

Wirtschaftsfreundliche Steuerpolitik

„. . . Und dann brauchen wir eine wirtschaftsfreundlichere Steuerpolitik, die ertragsunabhängigen Steuern müssen abgebaut werden. Es ist einfach sinnlos, wenn ein Unternehmen auch dann noch Ertragssteuern zu zahlen hat, wenn es keinen Ertrag mehr gibt. Der Körperschaftssteuersatz muß von 56 auf 50% herunter. Die Doppelbesteuerung der Aktie muß aufhören. Es muß vor allem vermieden werden, daß jetzt unter dem Deckmantel steuerlicher Gerechtigkeit die Einheitswerte zum Teil um das Sechs- bis Siebenfache erhöht werden sollen. Das trifft den gewerblichen Mittelpunkt am allerschwersten . . .“

(Franz-Josef Strauß auf dem Politischen Aschermittwoch der CSU in Passau, Bayernkurier, 6.3.1982)

Staatsfinanzen und Steuerlast

„35. Wir fordern die Verminderung der leistungshemmenden Steuer und Abgabenbelastung, ein Abbremsen des Schuldenzuwachses und eine Rückführung der Staatsquote. Unser Ziel ist es, eine Gesundung der Staatsfinanzen über die Ausgabenseite zu erreichen. Wir werden dafür eintreten, alle Subventionen und Finanzhilfen des Staates mit dem Ziel zu überprüfen, Einsparungen von insgesamt 5% zu erreichen.“

36. Während die SPD Steuern und Schulden erhöhen will, um überhöhte Staatsquoten festzuschreiben und den Anteil konsumtiver Staatsausgaben auszuweiten, will die CDU Steuern und Schulden vermindern mit dem Ziel, staatliche Aufgaben zu beschränken und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben soweit wie möglich in die Hände der Bürger selber und ihren freien Organisationen zu legen.“

(in: „Unser Land braucht einen neuen Anfang“, Beschuß des 30. CDU-Bundesparteitages 1981)

Steuervereinfachung

„3.1. Steuervereinfachung ist nicht nur an den Erfordernissen der Verwaltung, sondern vor allem an den Interessen der Bürger zu orientieren.“

3.2. Die bürokratische Überforderung der Steuerpflichtigen ergibt sich einmal aus der Vielfalt der Steuern und zum anderen daraus, daß die wichtigste Steuer für das Verhältnis von Bürger und Staat, die Einkommensteuer, zu viele unterschiedliche Regelungen für Erfassung und Besteuerung enthält.

3.3. Um die Überschaubarkeit des Steuersystems zu verbessern, sind Bagatellsteuern abzuschaffen.

3.4. Die Einkommensteuer ist so zu gestalten, daß eine unbürokratische Abstimmung mit staatlichen Einkommensübertragungen erleichtert wird.

3.5. Um dem Bürger das Gefühl zu nehmen, daß er ohne eine kostspielige Beratung die gebotenen Vergünstigungen des Einkommensteuerrechts nicht voll ausschöpfen kann, sollen die Ausnahmen bei der Erfassung der Einkünfte und bei der Bemessung der Steuer zugunsten einer allgemeinen Absenkung des Steuertarifs abgebaut werden. Damit wird der Tarif zu einem von jedermann überprüfbar Maßstab der Steuerbelastung. Diese Vereinfachung des Steuerrechts sorgt zugleich für eine gleichmäßige Besteuerung der Einkünfte und für eine konsequenter Besteuerung nach der persönlichen Leistungsfähigkeit.

3.6. Der Tarif soll familienfreundlich gestaltet werden und zu einer deutlich spürbaren Senkung der Grenzsteuerbelastung führen. Damit entfällt die Begründung für viele Ausnahmeregelungen und Freibeträge, die gefordert wurden und werden, um die als zu hoch empfundene Belastung zu mildern. Für die Zukunft wird so ein Damm gegen weitere bürokratische Wucherungen errichtet.

3.7. Die Höhe des Grundfreibetrages soll sich nach dem Existenzminimum und den notwendigen Vorsorgeaufwendungen richten, damit sich Antragsverfahren bei den Finanzämtern erübrigen. Der steuerliche Grundfreibetrag soll mit den Sozialhilfeleistungen abgestimmt werden. Dadurch kann auch im Sozialbereich entbürokratisiert werden.

3.8. Streichungen von komplizierten Sonderregelungen und Befreiungen, die notwendig sind, um ein einfaches und überschaubares Steuerrecht zu erhalten, sollten auch dann durchgeführt werden, wenn einzelne Bürger zusätzlich steuerlich erfaßt werden. Eine bürokratische Mehrbelastung ist damit nicht verbunden, weil die in Frage kommenden Einkommenszahlungen schon bisher über Computer erfolgen. In anderen Fällen können

Familienbesteuerung

„. . . Hauptopfer unseres jetzigen Steuersystems sind die kinderreichen Familien, die ein gehobenes Einkommen haben und von der Steuerprogression wie Kinderlose mit gleichem Einkommen erfaßt werden. Das Netto-Einkommen der kinderreichen Familie ist fast gleich mit dem des kinderlosen Ehepaars. Im ersten Fall müssen davon 4 und mehr Familienmitglieder leben, im zweiten Fall jedoch nur zwei. Daß die Familiengröße bei der Besteuerung unberücksichtigt bleibt, ist ungerecht. Deshalb fordert die CDU die Wiedereinführung nachweisbarer Kinderfreibeträge im Steuerrecht. Sie vermindern bei Familien mit Kindern die Progressionswirkung der Lohn- und Einkommensbesteuerung.“

Besteuerung der Selbständigen

„. . . Die Ertrags- und Investitionskraft der Unternehmen muß gestärkt werden. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für einen soliden und dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung. Dagegen hat die SPD/FDP-Koalition kontinuierlich die ‚Erprobung der Belastbarkeit‘ der Wirtschaft besonders mit ertragsunabhängigen Steuern betrieben. Diese Politik hat viele mittelständische Unternehmen in ihrer Existenz getroffen. Deswegen fordert die CDU, insbesondere die sinnlose Substanzbesteuerung zu beenden.“

Die Diskussion um die Verringerung der Steuerbelastung ist deshalb zu begrüßen; die ohnehin bescheidenen Brutto-Steigerungen der Einkommen schrumpfen unter der Steuerprogression oft zu belanglosen Nettoebträgen zusammen. Wer nicht berücksichtigt, daß die Abgabenbelastung des Mittelstandes an der Grenze der Belastbarkeit liegt, muß sich vorwerfen lassen, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu verkennen. Der Mittelstand bietet in der deutschen Wirtschaft 60% aller Arbeitsplätze und mehr als zwei Drittel aller Ausbildungsplätze an. Zu den unverzichtbaren Bestandteilen staatlicher Finanzpolitik gehören daher eine Entlastung bei den ertragsunabhängigen Steuern und eine Korrektur der Lohn- und Einkommensteuer. Dazu ist die Durchführung einer umfassenden Tarifreform mit einem Abbau der Steuerprogression zur Vermeidung der andauernden heimlichen Steuererhöhungen notwendig.

(CDU-Broschüre: Chancen zur Selbständigkeit schaffen)

Malwinenkrieg

Europäische Gemeinschaft macht Gehversuche als Kriegspakt



BRD

Die Kapitalisten fordern: Alle Reserven für den „Aufschwung“

„1982 dürfte es ... zu einem deutlichen Anstieg der Unternehmensgewinne kommen“, prophezeit das „Institut der deutschen Wirtschaft“ – nicht ohne hinzuzufügen, daß ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 1,8 Mio. im Jahresdurchschnitt ebenso wie ein weiterer Rückgang des Verbrauchs der Lohnabhängigen unvermeidbar seien. Kaum sind die „Investitionszulage“

und damit weitere Milliarden-subventionen an die Kapitalisten verabschiedet, melden diese neue Forderungen an: Senkung der Körperschaftssteuer, Kürzung des Arbeitslosengeldes, eine „Operation '83“ sei fällig. Durch gnadenlose Anspannung der Arbeitskraft der Lohnabhängigen und Plünderung der Versicherungen wollen die Kapitalisten ihnen Aufschwung erzwingen.

Die EG hat die Verlängerung des Argentinien-Embargos beschlossen, weil der Malwinenkrieg ein Angriff auf EG-Territorium sei. Die Anwendung der Konstruktion vom EG-Territorium gelang nicht glatt, Teile des „EG-Territoriums“, Dänemark, Irland, Italien, wollten nicht. Ihre Beteiligung am Malwinenkrieg per Embargo steht trotzdem fest. Angenommen, sie wollten nicht? Nun, wären das nicht im Grunde hochverräterische Handlungen, die ihrerseits Sanktionen verlangen?



Ausländerpolitik

Lage der ausländischen Arbeiter in Hamburg

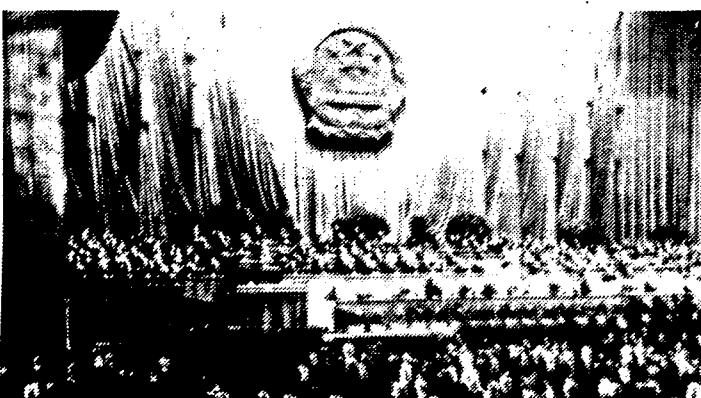


Die Reaktion will die ausländischen Arbeiter rechtlos machen, um die Rechte der gesamten Arbeiterklasse besser angreifen zu können. Unter Ausnutzung von Zwangslagen in den Heimatländern der ausländischen Arbeiter wurden sie von der Bourgeoisie angeworben, und dies wiederum wurde zum Vorwand genommen, um sie in der BRD zu Arbeitssklaven zu machen. Die Imperialisten geben frech zu, daß sie u.a. dadurch die wirtschaftliche Expansion bewirkt haben, aber jetzt in der Krise geben sie den ausländischen Arbeitern die Schuld an der Arbeitslosigkeit. In den Gewerkschaften und in Initiativen bildet sich der Widerstand gegen die Ausländerpolitik der bürgerlichen Parteien.

VR China

Verfassung soll weltmarktorientierten Aufbaukurs absichern

Der VW wird in Shanghai montiert, Ölmonopole bohren nach chinesischem Öl. Mit Chinas forciertem Weltmarktintegration gehen Wirtschaftsreformen einher; die Agrarkollektive werden teilweise aufgelöst. Die Produktionsergebnisse scheinen den Kurs zu bestätigen, der jetzt in der Verfassung verankert werden soll. Welche Interessen stehen dahinter, welche Folgen hat der Kurs für Chinas sozialistische Entwicklung?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517457